

Stadtarchiv Mannheim

Nachlaß

Hermann Heimerich

Zugang: 24/1972

148

Die Gesellschaft der Aus

Unsere Oberbürgermeister — Wandlungen und Typen im E

Den Vorzug, mit „Herr Oberbürgermeister“ angeredet zu werden, genießen nur die Auserwählten. Es gibt zwar 24 000 Gemeinden in der Bundesrepublik, aber nur 136 Oberbürgermeister. Ihr Feld ist die große Gemeinde, die Stadt. Ihrem Seltenheitswert entspricht daher eine ungewöhnliche Machtfülle. Die Gesellschaft der Oberbürgermeister repräsentiert mit den 20 Millionen Einwohnern in ihren Städten 40 Prozent der gesamten Bevölkerung des Bundes und verfügt über rund zehn Milliarden Mark Ausgaben im Jahr. Der traditionelle Respekt vor den Obermeistern der Bürger findet in diesen nüchternen Zahlen seinen wohlberechtigten Grund. Trotzdem ist damit nicht mehr als die Schauseite registriert. Auch dem ehrwürdigen Titel Oberbürgermeister ergeht es wie so vielen anderen von früher als selbstverständlich übernommenen Begriffen: er deckt nicht mehr ganz, was er auszusagen scheint. Die Verwandlung hat zunächst einen äußeren formalen Grund. In Norddeutschland ist ein Oberbürgermeister heute etwas anderes als in Süddeutschland. Hier ist er noch Repräsentant der Stadt und Verwaltungschef in einer Person, also noch der Typ des echten alten Oberbürgermeisters; in den meisten norddeutschen Ländern ist er nach englischem Muster jedoch nur noch ehrenamtlicher Repräsentant nach außen, aber nicht mehr Verwaltungschef. Schon diese künstliche und unfreiwillige Neuerung weicht von der gewohnten Vorstellung ab. Für selbständige und schöpferische Naturen hat das süddeutsche System immer noch die stärkere Anziehungskraft. Jedenfalls scheinen die führenden Köpfe unter den Oberbürgermeistern heute mehr im Süden als im Norden vertreten zu sein. Aber diese äußeren Umstände haben ein verhältnismäßig geringes Gewicht gegenüber den inneren Verwandlungen.

Drei Typen von Oberbürgermeistern

Am auffälligsten ist wohl, daß der alte Typ des Oberbürgermeisters verschwunden und bis jetzt von keinem anderen ersetzt worden ist. Männer wie Miquel, Adickes, Adenauer, Luppe, Goerdeler, Landmann, Jarres und Luther waren trotz allen persönlichen Variationen und Temperaturen nach sozialer Herkunft, Vorbildung und Amtsübung noch von einem einheitlichen Zuschnitt. Es waren alles hervorragende Beamte mit einer unbürokratisch schöpferischen Witterung, ein Typ, der aus der Enge der Staatsverwaltung in die freiere Luft der Gemeinden hinübergewechselt war. Heute ist es unmöglich, in bekannten Oberbürgermeistern wie Kolb, Heimerich, Schwering, Wimmer, Pfizer noch einen einheitlichen Typ zu sehen. Dazu ist nicht nur die soziale Herkunft völlig verschieden, auch die Auffassungen vom Amt eines Oberbürgermeisters und die Ausübung des Amtes weichen stark voneinander ab. Wenn man typisieren wollte, gäbe es mindestens drei grundverschiedene Typen: die Generaldirektoren, die Volkstribunen und die Beamten. Mit dieser Typisierung werden alle Zwischenstufen und Mischformen, überhaupt alle unklassifizierbaren Erscheinungen, die es beinahe soviel wie Typen gibt, nicht erfaßt. Aber als rohe Orientierung geben die drei Typen wenigstens ungefähre Anhaltspunkte.

Die Stadt als „Konzern“

Ein süddeutscher Oberbürgermeister, der sich selbst zum Typ der Generaldirektoren rechnet und diesen Typ deshalb für den allein zeitgemäßen hält, legitimiert seine Vorstellung, daß ein Oberbürgermeister heute ein Generaldirektor ist, mit der Verwandlung der städtischen Verwaltung. Vor 50 oder 70 Jahren ist eine städtische Verwaltung nach Aufgaben und Umfang noch eine bescheidene Angelegenheit gewesen. Sie hat nur das zu regeln brauchen, was sich nicht von allein geregelt hat; das war bei den ganz

anderen gesellschaftlichen Verhältnissen nicht allzuviel. Es fehlte ihr jeder obrigkeitliche Einschlag. Heute dagegen ist eine Stadt ein regelrechtes Wirtschaftsunternehmen geworden. Die Verwaltung hat sich zu einem „Betrieb“ entwickelt. Da sei, meint dieser Oberbürgermeister, mit dem Beamtenverstand allein nicht mehr zu regieren. Ein Oberbürgermeister müsse heute selbstverständlich über eine gründliche Verwaltungserfahrung verfügen, aber wichtiger seien die anderen Gaben: Das weitschauende, großzügige und wagemutige Disponieren auf lange Sicht, kurz alle jene Fähigkeiten, die auch den Generaldirektor eines großen Industriekonzerns auszeichnen. Der Oberbürgermeister von heute unterscheidet sich — was Sachkenntnis, Organisationstalent, Wagnis und Verantwortungsfreude angehen — in keiner Weise mehr von einem Konzernchef in der Wirtschaft. Vielleicht sei seine Aufgabe insofern noch verantwortungsvoller, als er nicht allein für die bei der Stadt Beschäftigten, sondern für das Wohl aller seiner Bürger zu sorgen habe. Dieser Typ ist in keiner unserer Gemeindeverfassungen vorgesehen. Er existiert jedoch. Er ist nicht bequem, vor allem nicht für den Gemeinderat. Aber er hat sich unter den schwierigen Nachkriegsverhältnissen entwickelt, was freilich schon fraglich macht, ob er als Neuerer eine bleibende Bedeutung besitzt.

Der Typ des Volkstribuns

Der zweite Typ, der Volkstribun, ist in der Regel keine Beamtenatur, auch kein überragender Verwaltungsmann. Andere kennen sich in der Gemeindeverwaltung besser aus als er. Aber sein Vorzug liegt in den einfallsreichen, unwägbaren Schachzügen, mit denen er seine Stadt vorwärtsbringt. Er gehört zu den begabten Demagogen, die einen unnahbaren Sinn für Popularität besitzen. Er wirkt nie intellektuell, er ist darum auch nicht wälderisch in seinen Mitteln und gesellschaftlich höchst anspruchslos. Dafür versteht er sich wie ein Wettermacher aufs volkstümliche Klima in seiner Stadt. Er weiß nicht nur was dem Volk gefällt mit welcher Popularitätshascherei er wieder Effekt machen kann, er weiß auch, wo und wie gerade dies und nicht das andere für seine Stadt ausgerechnet jetzt nötig ist. Sein Typ wäre in der alten Oberbürgermeistergarnitur unmöglich, für die Honoratioren der Stadt suspekt gewesen. Heute spielt er seine Rolle mit großer Bravour und bewährtem Erfolg. Als Typ von Dauer oder auch nur als Maßstab für einen künftigen Oberbürgermeistertyp dürfte auch er nicht anzusehen sein. Er ist nur ein Beispiel, welche Spielarten eine unhomogene Gesellschaft hervorbringt. Aber die Begabung, die er besitzt, ist an seine Person gebunden, ist individuell, nicht übertragbar oder zu lernen. Sie gehört zum Zufall.

Der schöpferische Beamte

Der dritte Typ, der Beamte, ist mit dem Wort Beamter nur ungenau charakterisiert. In der Regel stammt er aus einer soliden Beamtentradition, entweder der Staats- oder Gemeindeverwaltung. Aber er ist über das normale Beamtenmaß, ohne es ganz verleugnen zu können, weit hinausgewachsen. Auch er hat sich wie der Generaldirektortyp andere Züge zugelegt als die alten Oberbürgermeister bis in die zwanziger Jahre. Nur geht er nicht so weit, in seiner Stadt einen „Betrieb“, einen Konzern zu sehen. Er weiß, welche kommerziellen Fähigkeiten heute zur Leitung einer Stadt gehören, er besitzt sie auch, aber sie liegen sozusagen wohl sortiert und temperiert nicht über, sondern neben seinen übrigen Begabungen. Er scheut das Manager-Engagement, er will nicht mehr sein als die anderen, er kennt seine Bürger, pflegt den Kontakt mit ihnen, er überfährt nicht seinen Stadtrat, er ringt mit ihm, aber er sucht zu überzeugen, nicht zu diktieren. Die Popularmanie

des Volkstribuns ist ihm zuwider. Er will auch populär sein, aber nicht als Person, sondern mit dem, was er tut und leistet. Dieser Typ ist, weil er nicht nur gewissenhaft, gründlich, sparsam und persönlich integer arbeitet, sondern greifbare Tradition verkörpert, wohl der verbreitetste, auch für viele der ansprechendste. Er wird von allen drei Typen sicher der dauerhafteste sein.

Parteipatronage groß geschrieben

Auch mit dieser Typisierung ist die Verwandlung erst in einem äußeren Bezirk angedeutet. Sie ver gegenwärtigt, wie die Oberbürgermeister als Exponenten unseres gesellschaftlichen Zustands die Verwandlung dieser Gesellschaft widerspiegeln. Greift man tiefer, erhält die Verwandlung konkretere Züge. Hierher gehört vor allem die auffallende Tatsache, daß von den 136 Oberbürgermeistern bis auf drei oder fünf sämtliche ihre Position der Mitgliedschaft bei einer Partei verdanken. Bis zum ersten Weltkrieg ist kein einziger Oberbürgermeister wegen seiner Parteiqualifikation vorgeschlagen oder gewählt worden. Sie stützten sich zwar auch auf bestimmte parteipolitische Gruppen, aber daß sie selbst als Exponent einer solchen Gruppe aufgetreten wären, war undenkbar. Auch waren die Parteien damals viel toleranter als heute. Heute ist es selbst dem fähigsten Kopf, wie uns immer wieder aufs bestimmteste versichert wird, nahezu unmöglich, Oberbürgermeister zu werden, wenn er nicht eingeschriebenes und anerkanntes Mitglied einer Partei ist. Die Volkswahlen, die gegen diese Vorherrschaft der Parteien eine Korrektur bilden sollten, haben in einzelnen Fällen wohltuend gewirkt, in der Regel sind aber — wenigstens in den großen Städten — nicht einmal mehr Volkswahlen ein geeignetes Mittel, die Auslese nach anderen als Parteigesichtspunkten vorzunehmen. Diese Erfahrung ist zweifellos typisch für die Art der Stellenpatronage unserer Zeit. Daß sie auch für die Städte gilt, ist ein wenig befriedigender Zustand, weil damit die echten Lebenskräfte der Gemeinde unter der Last dieser bürokratischen Bevormundung beschnitten und gelähmt werden. Freilich kann es sich kein Partei-Oberbürgermeister leisten, nur seiner Parteilinie zu folgen. Jeder hat schon aus Gründen der persönlichen Reputation ein lebhaftes Interesse daran, mit seinem Amt über seine Partei hinauszuwachsen. Je stärker die Persönlichkeit, um so leichter gelingt ihr das. Aber das Reservoir an Präsentanten ist bei allen Parteien viel zu klein, als daß mit diesem Auswahlprinzip noch der gleiche Effekt wie früher erreicht werden könnte. Vielleicht hängt es damit zusammen, daß es auch guten Kennern viel schwerer als vor 50 Jahren fällt, die wirklich führenden Persönlichkeiten unter den Oberbürgermeistern zu nennen. Nach der Einleitung: „Wenn Reuter noch lebte...“ tritt gewöhnlich betretendes Schweigen ein. Daß die 136 für ihre Städte Ausgezeichnetes leisten, mehr oft als mancher frühere prominente Oberbürgermeister unter behaglicheren Verhältnissen, ist unbestritten. Aber daß einer so herausragt, daß er wie Reuter von jedem sofort als der überlegene Kopf anerkannt wird, scheint nicht der Fall zu sein.

Wechselwirkung zum Gemeinderat

Die Schuld an dieser Situation wird oft dem qualitativ entwerteten Instrument des Gemeinderats gegeben. Daß hier Wechselwirkungen bestehen, ist zwar richtig. Die Gesellschaft der Oberbürgermeister entspricht dem Horizont der Gemeinderäte. Aber verallgemeinern läßt sich diese Erfahrung nicht. Vor allem darf nicht übersehen werden, daß ein unzureichender Gemeinderat für den Generaldirektortyp ebenso erwünscht und bequem wie für den Beamten-typ unerwünscht und aufreibend ist. Er kann die Managergelüste geradezu herausfordern, er kann aber auch wie ein Bleigewicht den fähigsten Oberbürgermeister lähmen. Wenn früher dem Gemeinderat viele Persönlichkeiten angehörten, die gesellschaftlich und geistig dem Oberbürgermeister kongenial waren, ihn also förderten und trugen, ist die Verwaltung heute oft schizophren konstruiert: der Gemeinderat ist geistig von anderem und kleinerem Zuschnitt als sein Chef. Und nicht nur diese Hypothek belastet oft genug die Entfaltungsmöglichkeiten.

Die Oberbürgermeister haben sich heute zugleich auch gegen die Vormundschaft des Staates zu wehren. Den Lobpreisungen auf die Selbstverwaltung steht eine gerade nicht selbstverwaltungsfreundliche Staatspraxis gegenüber. In diesem Spannungsfeld der Bevormundung von oben und der Gängelung von unten sich zu behaupten und schöpferisch zu wirken, hätte kaum einen der alten selbstherrlichen Oberbürgermeister gelockt. Was die Oberbürgermeister von heute an Macht repräsentieren ist unter diesen Umständen vielfach nur Scheinmacht. Vielleicht ist die heutige so ganz andere Situation ein Reflex des nicht mehr wie früher engagierten Gemeinsinns der Bürgerschaft. Auch eine Stadt ist ein Apparat geworden, von dem zu leben bequemer und müheloser ist, als für ihn zu leben.

Gestützt auf die Bürokratie

Gerade dieser Apparat, die Verwaltungsbürokratie in den Gemeinden, besitzt ein Eigengewicht, das den Persönlichkeitstyp der Oberbürgermeister weit mehr bestimmt, als nach außen erkennbar wird. Sowohl die gewaltige Ausdehnung dieser Bürokratie in den letzten Jahrzehnten wie ihre Funktionsverbreiterung über alle Lebensbereiche hinweg, und vor allem ihr nicht mehr an den Raum der Gemeinde gebundener Wirkungsbereich liefern den Oberbürgermeistern eine verführerische Plattform zur Befriedigung von Machtgelüsten. Solche modernen Apparaturen verlangen geradezu nach „Managern“. Diese Tendenz wird mit der immer weitergehenden Verzahnung der örtlichen Verwaltung mit der Länder- und Bundesverwaltung noch verstärkt. So viel die Oberbürgermeister über die sogenannten Auftragsangelegenheiten, die von den Gemeinden für den Staat zu erfüllenden Pflichtaufgaben, klagen, weil sie die Selbstverwaltung ausöhnen, so sehr haben ihnen diese Pflichtaufgaben mit der Erweiterung des bürokratischen Apparats doch auch zur Vervollkommnung ihrer Macht verholfen. Sie sind damit in ganz anderem Maß als früher in den politischen Machtbereich eingerückt als Kontrahenten und zugleich als entscheidend wichtige Gegenspieler des Staats. Sie sind darum auch gar nicht an einem Abbau dieses bürokratischen Apparats interessiert, denn jede Verminderung der Quantität wird von ihnen mit Recht auch als eine Minderung ihrer Machtposition angesehen.

Bis jetzt ist bei dieser Entwicklung eine andere Art von Selbstverwaltung, und mit der anderen Selbstverwaltung eine Entfremdung zwischen Rathaus und Bürgerschaft eingetreten. Es melden sich deshalb bereits Gegenströmungen, die den zum Teil autokratischen (um nicht zu sagen autoritären) Zug in den Gemeinden revidieren und den wegraduierten Bürger wieder inthronisieren möchten. Zweifellos entspricht die demokratische innere Gesundung unserer Städte in den meisten Fällen keineswegs den Fortschritten im äußeren Aufbau. Es fehlt den Städten die innere, im Bürgersinn der Bürgerschaft verwurzelte Festigkeit. Ob die Versuche zu neuen Kontakten zwischen Bürger und Rathaus gelingen, wird im wesentlichen von den Oberbürgermeistern abhängen, also von der Art und Richtung, in der man künftig Selbstverwaltung nicht nur als Freiheit vom Staat, sondern ebenso als lebendige Mitbeteiligung von unten, von der Bürgerschaft her versteht. Was bisher erreicht wurde, hat noch nicht sichtbar gemacht, was Selbstverwaltung unter so gründlich verwandelten Verhältnissen überhaupt noch sein soll. Die Theorien und die Konzepte, die dafür angeboten werden, orientieren sich oft an verblichenen Vorbildern. Wie aber die Lösung aussehen soll, zu der die so ganz anders als in den Theorien verlaufende Wirklichkeit past, ist eine noch offene Frage.

H. C.

(Zwei Aufsätze über die Situation des Gemeinderats und der Bürgerschaft werden diese Untersuchung vervollständigen.)

3. Jan. 1955

Deutsche Zeitung
und Wirtschafts Zeitung

Redaktion

Curt E. Schwab G.m.b.H. (14a) Stuttgart W, Silberburgstraße 193 · Telefon 77646-49, 76038 · Fernschreiber 0723810 · Telegramm-Adr.: Wezet Stuttgart

Stuttgart, 30.12.1954
Postschließfach 220 c/h

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Hermann Heimerich

Mannheim
=====
Otto-Beck-Str. 35

Lieber Herr Dr. Heimerich!

Ihre Neujahrswünsche kann ich zwar nicht mit einer so hübschen Zeichnung wie der von Paul Egell erwidern. Dafür kann ich Ihnen aber in unserer Neujahrnummer den Aufsatz über die Oberbürgermeister auf den Tisch legen. Wie immer, wenn man zu typisieren versucht, sind natürlich auch in dem Aufsatz die Typen der Oberbürgermeister nicht ganz vollständig. Es fehlt zum Beispiel der von Ihnen geprägte und mir unvergessliche Typ des Hanswursten. Aber ich wollte nicht so unhöflich sein, diesen Typ besonders zu apostrophieren.

Es wäre schön, wenn mir das neue Jahr häufiger Gelegenheit geben würde, mich mit Ihnen zu unterhalten. Ich habe so viel aus unseren letzten Begegnungen gelernt, dass ich Ihnen dafür nur sehr herzlich danken kann.

Ich wünsche Ihnen und Ihrer Frau ein recht gesegnetes neues Jahr und verbleibe

mit den besten Grüßen

Ihr

H. Grün

Anlage

QUESTIONNAIRE

ANSWER

Um die Wiedervereinigung der Christenheit

Bemerkungen zur *Una Sancta* von evangelischer und katholischer Seite

Professor Dr. Ernst Kinder:

Unter den charakteristischen Lebensäußerungen des Christentums unserer Tage zeichnen sich zwei Tendenzen als besonders bemerkenswert ab: Einmal geht durch alle Kirchentümer ein entschlossener Zug zur Besinnung auf die christliche Substanz zur Überwindung mancher Vorherrschaft des Peripherischen und mancher säkularer Überfremdungen; zum anderen geht durch die verschiedenen Kirchentümer der „ökumenischen“ Zug, der sich mit der Isolierung eines partikulären Sonderdaseins nicht mehr abfinden will, sondern von ihnen her zueinander strebt. Diese Gleichzeitigkeit von Konzentration auf die Substanz und innerem Drängen zueinander hat der ökumenischen Bewegung einen neuen Auftrieb gegeben und das Verhältnis von Katholizismus und Protestantismus aus jahrhundertelanger Erstarrung neu aufgerührt. Zwar nimmt die römisch-katholische Kirche an der ökumenischen Bewegung nicht teil. Diese droht sich dadurch zu einer bloß weltprotestantistischen Bewegung mit bestimmtem Eigengefüle zu entwickeln, was nicht begründenswert wäre. Doch ist mittelbar auch der Katholizismus weithin von den ökumenischen Fragen bewegt.

Während für den aus dem 19. Jahrhundert kommenden liberalen, dogmenfreien „Kulturprotestantis-



PROFESSOR DR. ERNST KINDER (geboren 1910 in Wuppertal-Barmen) ist seit 1952 Ordentlicher Professor für Systematische Theologie an der Universität Münster. Weil er für die „Bekennende Kirche“ eintrat, konnte er sich vor zwanzig Jahren an dieser Hochschule nicht habilitieren. Nach seiner Tätigkeit als Gemeindepfarrer in München wurde Professor Kinder 1938 Assistent des bayerischen Landesbischofs Meiser, der führenden Persönlichkeit des bewußt konfessionellen deutschen Luthertums. Von da an trat er für eine positive lutherische Kirche Gesamtdeutschlands ein. An dem Zustandekommen der „Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands“ (VELKD) nach dem Kriege war Professor Kinder beteiligt. An der von ihm mitbegründeten „Augustana-Hochschule“, einer kirchlich-theologischen Hochschule in Neuendettelsau bei Ansbach, hatte er von 1948 bis 1952 einen Lehrstuhl inne. Seit 1951 widmet sich Professor Kinder der Arbeit der Ökumenischen Bewegung und richtete 1954 in Münster ein „Institut für ökumenische Fragen“ ein.

mus“, der sich in seinem säkularisierenden Substanzschwund fortschrittlich dünktete, die schier verewigte Abtrennung vom Katholizismus ein feststehendes Axiom war (beinahe sein einziges Dogma, so daß „protestantisch“ geradezu als „antikatholisch“ definiert werden konnte), kann der sich innerlich erneuernde Protestantismus unserer Tage sich nicht mehr so absolut selbstsicher mit dem glatten „Nein“ zum Katholizismus beruhigen. Darum gebraucht man hier besser die positive Bezeichnung „evangelisch“ im Sinne der Neubesinnung auf die eigentlichen Motive der lutherischen Reformation. Ein Christentum ohne positiv kirchliche Bekennnisbindung, in dem das „Anti“ die vorherrschende Triebkraft ist und das im übrigen nur von abstrakten Grundsätzen, von wechselnder subjektiver Dynamik und jeweiliger Aktualität bestimmt ist, würde sich von selbst zu einem „Christentum des Als-Ob“ aufheben. Auch die Bezeichnung „Katholizismus“ sollte vermieden werden, denn das Ganze stellt sich eben nicht mehr als zwei in sich verfestigte „Ismen“ dar, sondern als zwei geistliche Potenzen, die sich verantwortlich bemühen, die christliche Substanz zu erhalten und fruchtbar zu machen, dabei aber verschieden strukturiert sind.

Diese neue Bewegung von „evangelisch“ und „katholisch“ aus geschichtlich erstarnten Fronten heraus ist eine religiöse Realität, die ernst zu nehmen ist. Sie hat nicht mit Diplomatie und Taktik zu tun; denn sie vollzieht sich in anderen Dimensionen als dem der offiziellen Kirchenpolitik, in den neuerdings eher eine Zunahme der Erstarrung festzustellen ist. Es ist hier auch nicht von Hin- und Herbewegungen die Rede, die aus rein menschlichen Motiven kommen. Die gibt es natürlich auch, so etwa den Zug zum Katholizismus hin aus protestantischer Resignation heraus, der — zumal in Katastrophenzeiten, wo alles zu wanken scheint — des Haltens „allein am Wort“ müde, nach einem festen Halt bei der scheinbar so imponierend geschlossenen römisch-katholischen Kirche sucht. Dies alles ist ja bekannt; es ließe sich auf ähnliche Gegenbewegungen von der anderen Seite hinweisen. Lassen wir das dilettierende „Katholizieren“ gewisser Protestanten wie das „Liberalisieren“ gewisser Katholiken außer Betracht. Konversionen nur aus negativen Motiven und nur durch Faszination von außen sind nicht echt. Sie sind mehr psychologische als theologische Probleme.

Zueinander hingezogen

Das eigentliche Phänomen ist: Je ernsthafter, positiver und frommer der Katholik wirklich Katholik und der Evangelische wirklich evangelisch ist, beide sich von ihrem jeweiligen positiven Kern her zueinander hingezogen fühlen und sich mit der Ausschließlichkeit nicht mehr zufriedengeben können. Davon ist heute tatsächlich etwas zu spüren, soviel von den alten verfestigten Frontstellungen noch da und manches hier und da sogar wieder im Zunehmen begriffen sein mag.

Handelt es sich nur um „Theologengezänk“, wenn gebildete Gläubige der christlichen Kirchen sich in dieser Zeit bemühen, die vermeintlich so hoffnungslose Zersplitterung der Glaubenszonen zu überwinden? Dem Laie will es oft so scheinen. Er versteht kaum mehr die Sprache der Theologen und die Themen ihrer Arbeitstagungen. Wie diese: „Gnade und Rechtfertigung“, „Beichte und Ablauf“, „Interpretationsgewalt des Papstes“, „Kirche und Sakrament“. Aber ist der Laie nicht oft allzu „schnell fertig mit dem Wort“? Man achtet die verantwortliche Sorge um Wahrheit und Genauigkeit nicht gering. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts ist die Auseinandersetzung um die Wiedervereinigung der Kirchen aus inneren Impulsen neu aufgelebt. Außere Erschütterungen haben dazu beigetragen.

Ohne dazu ermuntert worden zu sein, haben sich kleine Kreise von Gläubigen gefunden, die mit großem Ernst versuchen, wieder zueinanderzukommen. Hier wird nicht „zum Fenster hinaus“ geredet. Die stillen Bemühungen jener Menschen werden freilich von dem Lärm der Beschuldigungen gefährdet, die aus dem Tagewerk engstirniger Glaubensstreiter, Kirchenverwalter und Politiker laufen werden und die neuen Misstrauen, neue Ressentiments erzeugen. Man denke an den Streit um Brücken- und sonstige Weihen oder an den Zank um Personalien. Wie kleinlich ist das alles.

Wenn auch manche Bischöfe, Pfarrer, Kirchenräte, Prälaten und Theologieprofessoren jener geduldigen Arbeit mit Skepsis zuschauen, so haben die offiziellen Kirchen doch ihren Segen dazu gegeben — die katholische Kirche freiheitlich mit gelegentlichen Vorbehalten. Sie haben kennzeichnende Dogmatiker, Kirchenhistoriker und Exegeten damit beauftragt, die Diskussion zu verfolgen, sie zu steuern und ihre Ergebnisse festzuhalten. In einer ständigen Kommission bleiben diese Männer aneinander und „beim Thema“. Wir haben zwei aus diesem Kreis gebeten, über den augenblicklichen Stand der Gespräche zu berichten, nicht in Einzelheiten — das mag den theologischen Fachzeitschriften vorbehalten bleiben —, sondern in Grundzügen, die in dem weiten Feld der Fragen, Zweifel und Verhüllungen wenigstens einen allgemeinen Überblick vermitteln können.

Dieses neue Aufmerken auf den anderen von der Substanz her und um der Substanz willen zeigt sich bei Evangelischen etwa in der neuen Würdigung der Sakramente, des geistlichen Amtes, der Beichte, der religiösen Realität der Kirche, des kirchlichen Dogmas, der Liturgie. Gerade dank der neuen Hinwendung zu Luther und seinem Anliegen — über die bloß verwarnenden, einengenden Tendenzen von Existentialismus, Neukanizismus, Romantik, Idealismus und Rationalismus hinweg — werden uns diese weithin verlorengegangenen Seiten, die die katholische Kirche — wenn auch innerhalb einer sehr anderen Grundstruktur — bewahrt hat, wieder in ihrem inneren Zusammenhang mit dem Zentrum des Christentums wichtig und unentbehrlich. Die katholische Kirche hat diese Seiten des Christentums in eine Struktur eingefügt, die uns in ihrer so unmittelbar metaphysischen Seinshaftigkeit und in ihrem akzentuierten juristischen Charakter fremdartig ist und diesen geistlichen Realitäten nicht gemäß erscheint. Aber nun zeigt sich auch bei den ernsthaften Katholiken mehr und mehr ein aufmerksames Beachten des eigentlich Evangelischen, das nicht mehr nur als protestierender Subjektivismus und liberaler Modernismus angesehen werden kann, sondern als etwas, das von der positiven Kernsubstanz des Christentums her sehr ernst zu nehmen ist. Man bemüht sich angesichts dessen, tiefgründig von Christus, von der Gnade Gottes und von der Bibel her, statt von einer philosophischen Metaphysik, von menschlicher Moral und vom bloßen Kirchenrecht her zu argumentieren.

Was uns fremdartig ist

Es scheint auf beiden Seiten bei den wirklich Ernsthaften unausgesprochen die Überzeugung Platz zu greifen, daß beide Teile eine unentbehrliche und unaufgebaute Seite des christlichen Kerns vertreten, die man selbst möchte und braucht, die aber leider in Verbindung mit unannehmbaren Anderem vertreten wird.

Statt der nur vordergründigen kommen nun die wesentlichen und charakteristischen Grundunterschiede um so klarer ins Blickfeld. Ich kann hier nur vom Evangelischen her sprechen. Da muß ich sagen, daß uns die ganze Art, wie das Christentum im Katholizismus in verfügbare Sein hinein verfestigt und beinahe verdinglicht wird, wie das etwa in der Ontologie im Fundament, in dem Rechtscharakter, in der Struktur und in dem kirchlichen Positivismus des Ganzen mit dessen so unbedingter Betonung zum Ausdruck kommt, fremdartig ist und dem Wesen der Heilsöffnung nicht zu entsprechen scheint. Dagegen ist für uns das in seinem Kern personal aufgefaßte „Wort Gottes“, das sich primär als lebendiges Heilsgeschehen manifestiert und auf persönlichen Glauben ausgeht, die alles tragende Grundlage des Ganzen, ohne daß wir aus Personalität und Wesenhaftigkeit, Akt und Sein, Wort Gottes und Kirche ein sich ausschließendes Endweder-Oder machen wollen. Es fragt sich doch, wo die Schwerpunkte der Gewißheit, der Frömmigkeit und des kirchlichen Handelns liegen! Hier erheben sich schier unüberwindliche Schwierigkeiten, einander in den verschiedenen Grundkonzeptionen zu verstehen. Aber immerhin lernen wir doch voneinander, die unterschiedlichen Grundzüge nicht in überspitzten Radikalisierungen zum verkehrten anderen Extrem zu betonen, sondern beginnen einzusehen, daß das jeweils andere schon irgendwie — wenn auch nicht „so“ — um der Sache willen mit dazu gehört. Es ist in allen Einzelfragen zugrunde liegende Hauptfrage, ob man die charakteristische Akzentsetzung wirklich nur in kirchlicher Ausschließlichkeit und nicht die kirchliche Autorität bewahren kann!

Eine Patentlösung gibt es nicht

An dem Verhältnis zum Katholizismus beginnen sich auch die Geister im Protestantismus selbst zu scheiden. Es ist deutlich, daß nur das Verhältnis zwischen einem sich aus eigener Substanz erneuerten Katholizismus wie Protestantismus eine echte Verheilung hat — ja, das gilt gewiß auch in bezug auf den Katholizismus! Nicht mit Abschleifung, aber auch nicht mit Verhärtung, sondern nur mit substantieller Erfüllung des Kerngehalts der beiderseitigen Konfessionen kann es Verheilungsvoll weitergehen. Ich kann hier nicht den Katholizismus in manchen auch heutigen Erscheinungen an ihm, die mir seinen innersten Wesen nicht zu entsprechen scheinen, richten; aber in bezug auf den Protestantismus muß ich sagen, daß für diejenige Richtung in ihm, die in verkehrter radikalisierender Überspannung eines „protestantischen Prinzips“ weiterer Säkularisierung und damit weiterem Substanzschwund zustrebt, keine Verheilung besteht, sondern nur für den, der seine positive Substanz bewußt und verantwortlich neu ergriffen.

Eine Patentlösung, was aus dieser Lage werden soll, vermag ich nicht zu geben. Es wäre aber schon viel gewonnen, wenn wir die Lage allgemein so sähen, damit die substantiell religiösen Kräfte, die sich hüben und drüben neu elementar regen wollen, aus manchen Erstarrungen und Verkrampfungen gelöst, Raum bekommen, sich in echter Unbefangenheit weiter zu regen und die Kräfte nicht mehr an falschen Punkten gebannt und verschleißt würden. Es muß wohl auf beiden Seiten noch viel Verkrustetes zerschlagen werden. Man kann das nicht einfach „machen“, das kann nur Gott selbst tun, und vielleicht muß Er das durch noch ernstere Gerichte tun! Das Gebot der Stunde für uns aber scheint mir nach allem zu sein, daß wir aneinander bleiben, wirklich geistlich miteinander ringen, indem wir den anderen auf sein wirklich Eigentliches hin ansprechen und daß wir noch tiefer uns mühen, einander zu begreifen und uns auch nicht aus Angst um das Prestige scheuen, voneinander zu lernen — und daß wir hoffen und beten!

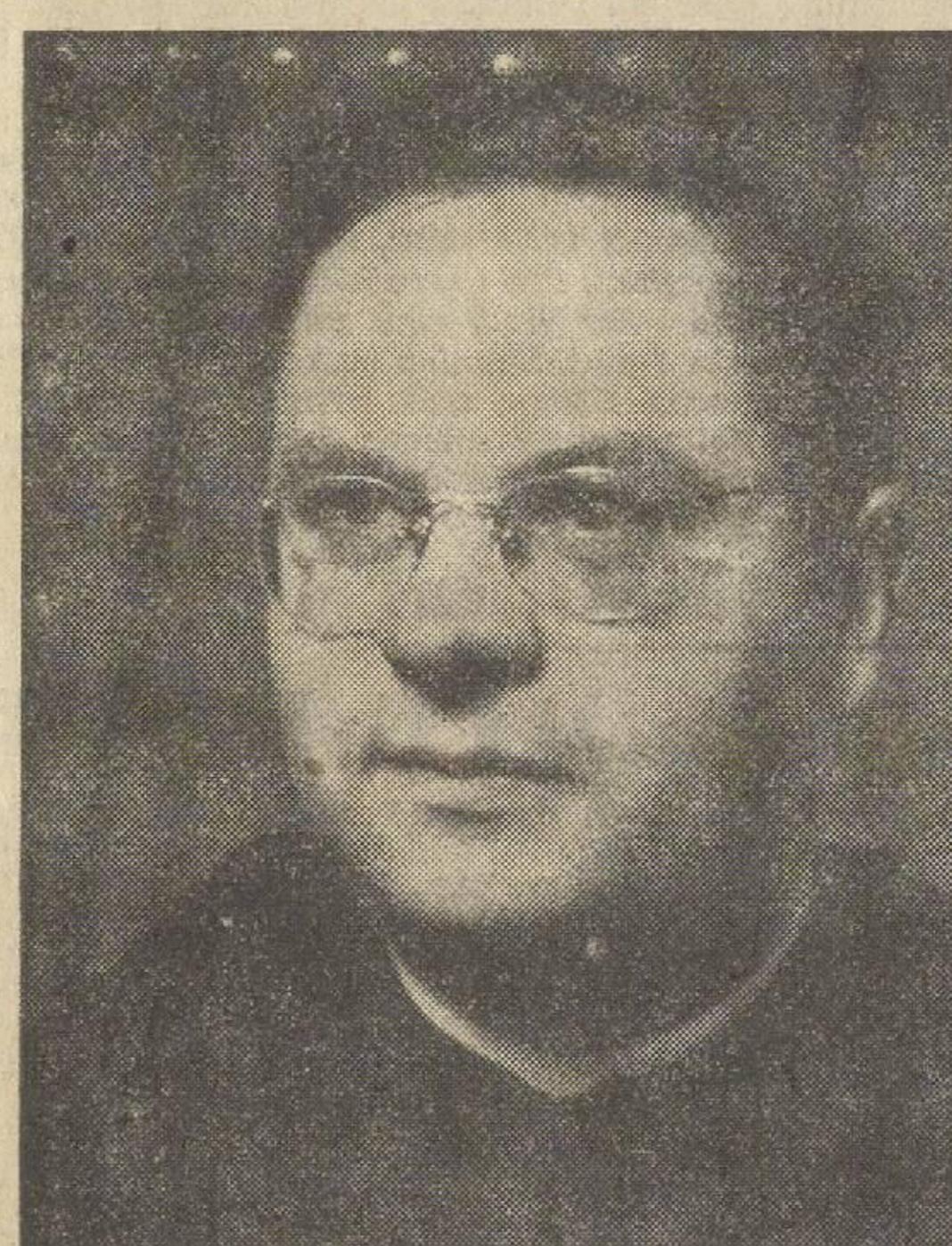
Dr. Thomas Sartory, OSB:

Wie steht die katholische Kirche zu den Bestrebungen der Wiedervereinigung der Christenheit? Die Frage wird immer auf dem Grund des Selbstverständnisses der Kirche beantwortet werden müssen. Die katholische und die orthodoxe Kirche werden diese Antwort anders geben als etwa protestantische Konfessionen in der manifigfältigen Schattierung von Lutheranern, Reformierten, Baptisten oder Quäkern. Aber allen Christen gemeinsam werden immer folgende Grundzüge dieser Antwort sein: 1. die Einheit der Kirche ist Gottes Wille und die Spaltung darum Sünde und Schuld; 2. die Einheit der Kirche ist nicht in erster Linie das Werk menschlicher Bemühung und Anstrengung, sondern Gnade Gottes, und muß darum von Gott erbettet werden; 3. die Christen stehen im Gehorsam vor der Offenbarung Gottes in Jesus Christus. Nicht menschliches Denken kann eine Einheit der Kirche ausklingen und sich nach seinem Geschmack zurechtliegen. Wie hat Jesus Christus seine Kirche gestiftet, das ist die entscheidende Frage. Im Verständnis dessen, was der Herr gewollt und getan hat, scheiden sich die Konfessionen.

Schmerz über die Abspaltung

Die katholische Kirche glaubt von der Heiligen Schrift und der Tradition her, sich als die wahre und eine Kirche verstehen zu müssen. Sie hält die Meinung für falsch, alle Religionen und Konfessionen seien gleichwertig, und die Einheit der Kirche sei ein Wunsch, der noch der Erfüllung harre. Die Einheit der Kirche ist für sie bereits Wirklichkeit, und die Spaltungen sind immer Abspaltungen von dieser einen Kirche. Viele evangelische Christen mißverstehen diese Grundhaltung der katholischen Kirche als eine Armaßung und als Ausdruck eines absolutistischen Herrschaftsstrebens. Sie überhören den Ton des Schmerzes, der in dem Wort Abspaltung liegt, und den Ton liebender Seelsorge und pastoraler Verantwortung, die getrennten Christen möchten zu dieser einen Kirche Jesu Christi zurückkehren.

Man kann sagen, ein Argument wiegt so viel wie sein Motiv, von dem es getragen ist. Das Motiv der Haltung der katholischen Kirche ist aber Gehorsam gegen Gott und verantwortliche Liebe gegenüber denen, die selbst im Irrtum niemals aufhören, Glieder



DR. THEOL. THOMAS SARTORY, der erst 29jährige Benediktinerpater, von der Fuldaer Bischofskonferenz mit der Schriftleitung der Zeitschrift für interkonfessionelle Begegnung „Una Sancta“ beauftragt, gilt bei den theologischen Gesprächen zwischen den Kirchen schon als einer der sachkundigsten Wortführer in der interkonfessionellen Auseinandersetzung. Demnächst wird im Kyrios-Verlag sein Buch „Die ökumenische Bewegung und die Einheit der Kirche. Ein Beitrag im Dienst einer ökumenischen Ekklesiologie“ erscheinen. Pater Sartory ist auch Mitglied des internationalen Arbeitskreises katholischer Theologen für ökumenische Fragen. Nach seiner Kriegsgefangenschaft wurde der geborene Aachener in der Benediktiner-Abtei Niederaltaich (Niederbayern) Mönch und Priester. Anschließend studierte er Philosophie und Theologie in Colchester (England), Beuron und München, wo er promoviert.

des mystischen Leibes Christi zu sein (Can. 87 des Codex Iuris Canonici). Wir sagen „verantwortliche Liebe“. Diese Liebe wird niemals Wahrheit und Irrtum vermengen oder verwischen. Wir sagen „Gehorsam gegen Gottes Offenbarung“, aber dieser Gehorsam wird niemals blind sein für die Wahrheitselemente, die denen verblieben sind, die sich von der sichtbaren Einheit der Kirche getrennt haben. Liebe ohne Wahrheit entartet in Gefühlschwärmerie und Sentimentalität, Wahrheit ohne Liebe aber ist kalt und tot. Das eine kann nicht ohne das andere sein.

Seit der Spaltung hat es nicht an Versuchen gefehlt, die Einheit der Kirche wiederherzustellen. Mit großem Freimut haben maßgebende Vertreter der katholischen Kirche ihre Schuld an der Spaltung bekannt. Man lese nur einmal die Reformerschrift des Kardinalen zur Zeit der Reformation „De emendanda ecclesia“, oder das Schulbekenntnis Papst Hadrians VI., mit dem er Contarini nach Deutschland schickte. Im

Reformkonzil von Trient wurden die berechtigten Anliegen der Reformatoren, bei aller klaren Abgrenzung gegenüber dem Irrtum, aufgenommen. Freilich lebte in der Kirche auch die Zunft der Polemiker, die ohne Kontakt mit der Wirklichkeit, wie ein französischer Theologe einmal sagte, „in einem abgeschlossenen Zimmer über den abwesenden Gegner triumpfieren“. Und auf der anderen Seite waren da die Ireniker, die Frieden um jeden Preis wollten und so ungehorsam wurden gegenüber der Wahrheit. Zwischen Polemik und Irenik geht der Weg der Kirche. Und wenn die eine oder die andere Haltung überwog, nahm die Kirche Stellung und korrigierte. So erschien 1948 das „Monitum“ des HI. Offiziums, das den Wildwuchs am Rande der Una-Sancta-Bewegung beschneidet und die Gläubigen zum Gehorsam gegen die Kirche ermahnte. Im gleichen Jahr schrieb aber auch der niederländische Episkopat seinen berühmten Hirtenbrief zur ökumenischen Frage, in dem es hieß: „In früheren Zeiten hat das unchristliche Leben vieler Katholiken zum Abfall von der Kirche beigetragen, und bei der Verteidigung der kirchlichen Einheit waren nicht alle Katholiken von der Liebe geleitet und sind darum nicht frei von Schuld an der Entfremdung zwischen katholischen und nichtkatholischen Christen. Das war sicherlich nicht nach dem Geist der Mutter Kirche.“ Das erwähnte Monitum erschien vielen als ein Verdammungsurteil aller ökumenischen Bestrebungen. Nichts lag der Kirche ferner. Um hier Mißverständnisse zu klären, erfolgte 1949 eine Instructio des HI. Offiziums an die Oberhirten, in der es heißt: „Die katholische Kirche nimmt zwar an den ökumenischen Konferenzen“ (sc. des Weltkirchenrates) nicht teil; aber sie hat, wie aus vielen päpstlichen Kundgebungen hervorgeht, nie aufgehört und wird auch in Zukunft nie aufhören, alle Bemühungen mit lebhaftem Interesse zu verfolgen und durch ihr unablässiges Gebet zu fördern, die jenes Ziel zu erreichen suchen, das Christus dem Herrn so sehr am Herzen lag: daß alle, die an Ihn glauben, zu vollkommener Einheit verbunden seien“ (Joh. 17, 23).

Gehorsam gegen die Wahrheit bedeutet ein Ringen um die Wahrheit. Hier hat die Theologie ihren Auftrag. Das erste in der theologischen Bemühung zur Aufhellung der Wahrheit ist ein intensives Horchen. Es ist betrüblich, zu sehen, mit welcher Oberflächlichkeit und summarischer Verallgemeinerung in manchen theologischen Lehrbüchern von den getrennten Christen und ihrer Lehre gesprochen wird und wie leicht man sich die Aburteilung macht. Wie leichtsinnig wurde doch bis in unsere Tage hinein von Martin Luther und der Entstehung der Reformation geredet, wie wurde der Protestantismus gleichgesetzt mit all den modernen Ismen, die atheistische Züge an sich tragen! Und mit welcher hochmütigen Selbstsicherheit wurden Thesen vorgetragen, die nicht mehr als Schulmeinungen! So konnte man das echte evangelische Anliegen der getrennten Christen gar nicht mehr verstehen, und der Graben zwischen den Konfessionen wurde immer größer. Aber in unseren Tagen zeigt sich hier ein neuer Aufbruch.

Auf die Heilige Schrift horchen

Eines Grundproblems in der Bemühung um die Wiedervereinigung der Christenheit ist sicherlich das Problem der Sprache. Die evangelischen Christen sprechen vorwiegend in einer heilsgeschichtlichen Terminologie, weil ihnen so sehr am existentiellen Moment des Glaubens liegt. Die katholischen Theologen reden dagegen gern in einer metaphysischen Begrifflichkeit, sie definieren und abstrahieren, um so den Wahrheitsgehalt klar und umfassendlich zum Ausdruck zu bringen. Vielleicht darf man sagen, daß die Redeweise der evangelischen Christen näher beim Ursprung der Offenbarung liegt, weil die Heilige Schrift nämlich nicht eine metaphysisch-abstrahierende Redeweise kennt. Beide Sprechweisen bergen in sich leicht den Keim des Irrtums. Gnade beispielsweise nur als Ereignis, nur als Gunst Gottes spiritualisiert die Inkarnation und löst jede Zuständigkeit auf in bloße Dynamik und Verflüchtigung. Wo auf der anderen Seite dieses personale Moment zurücktritt, da besteht die Gefahr, daß Gnade etwas Dingliches und etwas Vorhandenes wird, über das der Mensch verfügen kann. Indem die Theologie, auch die katholische, wieder mehr und mehr biblische Theologie wird, mithin in der Denk- und Sprechweise der Heiligen Schrift verkündet wird, finden die getrennten Christen zueinander.

Eine zweite Aufgabe der Theologie erwächst ihr von ihrem Objekt her. Die Gleichung „sichtbare römisch-katholische Kirche = mystischer Leib Christi“ ist etwas zu einfach, denn alle Getauften sind Glieder am Leibe Christi, auch wenn sie nicht im sichtbaren Gefüge der einen Kirche stehen. Hier beginnt die klärende Aufgabe der Theologie: In welcher Weise sind die nichtkatholischen Christen Glieder am Leibe Christi, welchen realen Wert haben die Vestigia ecclesiae, die Restspuren der wahren Kirche, bei den getrennten Christen, die doch getauft sind, den Glauben der ersten Konzilien bekennen, Sakramente feiern, oft charismatisch begabt werden und in der Liebe zu Christus stehen bis in das Blutzeugnis hinein? Wenn man all diese Wirklichkeiten ernst nimmt, zeigt es sich, daß die getrennten Christen näher beieinander stehen, als es auf den ersten Blick erscheint. Die Theologie auf beiden Seiten muß hinabsteigen zu den hintergründigen Problemen, die formal die trennenden Aussagen bestimmen. Beide müssen in einer neuen Weise auf die Heilige Schrift horchen und sich vor gefährlichen Akzentuierungen hüten. Wir Katholiken glauben, daß die protestantische Theologie zurückfinden muß zu einem vollen Hören auf die ganze Heilige Schrift, und die getrennten Christen erwarten von uns, daß wir so manches in unserer Kirche neu überprüfen unter dem Gericht des Wortes Gottes. Sie erwarten aber vor allem von uns, daß wir die Theologie betreiben und demütig um die Wahrheit ringen, nicht im Hochmut der glücklichen Besitzenden.

Das Herz der Kirche

Die betende Theologie verweist uns in den Raum der Anbetung. Hier schlägt das Herz der Kirche. Nicht ein noch so gut funktionierender Beamtenapparat, nicht äußeres Gepräge und glänzende Kundgebungen, nicht Aufwand und An

Die Stadträte im Schatten der Parteien

Nicht nur vom Staat drohen der Selbstverwaltung Gefahren

Was sind unsere Gemeinderäte? Sind sie kleine regierende Souveräne oder örtliche Gesezgeber oder nur Verwalter? Sie sind alles zugleich. Nach 1945 haben einige Besatzungsbehörden und nicht wenige Deutsche geglaubt, just an dieser Vereinigung von Regierungs-, Kontroll- und Verwaltungsfunktion in denselben Personen einer Gemeinde habe die deutsche Demokratie gekrankt. Also besitzen sie sich, nach ausländischen Vorbildern die Gewalten auch auf der örtlichen Ebene wieder zu trennen, so vor allem in der britischen Zone. Doch alsbald breitete sich Unbehagen bei den Verantwortlichen aus. Jahre hindurch rissen die Diskussionen nicht mehr ab, wie man die gewaltsame Trennung wieder im rechten Maße aufheben könnte. In allen Gemeindeverfassungen kehrten die Artikel über die beschließenden Aufgaben, die reinen Verwaltungentscheidungen der Bürgervertretungen wieder, hier mehr, dort weniger. Anders wäre sachgerechte Arbeit nicht möglich gewesen. Man muß das im Auge behalten. Wahrscheinlich wird man nicht umhin können, die Gemeindeordnungen noch weiter zu vereinheitlichen. In der zentralisierten Massengesellschaft, im umfassenden Sozialstaat führen die Zersplitterungen der Kompetenzen in den unteren Verwaltungsgremien zu kostspieligen und kräfteverschleißenden Umwegen oder gar Fehlpositionen. 80 Prozent der Verwaltungstätigkeit der Gemeinden sind heute von den „Auftragsangelegenheiten“ bestimmt, der örtlichen Entscheidung also entzogen. Die Gemeinden kennen die Not und Fatalität dieses Durcheinanders der verschiedenen Ordnungen. Auch der Bund. Aber die Entscheidung über Reformen und Korrekturen, seien sie noch so gering, liegen bei den Ländern. Dort herrscht einstweilen der stärkste Geist des Widerstandes gegen jede strukturelle Vereinfachung der deutschen Gemeindeordnungen.

Manager und Bürger

Die Gemeindedemokratie, viel mehr als die repräsentative Form der Staatsdemokratie, lebt oder stirbt mit der Frage, ob die Identität von Herrschern und Beherrschten, von Verwaltern und Verwalteten gewahrt bleibt. Heute mehr denn je. Die differenzierten Aufgaben der heutigen Gemeindeverwaltungen, ihre Unübersichtlichkeit, ja Kompliziertheit, haben zu einem natürlichen Übergewicht des Sachverständes der leitenden Gemeindebeamten gegenüber den zwar eifigen, aufmerksamen, aber eben nicht von vornherein sachkundigen Bürgervertretern geführt. Es ist dies die gleiche Erscheinung, die schon von dem Verhältnis Ministerialbürokratie und Parlament her bekannt ist. Die Bürgervertreter, vor allem in den Großstädten, geraten besonders dort ins Hintertreffen, wo, wie in Niedersachsen und auch in Nordrhein-Westfalen, die Trennung zwischen Verwaltung einerseits und Beschlüß- und Kontrollorgan andererseits noch stark beachtet wird. Welcher einfache, noch so redliche Stadtrat kann übersehen, ob dieser Finanzplan und jenes Bauprojekt, hier die Verkehrsfrage, dort die Industrieansiedlung richtig und gut durchdacht sind — solange er bloß die Vorgaben, vielleicht noch nicht einmal diese in die Hände bekommt. Auf solche Weise kann die Gemeindedemokratie sich allmählich dahin entwickeln, daß das Managerium der Gemeindebeamten — welches heutzutage geradezu notwendig ist — den lebendigen Zusammenhang mit der Bürgervertretung verliert, diese zur bloßen Fassade erniedrigt wird, hinter der ein bisschen „gequasselt“ und kritisiert wird, von der aber nicht aktive Kraft in das Gemeindeleben ausstrahlt. Ueberspitzt ausgedrückt: Die Bürgermeister, Direktoren, Abteilungsleiter, Amtsvorstände der Gemeinden müssen heute mehr als getreue Verwalter, nämlich energische, initiativfreudige „Manager“ sein, während die Bürgervertreter eben „Bürger“ bleiben müssen. Beide indes gehören sozusagen täglich an einen Tisch.

Im süddeutschen System ist das durchaus so vorgesehen und auch verwirklicht (mit den „Abteilungen“ oder „Ausschüssen“ der Gemeinderäte, die sehr eng mit der Verwaltung verkoppelt wurden). Hier stellt sich der Sachverständ in der konkreten Arbeit alsbald ein, so sehr mitunter, daß die Bürgermeister und Gemeindebeamten oft ihre Liebe Not mit ihrem Stadtrat haben, weil dieser allzusehr die initiativfreudigen Ermessensentscheidungen der Verwaltung beschneidet oder zu sehr in Details hineinredet. Wenn in Norddeutschland (von Schleswig-Holstein, das die „Magistratsverfassung“ einführte, abgesehen) die Gefahr besteht, daß die Manager die Bürger überspielen, so im Süden, daß die Gemeinderäte selbst zu „Managern“ werden. Die Grenze zur Korruption wird hierbei leicht überschritten. Handfeste Interessenbeherrschungen bilden die Entscheidungen der Abteilungen, insbesondere dort, wo es um Aufträge, wirtschaftliche Vorteile, Bauprojekte geht. „Vetterleiwirtschaft“ nennen das die Schwaben. Aber diese Gefahr ist immer gegeben. Wer etwa von der alten „Honoriorenverwaltung“ des 19. Jahrhunderts spricht, meist ein wenig in romantischer Verklärung, der sollte nicht vergessen, daß auch damals, zur Zeit der liberalen, stolzen Bürgerherrschaft oft genug die Anliegen der Haus- und Grundbesitzer vertreten wurden, nicht aber das stets etwas schillernde „Gemeinwohl“. Bei allem gilt es ganz einfach, die Augen offen zu halten. Institutionelle Sicherungen gegen das Überhandnehmen korruptiver Praktiken sind zwar unerlässlich, doch notwendigerweise nur von beschränktem Wert.

Von den Stadträten redet man nicht mehr...

Welche Organisationsform auch immer für die richtige gehalten wird — im letzten hängt alles an der menschlichen, in des Wortes genauer Bedeutung „bürgerlichen“ Qualität der gewählten Gemeindevertreter. Hat sie sich nach den langen Pausen von 15 Jahren, in welcher das Bürgertum auf seine private Tätigkeit zurückgedrängt und den freien, verantwortlichen Selbstverwaltung entwöhnt wurde, wieder eingestellt? Gewiß nicht so, daß man sagen könnte, in den Gemeinde- und Stadtparlamenten wehe wieder der kräftige, selbstbewußte Geist demokratischen Gemeinsinns. Wir kennen eine stattliche Reihe von Bürgermeistern, die weit über ihren örtlichen Bereich hinaus als kluge, energische, sachverständige Herren bekannt geworden sind. Von ihren Gemeinderäten redet man nicht — nicht einmal die Bürgermeister erwähnen mit Stolz den Rückhalt, den sie in den Bürgervertretungen fänden. Und würde man die Menschen einer Großstadt fragen, was sie von ihrer Stadtverwaltung hielten, so würden sie gewiß etwas von ihrem Stadtoberhaupt, ihrem Baudirektor, ihrem Kulturreferenten zu sagen wissen, kaum aber von der Gesamtheit ihrer Bürgervertretung. Früher war das anders. Wie viele Straßennamen, Gebäude, Gedenkstätten erinnern heute noch an die Personen, welche einst geschätzte Institutionen schufen (meist durch Stiftungen) und der Stadt Ansehen schenkten — als Vertreter der Bürgerschaft! Zieht die heutige Gemeindeverwaltung nicht mehr die erfahrensten und

Fotos: dpa (2).

Verlag: Curt E. Schwab GmbH, Stuttgart. Anschrift von Redaktion und Verlag: Stuttgart W, Silberburgstraße 193, Telefon: Ortsgespräche 7764/49, Ferngespräche 76038. Fernschreiber Stuttgart 072 3310. Telegramm-Adresse: Wezent Stuttgart. Wirtschaftsredaktion: Frankfurt/M., Cronstettstraße 2, Telefon 8519/20. Redaktion: Frankfurt/M. 041 1326. Druck: Typographia-Druckerei, Stuttgart.

Verantwortlich: Helmut Cron, Hans Hellwig, Otto Hoffmann, Jürgen Tern, Peter Wallen. **Die Deutsche Zeitung und Wirtschafts Zeitung** erscheint zweimal wöchentlich, mittwochs und samstags. Einzelnummer 50 Pfennig. Bezugspreis monatlich 4,60 DM einschließlich 25 Pfennig Postgebühr und 18 Pfennig Zustellung. Anzeigenpreis für die 45 mm breite Millimeter-Zeile 2,— DM. Für Stellengesuche 1,— DM. — Zur Zeit gilt Preisliste 9. Verantwortlich für den Anzeigenenteil: Peter Stahl.

Postcheckkonto Stuttgart 400 37.

würdigsten Bürger an sich? Es scheint so. Die Bankdirektoren, Kammerpräsidenten, Handelsherren, Verbandsvorsitzenden und Handwerksmeister beherrschen nicht mehr die Szene der Bürgervertretung. Zwar gelten sie noch immer viel in der Stadt und gegen ihren Willen kann nicht ernsthaft entschieden werden. Aber sie sitzen kaum mehr im städtischen Parlament. Vielmehr muß der Bürgermeister, wenn er ihre Mitsprache oder Mitarbeit braucht, diese häufig höchst persönlich aufsuchen. Außerhalb der gewählten Bürgervertretung.

... dafür um so mehr von den Parteien

In den Gemeindeparlamenten aber haben die Parteien die Herrschaft zu übernehmen versucht und bis zu einem gewissen Grad auch schon an sich gezogen. Werber Weber, der Göttinger Professor für Verwaltungsrecht, übertrief gewiß nicht sonderlich, wenn er meint, daß die Landesvorstände der Parteien schon heute eine umfassendere Kontrolle über die kommunalen Dinge ausüben als etwa die gesetzliche Staatsaufsicht (in einem viel beachteten, leserwerten Aufsatz über die „Wandlungen der Kommunalverwaltung“, Verlag Schwarz, Göttingen, 1953). Diese Machtübernahme zieht schwerwiegende Folgen nach sich, von denen wohl die fatalste die ist, daß unter der Auswahl, welche die Parteien personell treffen, und unter dem Diktat der Fraktionsdisziplin der freie Bürgergeist zugrunde gerichtet wird. Unabhängige Persönlichkeiten werden auf solche Weise nicht ermuntert, im städtischen öffentlichen Leben mitzuverarbeiten. In einer norddeutschen Stadt geschah es, daß die Bürgervertretung einstimmig einen Beschluss faßte, hernach aber unvermittelt ein junger Mann aufstand und eine wohlvorbereitete Rede zur Begründung des Beschlusses (der schon gefaßt war) hielt. Später fragt, warum er das getan habe, lautete seine Antwort: Diese Rede sei von seiner Partei am Vorabend beschlossen worden. Im Zuschauerraum sei der örtliche Sekretär gesessen. Ihm zuliebe hätte die Rede gehalten werden müssen, obgleich sie sachlich überflüssig war. Das Beispiel läßt auf harmlose Eitelkeiten schließen, aber leider verbirgt sich mehr dahinter.

Die Gemeindeverwaltungen sind für die Parteien

machtpolitisch interessant geworden. Ihr Interesse ist freilich nicht ausschließlich auf das Wohl der Bürgerschaft, sondern auch auf die personelle Teilnahme an der großen Apparatur der Staats- und Sozialverwaltungen gerichtet. Die Gemeinden sind in diese gewaltige Maschinerie einbezogen. Wir sagten schon: 80 Prozent der Gemeindeverwaltungen sind heute mit der Erfüllung von Aufgaben beschäftigt, die ihr von oben, von der Staatsverwaltung aufgetragen sind. Diese, nicht der verbleibende Raum der Eigenverwaltung einer Stadt, ziehen die Augen und Absichten der Parteibürokratie auf sich. Denn vorab, hier kann Macht verteilt und Macht ausgeübt werden. Die Folge ist, daß die Parteien — selbst stark zentralisiert — die Ideen der Selbstverwaltung, ja Selbstherrlichkeit der Kommunen nicht sonderlich propagieren. Von einzelnen Stadtverordneten und Funktionären darf hierbei abgesehen werden. So ist es auch zu erklären, daß die energischsten Verteidiger der kommunalen Freiheit heute nahezu ausschließlich die Bürgermeister und die Fachbeamten der Gemeinden sind, nicht die Bürgervertreter. Jene sind noch immer ein freier selbstbewußter Berufsstand, dessen Stolz sich am Wohl und an der Fortentwicklung der Stadt entzündet. Diese hingegen sind nicht mehr die Vertreter eines sozialen Standes, sondern sozusagen mediatisierte Bürger, die in der Abhängigkeit von der Gunst ihrer Partei klein geworden sind. Die Pflege des Gemeinwesens, zu der Phantasie, Tatkraft und auch Opfergeist gehören, ist ihnen dadurch nicht mehr in Freiheit möglich. Wohl aber greifen sie (als Parteivertreter) oft genug reglementierend, beflecken, verordnen in den verästelten Apparat der untersten Zweige der Staatsverwaltung ein.

An der Personalauslese hängt alles

Das alles mag übertrieben erscheinen. Aber wer Augen hat zu sehen, der gewahrt die Tendenzen, die in die aufgezeigte Richtung gehen. Lösungen des Dilemmas? Wie alles von den menschlichen Qualitäten abhängt, können institutionelle Reformen wenig helfen, zumal da die Gemeindeordnungen alles in allem irgendwelcher Generalreformen gar nicht bedürfen. Die Parteien haben die Honorarien abgelöst, darüber mag man jammern. Aber zu ändern

Flugzeugbasen, aber auch Weihwasser

H. P. NEW YORK

Der sehr ehrwürdige James Pike, Dean der Episkopalen Kathedrale des Heiligen Johannes in New York, hat sicher nur einer weitgreifenden Empörung protestantischer Kreise in allen Teilen Nordamerikas Ausdruck gegeben, als er in Ausdrücken, die einem Politiker besser als einem Geistlichen anstünden, gegen das neue Abkommen der amerikanischen Militärdiplomaten mit den spanischen Militärbehörden protestierte. Der Geistliche klagte die amerikanischen Verhandlungsführer an, die verfassungsrechtlichen Freiheiten eines amerikanischen Bürgers für ein paar Steine an die abgängliche, intolerante und unterdrückende Klerikerei Spaniens verkauft zu haben. Freilich blieb denen nicht viel anderes übrig; sie sollten Flugstützpunkte bekommen und dabei dem Spaniern so wenig wie möglich auf die Nerven fallen.

Die Spanier behaupteten, es würde ihnen auf die Nerven fallen, wenn auf spanischem Boden ein amerikanischer Kaplan einen amerikanischen Protestant mit einer amerikanischen Katholikin oder einen Katholischen Amerikaner mit einer protestantischen Amerikanerin oder gar einem ungläubigen Ausländer mit einer gläubigen Spanierin trauen sollte. Die spanische Gesetz gestattet keine Mischungen ohne Dispensation, und Fremde auf spanischem Boden sollen nicht anders gestellt sein als Spanier, auch wenn sie von der amerikanischen Regierung zum Bau, zur Bewachung oder zum Bewirtschaften amerikanischer Stützpunkte dorthin geschickt wurden. Keine Zivilcne für einen Katholiken, solange er in Spanien ist; keine konsularischen Gerichte und Standesämter wie in China! Hätte man einfach erklärt, daß amerikanisches Militärpersonal in Spanien zivilrechtlich den spanischen Gesetzen untersteht, so hätte sicher niemand etwas gemerkt. Die Geste hätte nur sehr nobel ausgesehen und aller Welt klar gemacht, daß Amerika nicht daran denkt, Spanien zu kolonisieren. Warum die spanische Kirche aber darauf bestand, die materiellen Folgen einer solchen Erklärung in allen Details herzuzählen, ist hier unverständlich.

Dean Pike meint es mit diesem ehrwürdigen Verfassungszusatz so ernst, daß er sogar die „offizielle Frömmigkeit“ der amerikanischen Politik anstößig findet. Er ist bereit, den Fahneneid zu schwören, wann immer dazu Veranlassung ist; aber daß Eisenhower kürzlich darin hinter dem Worte „Nation“ die Worte „unter Gott“ einfügte, hält er für „einen Schaden an der wahren Sache des Christentums“. Amerika ist auf der Prinzip der Trennung von Staat und Kirche aufgebaut; und die Protestantenten aller Richtungen gewähren den Katholiken alle Freiheiten, die aus diesem Prinzip folgen, wie das Recht zur eigenen Schule und das Recht der geistigen Disziplin. Sie wehren sich im Moment, wo mit staatlichen Mitteln den Angehörigen aller Kirchen die Disziplin einer Religionsgemeinschaft aufzoktroyiert werden soll.

Der katholischen Intoleranz steht eine antikatholische in den USA gegenüber, die nur zu bereit ist, sich reißen zu lassen. Sie ist es um so mehr, als in den Nachkriegsjahren die Macht der katholischen Kirche in Amerika überall auf Kosten der traditionellen Freiheitsgütter gewachsen ist. Den berufsmäßigen Verteidigern der protestantischen Weltanschauung fehlt nur ein klarer Fall von Verletzung der Verfassung, um den Kampf für die Gewissensfreiheit zu erneuern. Sie finden dabei willige Bundesgenossen bei den südstaatlichen Politikern, die entweder antikatholisch oder antizentralistisch eingestellt sind, dabei außerdem gern dem Präsidenten ultramontane Flüsterparolen anhängen würden. Hätte der Präsident das Siegel der Vereinigten Staaten einem Vertrag aufgedrückt, welcher die den Amerikanern heilige Trennung von Kirche und Staat abschaffte und die religiöse Freiheit zweier Liebenden missachtete, so wäre es um seine Beliebtheit in den Südstaaten geschehen. Dean Pike würde viel Zustimmung für die Behauptung finden, daß „unsere in Spanien residierenden Bürger den Schutz des Ersten Amendments verlieren“ — und sich auf das erste Amendment zu befreien, bedeutet in Amerika soviel wie in Rom Befreiung auf die Gebeine Peters.

Dean Pike meint es mit diesem ehrwürdigen Verfassungszusatz so ernst, daß er sogar die „offizielle Frömmigkeit“ der amerikanischen Politik anstößig findet. Er ist bereit, den Fahneneid zu schwören, wann immer dazu Veranlassung ist; aber daß Eisenhower kürzlich darin hinter dem Worte „Nation“ die Worte „unter Gott“ einfügte, hält er für „einen Schaden an der wahren Sache des Christentums“. Amerika ist auf der Prinzip der Trennung von Staat und Kirche aufgebaut; und die Protestantenten aller Richtungen gewähren den Katholiken alle Freiheiten, die aus diesem Prinzip folgen, wie das Recht zur eigenen Schule und das Recht der geistigen Disziplin. Sie wehren sich im Moment, wo mit staatlichen Mitteln den Angehörigen aller Kirchen die Disziplin einer Religionsgemeinschaft aufzoktroyiert werden soll.

Der Generalstaatsanwalt Jugoslawiens hat gegen Wladimir Dedić (unser Bild) Anklage wegen staatsfeindlicher Propaganda erhoben. Dedić ist der Freund von Djilas, doch galt er bisher auch als Vertrauter Titos. Der 50jährige Intellektuelle, Übersetzer literarischer Werke, gehört zur alten Garde der Revolutionäre und Partisanenführer. Nach dem Krieg schrieb er eine autorisierte Biographie des Marschalls. An eine parlamentarische Demokratie, welche Djilas und Dedić nach und nach ermöglichen wollten, darf im kommunistischen Jugoslawien einstweilen nicht gedacht werden.

Regierung Arbenz 1954 enteignet worden war. Die United Fruit Company hat sich ihrerzeit verpflichtet, rückwirkend vom 1. Januar 1954 von ihren Gewinnen 30 Prozent Steuern an die Regierung Guatemalas abzuführen.

Der Präsident von Panama, der 47jährige Oberst José Antonio Remón, wurde beim Verlassen einer Rennbahn von Attentätern mit Maschinengewehren überfallen und verwundet. Kurze Zeit später erlag er im Spital seinen Verletzungen. Seine Nachfolge hat der Vizepräsident und Außenminister José Ramón Guizado übernommen. Als Attentäter werden Anhänger des im Mai 1951 gestürzten Präsidenten Arias vermutet. Arias wurde inzwischen verhaftet. In Washington hat die Nachricht von der Ermordung Bestürzung erregt.

Argentiniens Parlament hat ein Gesetz angenommen, das in einem seiner Artikel die Möglichkeit der Ehescheidung vorsieht. Bisher waren Ehescheidungen in Argentinien nicht zulässig. Damit hat sich der seit November schwelende Konflikt zwischen dem Staat und der katholischen Kirche weiter verschärft.

Nach dem Stand vom 30. September des vergangenen Jahres hatten die im DGB zusammengeschlossenen Industriegewerkschaften 610334 Mitglieder.

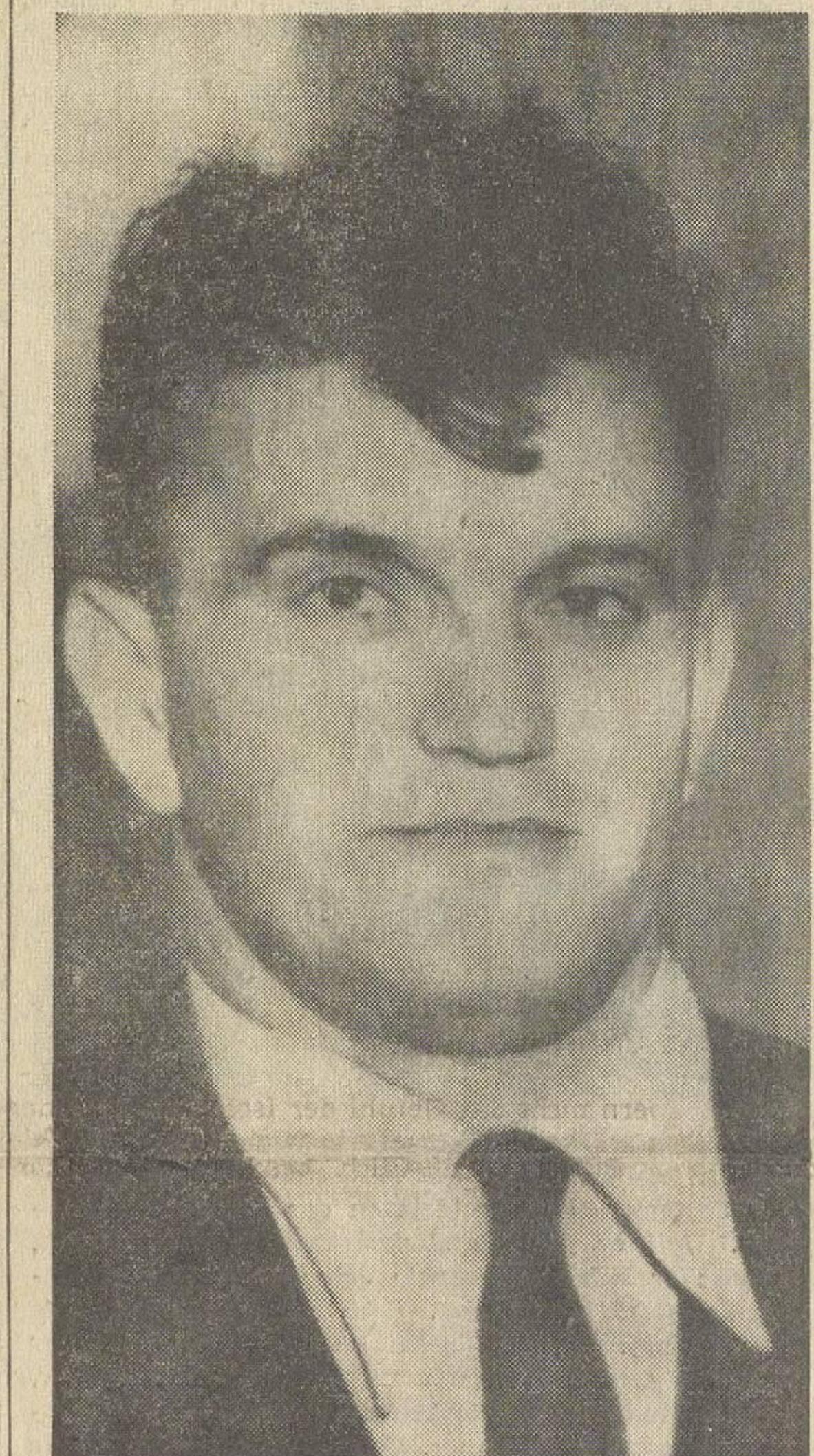
Für die künftigen Streitkräfte der Bundesrepublik sind etwa 160 evangelische und 150 katholische Militärfächer in Aussicht genommen. Die Geistlichen sollen von den Kirchen vorgeschlagen werden und dann sechs bis acht Jahre als Militärfächer tätig sein. Uniformen sollen sie nicht tragen.

Die Gattin des Botschaftsrats der Bundesrepublik in London, Schlitter, soll in einer Weihnachtsansprache vor dem Botschaftspersonal Großbritanniens als „feindliches Ausland“ bezeichnet haben. Der Botschaftsrat, der im Zusammenhang mit dem Vorfall ein Abschlußgesuch einreichte, ist zunächst beurlaubt worden und hat sich mit seiner Frau nach Bonn begeben.

In einem gemeinsamen Bericht erklärten die sechs Institute der Arbeitsgemeinschaft wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute, daß das Bruttonsozialprodukt der Bundesrepublik im Jahre 1954 um acht bis neun Prozent größer sei als 1953.

Ist das nicht. Vielleicht ist eine andere Organisations-technik, den Bürger an die Selbstverwaltung heranzubringen, auch gar nicht mehr möglich. Die Parteien sind notwendige Medien, um den Willen der Menschen zu ergründen, zu gestalten, schließlich in die Wirklichkeit umzusetzen: Umschlagsapparate der Massengesellschaft. Auch in den Gemeinden, insbesondere in den mittleren und größeren Städten, erscheint ihre organisierende Tätigkeit unerlässlich. Nur unterliegen die Parteien allzu leicht der Gefahr, politische Energien eher zu verschütten als zu pflegen. Wenn der einzelne Bürger zuerst darauf achtet muß, die Gunst einer Partei zu erlangen, um überhaupt auf die Kandidatenliste für den Gemeinderat zu kommen, und diese Achtsamkeit dann all die Jahre seiner Tätigkeit weiterpflegen muß, dann wird eben nur noch das rechte und schlechte Mittelmaß in die Bürgervertretungen einziehen, gemeinsam mit Verbandsvertretern und Parteifunktionären. Wenn heute die Stadträte vielerorts so wenig Ansehen genießen, häufig nicht einmal bekannt sind, so ist das allein begründet. „Pflege demokratischen Geistes“ kann man das nicht mehr nennen. In den Parlamenten des Staates sind Disziplin und die Fähigkeit, sich in Fraktionen einzufügen, unerlässlich, wenn anders man keine politische Macht erringen und entfalten kann. In den Bürgervertretungen der Städte sind solche Tugenden nicht nur überflüssig, sondern geradezu schädlich. Die Parteien würden sich selbst und der Sache den größten Dienst erweisen, wenn sie dies alles erkannten und danach handelten. Von der Klugheit ihrer Personalauslese und „Menschenbehandlung“ wird abhängen, ob unsere Städte wieder die Gemeinwesen eigenen Gewichts, eigenen Stolzes, eigener Sicherheit werden.

Ht.
Diesem Artikel ging ein Aufsatz über die Oberbürgermeister voran (Nr. 105 vom 31. Dezember 1954). Eine weitere Untersuchung wird sich mit dem Gemeindebürger befassen.



Die sogenannte Regierung auf seiner Rückreise nach Frankreich, die Wiederherstellung der französischen Ministerpräsidenten für eine Viermächte-Konferenz im Frühjahr „ruhig und sorgfältig zu durchdenken“.

Der norwegische Außenminister Lasse Lasse auf einer kürzlichen Besprechung mit dem indischen Ministerpräsidenten Nehru, ehe er nach Peking weiterflog. Beobachter meinen, die indische Regierung habe Hammarskjöld einen ausgesprochen frostigen Empfang und Abschied bereitet.

Die Ministerpräsidenten der fünf Colombo-Staaten haben beschlossen, 25 asiatische und afrikanische Staaten für April nach Indonesien zu einer afrikanisch-asiatischen Konferenz einzuladen. Israel und das nationalchinesische Formosa wurden nicht eingeladen.

Der australische Außenminister Casey ließ in einer Neujahrserklärung deutlich seine Missstimmung gegenüber dem Projekt der Konferenz durchblicken. Presse

den 10. Januar 1955

1.) Herrn

Dr. Helmut Cron
Redakteur der Deutschen
Zeitung und Wirtschaftszeitung

Stuttgart
Silberburgstr. 190

Lieber Herr Dr. Cron !

Besten Dank für Ihren Brief vom 30. Dezember 1954, auf den ich leider erst heute zurückkommen kann.

Ihr Aufsatz in der Neujahrsnummer der Wirtschaftszeitung hat hier keinen restlosen Beifall gefunden. Das gilt nicht nur von mir, sondern auch von zahlreichen anderen Personen, die mich auf den Aufsatz angesprochen haben. Wir finden alle, daß die Dinge zu stark vereinfacht haben.

Es ist sicher ganz richtig, daß der alte Oberbürgermeistertyp kaum mehr existiert, sondern daß jetzt sehr verschiedene Typen von Oberbürgermeistern sich herausgebildet haben. Das hängt mit den teilweise veränderten Aufgaben zusammen, aber auch mit dem veränderten Gemeinderecht und den verschiedenen Wahlsystemen. Bei einer Wahl des Oberbürgermeisters durch das Volk, wie sie jetzt auch wieder in Baden-Württemberg beibehalten werden soll, können sich Persönlichkeiten, die keinen volkstribunalen Einschlag haben, schwer durchsetzen; insbesonders dann, wenn sie von auswärts kommen. Der rein sachlich eingestellte Verwaltungsbeamte, etwa vom Typ des Herrn Kutzer, gerät dadurch stark ins Hintertreffen. Die Oberbürgermeister der Städte in Nordrhein-Westfalen und in Niedersachsen sind überhaupt keine richtigen Oberbürgermeister, sondern eigentlich Stadtverordnetenvorsteher, die je nach ihrem Temperament sich mehr oder weniger auch in die Geschäfte des eigentlichen Oberbürgermeisters des Oberstadtdirektors mischen. Auf den Tagungen des Deutschen Städte- und Landesbundes spielen diese unechten Oberbürgermeister aber eine unverhältnismäßig große Rolle. Sie haben leider die Parteipolitik

meines Erfolges in Hannover

allzu sehr in den Deutschen Städtetag hineingetragen. Schließlich wird auch das frühere Juristenmonopol bei Oberbürgermeisterwahlen stark angefochten. Viele messen der juristischen Ausbildung keine Bedeutung mehr bei. Dabei sind zweifellos gut ausgebildete Verwaltungsjuristen immer die besten Oberbürgermeister gewesen, wenn auch natürlich noch einige andere Eigenschaften diese Ausbildung ergänzen müssen. Neben den Verwaltungsjuristen haben seit 1918 auch alte Gewerkschaftler gute Oberbürgermeister abgegeben. Sie zeigten sich geeignet, den bürokratischen Apparat zu meistern und waren außerdem sehr verhandlungsgewandt. Ich erinnere nur an Persönlichkeiten wie Beims, Magdeburg und Brauer, Hamburg-Altona.

Die Aufgabenveränderung hat dazu geführt, daß in den großen Städten die wirklichen Oberbürgermeister häufig den Generaldirektoren eines Wirtschaftskonzerns ähneln, aber doch nur ähnlich sind und nicht dasselbe darstellen; denn es gibt ja auch noch eine Hoheitsverwaltung in den Städten und außerdem muß ein Oberbürgermeister mit seinem Parlament zurecht kommen, was immer noch etwas schwieriger ist, wie die Verhandlungen eines Generaldirektors mit seinem Aufsichtsrat. Auch verdienen ja die Oberbürgermeister wesentlich weniger als die Generaldirektoren; auch sollten sie vor allem bestrebt sein, sich den Repräsentations- und Spesenstil der Generaldirektoren nicht anzugewöhnen.

[Handwritten note: Auch triffen die Vergleiche mit einem Generaldirektor natürlich nur für Großstädte und nicht für kleinere Städte.]
Es ist bemerkenswert, daß bei der Ausschreibung von Oberbürgermeisterstellen kaum noch geeignete Bewerbungen eingehen. Offenbar handelt es sich eben um eine Stelle, die nicht für eine Bewerbung, sondern nur für eine Berufung geeignet ist. Darum sollte man auch die Volkswahl der Oberbürgermeister ablehnen. Es ist doch geradezu unsinnig, etwa 10 oder noch mehr Bewerber zur öffentlichen Wahl zu stellen, obwohl jedermann davon überzeugt ist, daß vielleicht 8 oder 9 dieser 10 Bewerber völlig ungeeignet sind. Da war immer noch das frühere Schleswig-Holstein'sche System der Volkswahl vorzuziehen, nach dem die Stadtverordneten-Versammlung 3 geeignet erscheinende Persönlichkeiten vorgeschlagen hat, unter denen dann die wahlberechtigte Bevölkerung die Auswahl treffen konnte.

*✓ die geringen wirtschaftlichen
Aufgaben erfüllen können*

- 3. Blatt -

Ich habe vor, nach meiner Pensionierung mich mit diesen Problemen noch etwas näher zu beschäftigen. Vor allem möchte ich ein kleines Vademekum für Bürgermeister schreiben, das allgemeine Grundsätze und Regeln herausstellen soll, die von einem vernünftigen Bürgermeister zu beachten sind. Jetzt sind die Buntscheckigkeit und die Stilllosigkeit so groß geworden, daß Tagungen von ~~Länderstädtverbänden~~ ^{Damit verhindern} schon daran scheitern, daß die Stadtevertreter keinen Weg mehr zueinander zu finden vermögen. Das bedeutet dann, daß schließlich nur noch die Parteigremien und ihre Oligarchie entscheiden.

Lieber Herr Dr. Cron, der Brief ist länger geworden, als ich beabsichtigt habe, aber eine Aussprache über solche Ideen kann, glaube ich, nie schaden. Mittlerweile ist auch der neue Aufsatz über "Die Stadträte im Schatten der Parteien" erschienen, den ich noch genau studieren muß.

Mit freundlichen Grüßen von Haus zu Haus

Ihr

2.) Z.d.A.

fmnw

vh

Obgmstr.

1000

AN

Deutsche Zeitung

und Wirtschafts Zeitung

Redaktion

12. Jan. 1955

Curt E. Schwab G.m.b.H. (14a) Stuttgart W, Silberburgstraße 193 · Telefon 77646-49, 76038 · Fernschreiber 0723810 · Telegramm-Adr.: Wezet Stuttgart

Stuttgart, 11. Januar 1955.
Postschließfach 220
c/l.

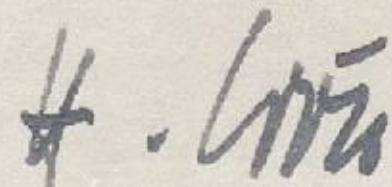
Herrn
Oberbürgermeister Dr. Dr. h. c.
Hermann Heimerich,
Mannheim.
Rathaus.

Lieber Herr Dr. Heimerich,

ich bin Ihnen außerordentlich dankbar für Ihren wirklich ungewöhnlich aufschlußreichen Brief. Bei der Niederschrift des Aufsatzes ist mir noch viel mehr durch den Kopf gegangen, als mir der zur Verfügung stehende Raum Platz ließ. Um so schöner wäre es natürlich, wenn wir aus Ihrem Brief das Wesentliche unseren Lesern zur Kenntnis bringen dürften. Hätten Sie etwas dagegen, wenn wir Ihren Brief bei uns abdrucken? Ich würde es jedenfalls außerordentlich begrüßen, wenn Sie sich damit einverstanden erklären könnten.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr



den 12. Januar 1955

Herrn

1.) Dr. Helmut Cron,
Redakteur der
Deutschen Zeitung und
Wirtschaftszeitung

S t u t t g a r t

Silberburgstr. 193

Lieber Herr Dr. Cron -

Ich habe nichts dagegen, wenn Sie meinen
Brief an Sie veröffentlichen wollen, nur müßte man einige kleine
Stellen ausmerzen bzw. verändern. Für diesen Zweck habe ich mei-
nen Brief umschreiben lassen. Ich verweise auf die Beilage.
-/-

Mit freundlichen Grüßen von Haus zu Haus

Ihr

2.) Z.d.A.

Dh

Obgmstr.

*Abf. ab
gm*

5.2

den 10. Januar 1955

Herrn

Dr. Helmut Cron

Redakteur der
Deutschen Zeitung und
Wirtschaftszeitung

Stuttgart

Silberburgstr. 190

Lieber Herr Dr. Cron !

Besten Dank für Ihren Brief vom 30. Dezember 1954, auf den ich leider erst heute zurückkommen kann.

Ihr Aufsatz in der Neujahrsnummer der Wirtschaftszeitung hat hier keinen restlosen Beifall gefunden. Das gilt nicht nur von mir, sondern auch von zahlreichen anderen Personen, die mich auf den Aufsatz angesprochen haben. Wir finden alle, daß Sie die Dinge zu stark vereinfacht haben.

Es ist sicher ganz richtig, daß der alte Oberbürgermeistertyp kaum mehr existiert, sondern daß jetzt sehr verschiedene Typen von Oberbürgermeistern sich herausgebildet haben. Das hängt mit den teilweise veränderten Aufgaben zusammen, aber auch mit dem veränderten Gemeinderecht und den verschiedenen Wahlsystemen. Bei einer Wahl des Oberbürgermeisters durch das Volk, wie sie jetzt auch wieder in Baden-Württemberg beibehalten werden soll, können sich Persönlichkeiten, die keinen volkstribunalen Einschlag haben, schwer durchsetzen; insbesondere dann, wenn sie von auswärts kommen. Der rein sachlich eingestellte Verwaltungsbeamte, etwa vom Typ meines Vorgängers in Mannheim, Herrn Dr. Kutzer, gerät dadurch stark ins Hintertreffen. Die Oberbürgermeister der Städte in Nordrhein-Westfalen und in Niedersachsen sind überhaupt keine richtigen Oberbürgermeister, sondern eigentlich Stadtverordnetenvorsteher, die je nach ihrem Temperament sich mehr oder weniger auch in die Geschäfte des eigentlichen Oberbürgermeisters des Oberstadtdirektors mischen. Auf den Tagungen des Deutschen Städtetages spielen diese unechten Oberbürgermeister aber eine unverhältnismäßig große Rolle. Sie haben leider die Parteipolitik allzu sehr in den Deutschen Städte-

tag hineingetragen. Schließlich wird auch das frühere Juristenmonopol bei Oberbürgermeisterwahlen stark angefochten. Viele messen der juristischen Ausbildung keine Bedeutung mehr bei. Dabei sind zweifellos gut ausgebildete Verwaltungsjuristen immer die besten Oberbürgermeister gewesen, wenn auch natürlich noch andere Eigenschaften diese Ausbildung ergänzen müssen. Neben den Verwaltungsjuristen haben seit 1918 auch alte Gewerkschaftler gute Oberbürgermeister abgegeben. Sie zeigten sich geeignet, den bürokratischen Apparat zu meistern und waren außerdem sehr verhandlungswandt. Ich erinnere nur an Persönlichkeiten wie Beims, Magdeburg und Brauer, Hamburg-Altona.

Die Aufgabenveränderung hat dazu geführt, daß in den großen Städten die wirklichen Oberbürgermeister häufig den Generaldirektoren eines Wirtschaftskonzerns ähneln, aber doch nur ähnlich sind und nicht dasselbe darstellen; denn es gibt ja auch noch eine Hoheitsverwaltung in den Städten und außerdem muß ein Oberbürgermeister mit seinem Parlament zurecht kommen, was immer noch etwas schwieriger ist, wie die Verhandlungen eines Generaldirektors mit seinem Aufsichtsrat. Auch trifft der Vergleich mit einem Generaldirektor natürlich nur für Großstädte zu und nicht für kleinere Städte, die geringere wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen haben.

Es ist bemerkenswert, daß bei der Ausschreibung von Oberbürgermeisterstellen kaum noch geeignete Bewerbungen eingehen. Offenbar handelt es sich eben um eine Stelle, die nicht für eine Bewerbung, sondern nur für eine Berufung geeignet ist. Darum sollte man auch die Volkswahl der Oberbürgermeister ablehnen. Es ist doch geradezu unsinnig, etwa 10 oder noch mehr Bewerber zu öffentlichen Wahl zu stellen, obwohl jedermann davon überzeugt ist, daß vielleicht 8 oder 9 dieser 10 Bewerber völlig ungeeignet sind. Da war immer noch das frühere Schleswig-Holstein'sche System der Volkswahl vorzuziehen, nach dem die Stadtverordenten-Versammlung 3 geeignet erscheinende Persönlichkeiten vorgeschlagen hat, unter denen dann die wahlberechtigte Bevölkerung die Auswahl treffen konnte.

Ich habe vor, nach meiner Pensionierung mich mit diesen Problemen noch etwas näher zu beschäftigen. Vor allem möchte ich ein klei -

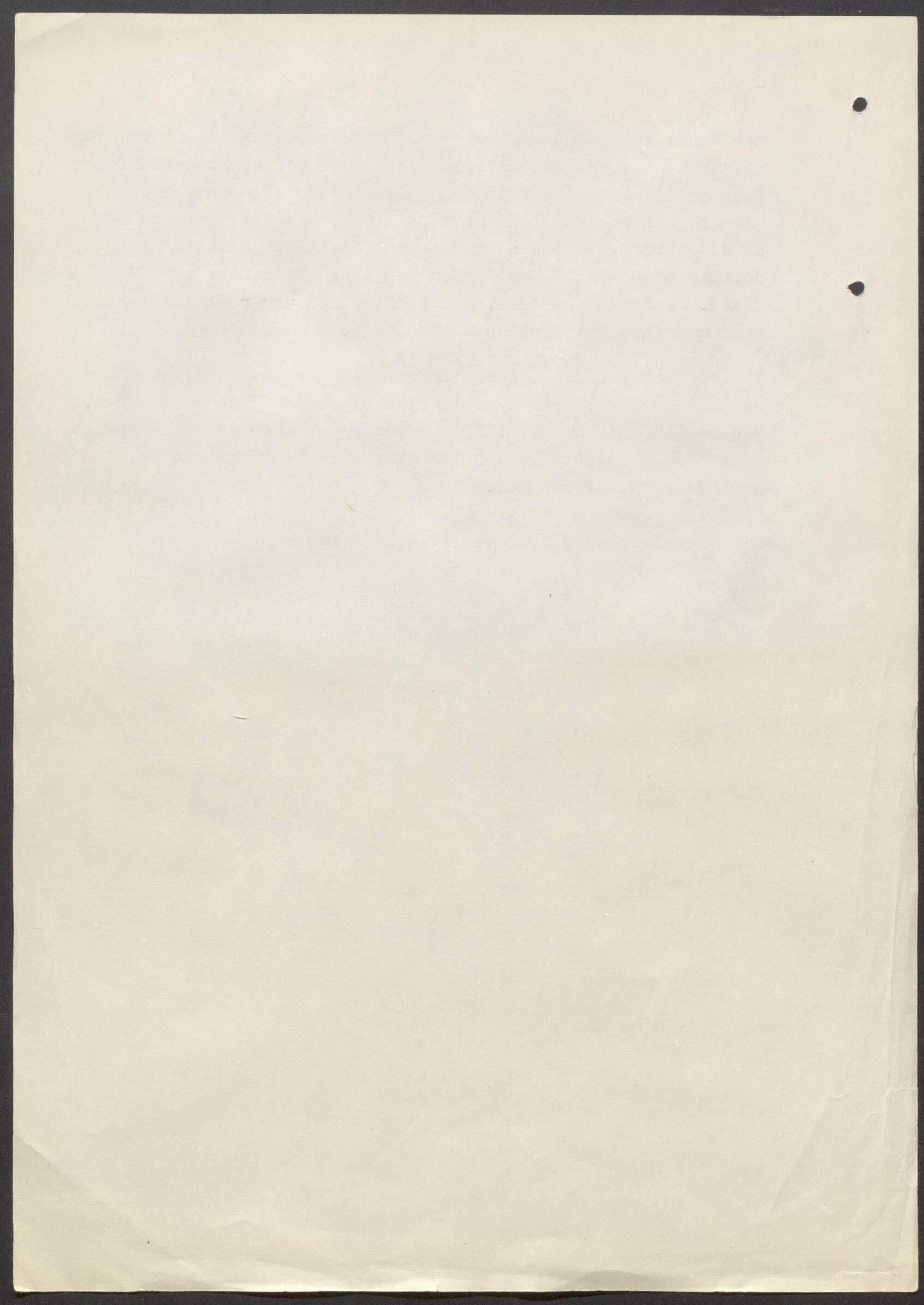
nes Vademekum für Bürgermeister schreiben, das allgemeine Grund -
sätze und Regeln herausstellen soll, die von einem vernünftigen
Bürgermeister zu beachten sind. Jetzt sind die Buntscheckigkeit
und die Stillosigkeit so groß geworden, daß Tagungen von Länder -
städtverbänden und des Deutschen Städtetages darunter leiden,
daß die Städtevertreter keinen Weg mehr zueinander zu finden ver -
mögen. Das bedeutet dann, daß schließlich nur noch die Parteigre -
mien und ihre Oligarchien entscheiden.

Lieber Herr Dr. Cron, der Brief ist länger geworden, als ich be -
absichtigt habe, aber eine Aussprache über solche Ideen kann,
glaube ich, nie schaden. Mittlerweile ist auch der neue Aufsatz
über "Die Stadträte im Schatten der Parteien" erschienen, den ich
noch genau studieren muß.

Mit freundlichen Grüßen von Haus zu Haus

Ihr

(gez.) Dr. Heimerich



13.1.55

1.) Telegramm an:

Dr. C r o n Silberburgstr. 193 Stuttgart

Auf Seite 2 Zeile 18 meines Briefes an Sie vom 10. Januar
muß es natürlich "Aufsichtsrat" und nicht Betriebsrat
heißen.

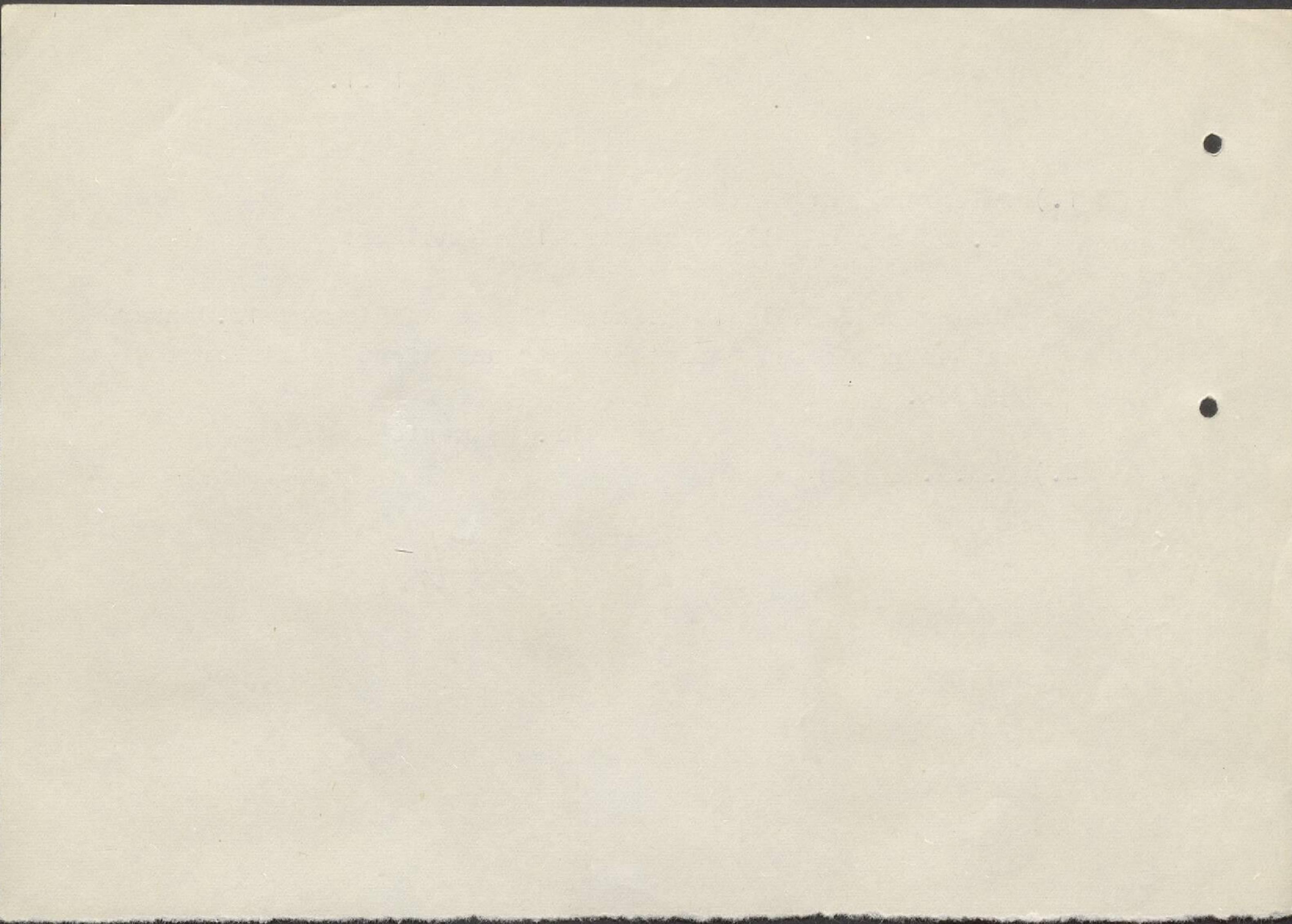
—
Dr. Heimerich

2.) Z.d.A.

abw. bis 15.1.
abw. gru

Obgmstr.

Ph.



Die Gesellschaft der Auserwählten

MANNHEIM, 12. Januar

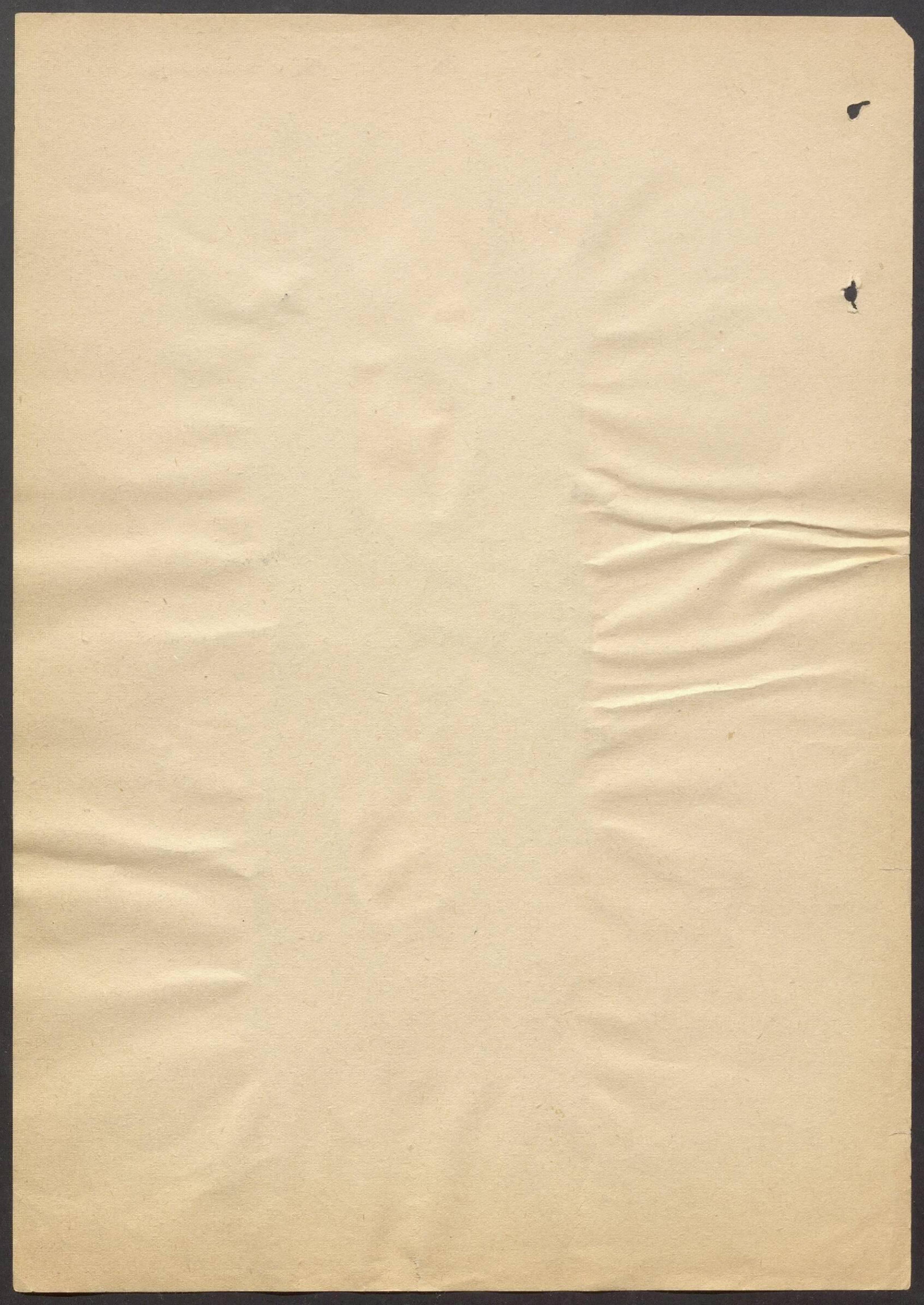
In Ihrem Aufsatz über die Oberbürgermeister in der Neujahrsnummer ist sicher richtig, daß der alte Oberbürgermeistertyp kaum mehr existiert, sondern daß sich jetzt sehr verschiedene Typen von Oberbürgermeistern herausgebildet haben. Das hängt mit dem teilweise veränderten Aufgaben zusammen, aber auch mit dem veränderten Gemeinderecht und den verschiedenen Wahlsystemen. Bei einer Wahl des Oberbürgermeisters durch das Volk, wie sie jetzt auch wieder in Baden-Württemberg beibehalten werden soll, können sich Persönlichkeiten, die keinen volkstribunalen Einschlag haben, schwer durchsetzen; insbesondere dann, wenn sie von auswärts kommen. Der rein sachlich eingestellte Verwaltungsbeamte gerät dadurch stark ins Hintertreffen. Die Oberbürgermeister der Städte in Nordrhein-Westfalen und in Niedersachsen sind überhaupt keine richtigen Oberbürgermeister, sondern eigentlich Stadtverordnetenvorsteher, die je nach ihrem Temperament sich mehr oder weniger auch in die Geschäfte des eigentlichen Oberbürgermeisters, des Oberstadtdirektors mischen. Auf den Tagungen des Deutschen Städttetages spielen diese unechten Oberbürgermeister aber eine unverhältnismäßig große Rolle. Sie haben leider die Parteipolitik allzu sehr in den Deutschen Städttetag hineingetragen. Schließlich wird auch das frühere Juristenmonopol bei Oberbürgermeisterwahlen stark angefochten. Viele messen der juristischen Ausbildung keine Bedeutung mehr bei. Dabei sind zweifellos gut ausgebildete Verwaltungsjuristen immer die besten Oberbürgermeister gewesen, wenn auch natürlich noch andere Eigenschaften diese Ausbildung ergänzen müssen. Neben den Verwaltungsjuristen haben seit 1918 auch alte Gewerkschafter gute Oberbürgermeister abgegeben. Sie zeigten sich geeignet, den bürokratischen Apparat zu meistern und waren außerdem sehr verhandlungsgewandt. Ich erinnere nur an Persönlichkeiten wie Beims, Magdeburg, und Brauer, Hamburg-Altona.

Die Aufgabenveränderung hat dazu geführt, daß in den großen Städten die wirklichen Oberbürgermeister häufig den Generaldirektoren eines Wirtschaftskonzerns ähneln, aber doch nur ähnlich sind und nicht dasselbe darstellen; denn es gibt ja auch noch eine Hoheitsverwaltung in den Städten und außerdem muß ein Oberbürgermeister mit seinem Parlament zurecht kommen, was immer noch etwas schwieriger ist, wie die Verhandlungen eines Generaldirektors mit seinem Aufsichtsrat. Auch trifft der Vergleich mit einem Generaldirektor natürlich nur für Großstädte zu und nicht für kleinere Städte, die geringere wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen haben.

Es ist bemerkenswert, daß bei der Ausschreibung von Oberbürgermeisterstellen kaum noch geeignete Bewerbungen eingehen. Offenbar handelt es sich eben um eine Stelle, die nicht für eine Bewerbung, sondern nur für eine Berufung geeignet ist. Darum sollte man auch die Volkswahl der Oberbürgermeister ablehnen. Es ist doch geradezu unsinnig, etwa zehn oder noch mehr Bewerber zur öffentlichen Wahl zu stellen, obwohl jeder Mann davon überzeugt ist, daß vielleicht acht oder neun dieser zehn Bewerber völlig ungeeignet sind. Da war immer noch das frühere Schleswig-Holstein'sche System der Volkswahl vorzuziehen, nach dem die Stadtverordnetenversammlung drei geeignet erscheinende Persönlichkeiten vorgeschlagen hat, unter denen dann die wahlberechtigte Bevölkerung die Auswahl treffen konnte.

Ich habe vor, nach meiner Pensionierung mich mit diesen Problemen noch etwas näher zu beschäftigen. Vor allem möchte ich ein kleines Vademekum für Bürgermeister schreiben, das allgemeine Grundsätze und Regeln herausstellen soll, die von einem vernünftigen Bürgermeister zu beachten sind. Jetzt sind die Buntstreichigkeit und die Stillosigkeit so groß geworden, daß Tagungen von Landesstädteverbänden und des Deutschen Städttetages darunter leiden, daß die Städtevertreter keinen Weg mehr zueinander zu finden vermögen. Das bedeutet dann, daß schließlich nur noch die Partei-gremien und ihre Oligarchien entscheiden.

Oberbürgermeister Dr. Heimerich



An letzter Stelle: der Bürger

Das Elend unserer Gemeinden: Zu viel Verwaltung von oben, zu wenig Zugluft

Der Beitrag rundet das Bild ab, das wir über die innere Situation unserer Gemeinden mit den Aufsätzen über die Oberbürgermeister (in Nr. 105 vom 31. Dezember) und über die Gemeinderäte (in Nr. 2 vom 8. Januar) veröffentlicht haben.

Wenn die Lehrbücher recht hätten, ginge es dem Bürger gut. Sie behaupten, daß der Bürger der Allgewaltige im Staat und in der Gemeinde ist, daß er bestimmt, was und wie es geschehen soll. Aber die Lehrbücher haben nicht recht. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Weder ist der Bürger der Allgewaltige, ja er ist nicht einmal gewaltig, noch bestimmt er, was und wie es zu geschehen hat. Sogar mit dem Stimmzettel in der Hand hat der Bürger mit dem Ideal in den Lehrbüchern keine Aehnlichkeit. Auch nicht in der Gemeinde, die als vielgepriesenes „Exerzierfeld der Demokratie“ eigentlich die besten Vorbedingungen dafür haben sollte. Eher ließe sich von dem entmündigten Bürger sprechen, dem Bürger nicht als Subjekt, sondern als Objekt des öffentlichen Geschehens. Die Bürger kennen diesen Zustand nur zu gut. Sie schimpfen gern und mit Behagen darüber. Aber ihre Unzufriedenheit vergißt, daß die Schuld an dieser mißlichen Situation außer bei „denen da droben“ auch bei den Bürgern selbst liegt. Die Gründe dafür sind wenig bekannt, aber leicht zu erklären. Viel schwieriger ist es, einen vernünftigen Ausweg aus der unerfreulichen Lage zu finden.

Der Prozeß der Entmündigung

Der Grund der Entmündigung liegt in den weitgespannten Ansprüchen an die öffentliche Verwaltung. Die sozialistischen Vorstellungen aus dem letzten Jahrhundert haben dabei viel weniger Pate gestanden als die im 20. Jahrhundert so gründlich sich verwandelnden äußeren Lebensverhältnisse. Je mehr Krieg, Inflation, Arbeitslosigkeit, Diktatur und Zerstörung den Einzelnen der Fürsorge der Gemeinschaft auslieferten, desto mehr Verwaltung war zur Erfüllung dieser Aufgaben erforderlich. Für den vom Schicksal geschüttelten Bürger waren die Gemeinde und der Staat oft die einzige Hilfe. Nicht nur die in Not geratenen Bürger suchen Hilfe und Unterstützung von oben, auch die anderen finden es bequemer, in der äußeren Daseinsfürsorge die öffentliche Hand mit immer neuen Aufgaben und Verantwortungen zu beladen, gleichgültig, ob es sich um wirtschaftliche Hilfsstellungen oder kulturelle Anliegen handelt.

Damit hätte die Heimat des Bürgers immer noch die Gemeinde bleiben können. Aber er hat dieses Zentrum in dem Augenblick verloren, als die in jeder Gemeinde gleichförmig auftretenden Aufgaben und Ansprüche auch eine gleichförmige Befriedigung für alle verlangten. Die Gerechtigkeit sowohl wie auch der notwendige Rückgriff auf die Finanzhilfe des Staates ließen keine andere Lösung zu, als mit Gesetzen die Bürger in allen Gemeinden gleich zu behandeln. Diese Gleichförmigkeit, von außen her in die Gemeinden hineingetragen, hat aus dem Stadtbürger etwas anderes gemacht, als er bisher war: Einen Bürger, dessen Wohl und Wehe gar nicht mehr von seiner Stadt allein, sondern von außerstädtischen, staatlichen Entscheidungen abhängt. Damit hat sich das individuell geprägte Zusammengehörigkeitsgefühl der Bürger in den einzelnen Gemeinden gelockert. Die Stadt allein ist nicht mehr seine erste und einzige „Heimat“. Der Bürger ist als verwalteter Bürger ein Doppelbürger: Nach innen zur eigenen Gemeinde hin, und nach außen zu den Mächten, die von außerhalb der Gemeinde sein Los mitbestimmen.

Mit diesem Verlust der Gemeinde als Zentrum, als „Heimat“, hat auch die Verwaltung an Eigenart und Individualität verloren. Die bunte Vielgestaltigkeit ist rationaler Zweckmäßigkeit gewichen. Die neue Gleichförmigkeit der Verwaltung hat auf die Bürger so gut wie auf die führenden Persönlichkeiten abgefärbt. Schon im äußeren Bild unterscheiden sich unsere Städte heute viel weniger als früher. Auch im inneren Lokalkolorit sind die Unterschiede erheblich kleiner geworden. Mitunter ist nur noch der Dialekt das einzige unverwechselbare Unterscheidungsmerkmal. Es stimmt nicht, die Passivität des Bürgers dafür verantwortlich zu machen. Vielleicht existiert sie nicht einmal in dem Maß und auf die Weise, wie es behauptet wird. Jedenfalls ist sie nur Folge, nicht Ursache.

von unten

Die Kehrseite: Gruppenbürokratie

Aber noch etwas anderes hat den Bürger verwandelt und aus dem Zentrum gerückt. Mit der Abdankung der alten bürgerlichen Führungsschicht in den Städten ist ihre Funktion von keiner anderen Schicht übernommen worden. An ihre Stelle traten die organisierten Gruppen, sozusagen das Gegenstück von unten zu dem von der Verwaltung eingeleiteten Prozeß. Der Bürger zählt jetzt nicht mehr als einzelner Bürger, mit Wert und Ansehen seiner Persönlichkeit. Er zählt nur noch als Angehöriger einer Gruppe. Auch diese Gruppen verwalten den Bürger. Sie haben ebenfalls stark bürokratischen Einschlag, vor allem wenn es keine rein lokalen Gruppen sind, sondern — wie es oft der Fall ist — Organisationen, die in der Gemeinde nur die Filiale einer außerhalb der Gemeinde sitzenden Zentrale unterhalten, also lokalfremden Ueberlegungen und Anweisungen folgen müssen, seien es nun Parteien, Gewerkschaften oder Verbände. Diese Gruppenexistenz verlangt fügsame Menschen, keine eigenwilligen Naturen mit selbstständiger Meinung. Also auch von unten her sind Abhängigkeiten entstanden, die den Prozeß zum verwalteten Bürger gefördert haben. Da sich niemand mit diesen Organisationen anlegen kann, ohne sich existentiell zu gefährden, bleibt vielen Bürgern nur der Weg in die Abstinenz. Nur ganz wenige, die Reste der alten aussterbenden Honoratioren schicht, können es sich noch leisten, etwas anderes zu sein als verwaltete Bürger.

Die Verwaltung als Nutznießer

Die wenigsten Bürger, die über die Bürokratie stöhnen, sind sich bewußt, wie eng der Verlust ihrer individuellen Freiheit mit dem gleichförmigen Maß ihrer materiellen Ansprüche an die Obrigkeit zusammenhängt. Gewiß hat auch die Verwaltung verstanden, diese Chance zu ihren Gunsten zu nutzen. In der öffentlichen wie in der privaten Bürokratie (fast wäre man versucht zu sagen: bis in jeden Verein hinein) führt die Freude an der Ordnung oft zu einer Umständlichkeit und kostspieligen Betriebsamkeit, die von der Sache her in keiner Weise notwendig wären. Gerade die öffentliche Verwaltung ist sich mit ihrer quantitativen Ausweitung in ganz anderem Maß als früher ihres Eigenwerts bewußt geworden. Sie lebt heute zu einem guten Teil aus sich und für sich. Sie hat an eigenwüchsigem Machtgefühl ebensoviel zugenommen, wie an dienender Funktion eingebüßt. Sie zieht fast zwangsläufig immer mehr Aufgaben an sich und stülpt der Bürgerschaft ein so engmaschiges Netz bürokratischer Fürsorge über, daß für eine freie bürgerschaftliche Betätigung immer weniger und für spontane Regungen überhaupt kein Raum mehr bleibt. Die Verwaltungsaufgaben, heißt es gewöhnlich, seien so schwierig geworden, daß der Bürger ihnen nicht mehr gewachsen sei. In einem städtischen Etat sich auszukennen, sei nicht einmal mehr den Gemeinderäten möglich. Oft hat man das Gefühl, daß mit solchen Einwänden die Entmündigung des Bürgers für endgültig und erwünscht gehalten wird. Indem man dem Bürger ständig seine Abhängigkeit von der Verwaltung zu Bewußtsein

Deutsche 2
N 1, 5

ingt, hält man ihn auch
Freiheit, die man ihn
ist praktisch einmal
geblieben

ingt, hält man ihn auch in Gehorsam. Von der Freiheit, die einmal eine Freiheit der Bürger war, ist praktisch nur die Freiheit der Verwaltung übrig geblieben, oder noch deutlicher gesagt: die Freiheit der Männer, die diese Verwaltung beherrschen. Es gibt auch Oberbürgermeister, die diesen Zustand für falsch halten und über ihren Gemeinderat hinweg lebendigen Kontakt mit ihrer Bürgerschaft pflegen. Der Deutsche Städtetag hat dafür sogar ein ausgezeichnetes Programm entwickelt. Aber — von Ausnahmen abgesehen — ist das Eigengewicht der Verwaltung viel zu groß, als daß solche Beispiele oder

Appelle besonderen Eindruck machen. Vielfach ist auch die Angst der Bürger vor der Verwaltung schon so stark geworden, daß es einfach an den früher selbstverständlichen Impulsen von unten fehlt.

Der Gemeinderat ist nicht mehr repräsentativ

Was in dieser Situation der Bürger noch ist, und was Bürgersinn noch heißt, ist schwer zu sagen. Sicher nicht mehr dasselbe, was man früher darunter verstand. Es wäre daher verblasene Romantik, die heutigen Verhältnisse mit den alten Maßstäben zu messen. Die Vorstellungen des Freiherrn vom Stein helfen uns nichts mehr. Der Selbstverwaltung, wie er sie verstand, sind einfach die Voraussetzungen davongelaufen. Statt der hilflosen Verdrossenheit, die viele darob erfaßt hat, scheint es uns richtiger zu sein, vom Gegebenen auszugehen. An der Tatsache der bürokratischen Gebilde, der Verwaltung von oben und der Gruppen von unten, kommen wir nicht mehr vorbei. Sie sind auch nicht so negativ zu bewerten, wie es oft geschieht. Das Problem liegt

nicht in dieser neuen Gesellschaftsstruktur. Es steckt vielmehr in der gefährlichen Erstarrung, in der sich diese neuen Gebilde, kaum daß sie entstanden sind, schon festgefahren haben, und fast alles, was an freiheitlicher Bürgergesinnung noch existiert, einfrieren lassen. Das Uebel der nahezu friderizianisch aufgeklärten Obrigkeit mit dem Schuß „Gefälligkeitsdemokratie“, die uns in den Ländern und im Bund so viel Kummer bereitet, ist in den Gemeinden noch schlimmer als beim Staat. Jedes echte Leben in den Gemeinden, mit der aktiven Anteilnahme des Bürgers an den Geschicken seiner Stadt,

droht unter der Aufspaltung der Gruppen und der davon profitierenden Machtstellung der Verwaltung zu ersticken. Was an Bereitschaft, gutem Willen und Sachverstand nicht nur in den Gruppen, sondern gerade zwischen diesen Gruppen noch vorhanden ist, findet keine Ermunterung, keine Betätigung mehr. In keiner Stadt ist heute der Gemeinderat noch repräsentativ für die Bürgerschaft, vor allem nicht in qualitativer Hinsicht. Seine Zusammensetzung ist nur das Ergebnis des erstarrten Gruppenprivilegs. So wie im Gemeinderat fehlt den Kommunen überhaupt jenes Maß von frischer Zugluft, wie es nur vom Bürger, vom bürgerschaftlichen Impuls her kommen kann.

Der Bürger ist zweifellos ein anderer geworden. Aber die Erfahrung spricht dafür, daß wir es nicht mit einem passiven, sondern einem künstlich in Passivität gehaltenen Bürger zu tun haben. Vielen, und nicht den schlechtesten Bürgern, sind die abgezäunten Bezirke der Gruppen und deren inneres Reglement zu eng, zu wenig elastisch, zu kleinkariert.

Es paßt auch nicht jeder in einen solchen Käfig. Die Aufgabe müßte, wenn wir dem Gemeindeleben neues Leben zuführen wollen, darin bestehen, die Fronten zu lockern, die Gruppen nicht einfach nebeneinander laufen zu lassen, sondern das hinter diesen Gruppen

liegende Verbindende für jeden Einzelnen sichtbar zu machen und damit gleichzeitig die eingefrorenen Bürgerimpulse wieder aufzutauen. Schon melden sich die ersten Gegenbewegungen. Es ist bezeichnend, daß sie nicht grollend in Rivalität zu den bestehenden Gruppen treten, sondern sie ergänzen wollen, und daß der dabei angesprochene Bürger zweierlei verlangt: sachliche Information und fairen Austausch der Meinungen. Also just das Gegenteil von dem, was ihm angedichtet wird.

19.1.1955

Die erste Gegenbewegung

Soweit die Gemeindeordnungen mithelfen, die Erstarrung zu überwinden — wie zum Beispiel der neue Entwurf in Baden-Württemberg —, soll ihr Beitrag nicht gering geschätzt werden. Aber mit Verfassungen allein ist das Problem nicht zu lösen. Schließlich kommt es darauf an, den Rahmen auszufüllen, den die Gemeindeordnungen stecken. Es wäre etwa daran zu denken, den Bürgerschaftsgeist auf den Wegen, wie es die Bürgergemeinschaften mit gutem Erfolg versuchen, zu aktivieren. Die Bürgergemeinschaften wollen keine neue Gruppe neben den alten bilden, sie sind auch keine Organisation, kein Verein und am wenigsten eine Partei. Sie sind eine lose Vereinigung von Bürgern, die die Entfremdung von Bürger und Rathaus überwinden und den Kontakt zwischen Verwaltung und Bürgerschaft lebendiger und enger gestalten will. Sie haben keinen anderen als ausschließlich lokalen Betätigungseifer. Weil bei ihnen, wie es für die Gemeinde überhaupt gelten sollte, nicht parteipolitische oder konfessionelle Standpunkte vertreten werden, sondern alle Sonderwünsche auf den Hintergrund des Vorteils oder Nachteils für alle projiziert werden, haben sie sich in vielen Gemeinden schon zum Sammelbecken der bisher Versprengten, der Abseitsstehenden entwickelt. Zur allgemeinen Ueberraschung stellte sich dabei heraus, daß das Reservoir an Bürgern, die etwas Gescheites zu sagen haben, wertvolle Anregungen und Ratschläge geben können und auch gern mitarbeiten, wenn man sie dafür nicht auf eine Partei oder Konfession festnageln will, viel größer ist als man vermutete. Bis jetzt gibt es solche Bürgergemeinschaften nur in Süddeutschland. Die damit gesammelten Erfahrungen zeigen, daß unter Leitung von geeigneten Persönlichkeiten hier tatsächlich ein Weg zur Auflockerung beschritten ist. In fortschrittlichen Städten ist man damit auch im Bürgermeisteramt und in den Stadträten zufrieden.

Welcher Typ von Bürger soll es sein?

Aber noch auf andere Weise wäre der Entmündigung des Bürgers abzuhalten. Man könnte sachkundige und interessierte freie Bürger in die beschließenden Ausschüsse des Gemeinderats berufen, womit der Sachverstand gewiß bereichert würde. Man könnte diesen freien Bürgern sogar in einzelnen Ausschüssen nicht nur ein Mitberatungs-, sondern ein Mitbestimmungsrecht einräumen, um die Mitarbeit reizvoller zu machen. Wesentlicher aber wäre es vielleicht, bestimmte Aufgabengebiete der Stadtverwaltung ganz abzunehmen und sie wieder der Obhut privater Organisationen zu überlassen, wofür ausländische Beispiele mit bestem Erfolg zum Muster dienen könnten. Auf diese Weise würde dreierlei erreicht. Erstens würde manches Thema dem Streit der Parteien entzogen; zweitens würde das Uebermaß an Bürokratie mit der Zeit zurückgeschraubt; und drittens würden die Bürger durch solche aktive Mitarbeit ermuntert, das Wohl ihrer Gemeinde ihrer eigenen Opferbereitschaft (an Zeit und Geld) zu konfrontieren.

Nicht jeder wird Lust dazu haben und nicht jeder wird sich dazu eignen. Aber es ließe sich damit ein Anfang machen zu einer Rettung nicht nur des Bürgers, damit er wieder Heimat fände, wo er heute keine mehr hat, sondern zu einer Rettung des für eine Demokratie unentbehrlichsten Lebenselements: der nicht gelenkten, sondern der freien unabhängigen und selbständigen Ueberzeugung. Mit der gesellschaftlichen Gruppierung ist die genormte Meinung in geradezu verhängnisvoller Weise heraufgezogen. Darum ist es so wichtig, dieser Entwicklung entgegenzuwirken, indem in den Gemeinden die künstlich zurückgestaute Bürgeraktivität wieder gekräftigt wird, ihr überhaupt einmal Möglichkeiten für eine Bewährung gegeben werden. Sonst wird in der Stickluft unserer bürokratisierten Welt mit dem Bürger auch die Freiheit begraben. Darüber zu entscheiden ist jedem von uns aufgegeben. Mit dem Schimpfen auf die Bürokratie ist nichts anzufangen. Dem Schimpfen muß auch die Bereitschaft entsprechen, der Freiheit des Bürgers wieder Geltung zu verschaffen.

H. C.

Bayern im Zeichen der Kommunalwahlen

Am Sonntag, 18. März, werden Bürgermeister, Kreis- und Gemeinderäte neu gewählt / Von Alfred Heueck

MÜNCHEN. Während in den Münchner Starkbierhallen die Oberlandlerkapellen immer wieder zum fröhlichen „Prosit der Gemütlichkeit“ ermuntern, reden sich ein Stockwerk höher die Kommunalpolitiker aller Parteien, Gruppen und Grüppchen den Mund fransig. Nur mehr wenige Tage sind es bis zum 18. März, da in Bayern neue Bürgermeister, Gemeinde- und Kreisräte gewählt werden. In München ist vor allem die CSU bemüht, die 37,5 Prozent Nichtwähler von 1952 der insgesamt 700 000 Stimmberchtigten der bayerischen Landeshauptstadt an ihre Ehrenpflicht zu erinnern, darauf hoffend, daß der größte Teil dieser Saumseligen in das CSU-Lager einschwenken wird. Die CSU, die im gegenwärtigen Münchner Stadtrat nur über 13 Sitze gegenüber den 25 der SPD verfügt, hat es sich in den Kopf gesetzt, wieder einmal „eine breite Bresche in die rote Hochburg“ am Marienplatz zu schlagen. Einer der Hauptagitatoren der CSU, der streitbare Stadtrat Franz Xaver Fackler, klagt: „München wird in der Bundesrepublik nicht mehr für ganz voll genommen. Es ging uns in den letzten Jahren nicht nur der selbstverständliche Vorsitz im

Deutschen, sondern sogar im Bayerischen Städtetag verloren!“

Der „Fachmann“ und „parteilose“ CSU-Kandidat

Damit wollte er auch dem seit zehn Jahren im Amt befindlichen Oberbürgermeister Thomas Wimmer (SPD) einen kräftigen Stoß versetzen, gegen den sich CSU, „Münchener Block“ und BHE zum gemeinsamen Sturmangriff verschworen haben. Dieses zwar getrennt marschierende, aber vereint schlagende Parteientrio, dessen Anteil an den 60 Stadtrats-sitzen zur Zeit nur 18 beträgt, hofft zuver-sichtlich, seinen gemeinsamen OB-Kandidaten Rechtsrat Dr. Otto Seemüller, der sich „parteilos“ nennt, gegen den zum zweitenmal kandidierenden „Volksbürgermeister“ Thomas Wimmer mit Abstand durchzusetzen. „Wir brauchen einen tüchtigen Fachmann an der Spitze der Stadtverwaltung“, ist die allzu be-kannte Parole, wobei Wimmers Gegner tole-rant genug sind, dem gelernten Kunstschrainer ein großes Verdienst um München anzuerkennen. Er sei aber mit seinen 69 Jahren zu

alt, um die stürmische Entwicklung einer so großen Stadt wie München noch überblicken zu können und außerdem zu schwach, sich gegen die „Selbstherrlichkeit“ der Referenten durchzusetzen. Dr. Seemüller nennt den gegenwärtigen Stadtrat ein „Zerrbild der Demokratie“ und argumentiert: „Man darf nicht mit einer Terrormehrheit die besser beratene Minderheit unterdrücken“.

Populärer Thomas Wimmer

Die SPD vermag freilich nicht ihren Kandi-daten jünger zu machen, als er ist, wenn auch der gleichaltrige ehemalige Hamburger Bürgermeister Max Brauer, den man ebenfalls als Wahlredner verpflichtet hatte, zur physiologischen Seite dieses „Vorwurfs“ sagte: „Nur wer geistig tot ist, ist körperlich alt“. Der „Tamerl“, wie Wimmer im Volksmund gerne genannt wird, spricht selbst wenig auf den Wahlkundgebungen seiner Partei, und wenn, dann braucht er nur darauf zu verweisen, daß München seinen Wiederaufbau stärker als jede andere Stadt vorangetragen und zugleich den jährlichen Zustrom von etwa 30 000 Men-schen verdaut habe, um dann dafür die leb-hafte Zustimmung in Empfang zu nehmen. Die übrigen SPD-Sprecher erwähnen mit Vor-liebe die nächsten vier Jahre, in denen die 600 noch fehlenden Schulräume gebaut, Wohnun-gen für die 37 000 dringendsten Fälle errichtet, das Projekt einer Unterpfasterbahn verwirk-licht und neue Fernheizwerke erstehen sollen. Im übrigen sagen sie es den Wählern mög-lichst mit Humor, um in der Starkbierzeit wenigstens einigermaßen ein Echo zu finden. Ein von der SPD finanziertes politisches Ka-barett, „Die Zeitzinder“, zieht von Stadtteil zu Stadtteil, von Lokal zu Lokal, um über die Lachmuskel Stimmung für Thomas Wimmer zu machen. „Sie meinen, einen Fachmann bräuchten sie“, heißt es in einem boshaften Couplet, „und zwar 'nen Fachmann der Büro-kratie / und keinen, der für's Volk das Bier ansteckt / denn feine Leute trinken Sekt“.

Nichts mit der Landespolitik zu tun

Es wäre natürlich nahegelegen, das Beispiel der gut zusammenarbeitenden Viererkoalition im bayerischen Landtag auch auf die Kommu-nalwahlen zu übertragen, aber der Landesvor-sitzende der SPD, Waldemar von Knöringen, hielt nichts davon. In München stehen bei-spielsweise Bayernpartei und FDP in der Bürgermeisterfrage Gewehr bei Fuß und überlassen es den Wählern, wem sie ihr Vertrauen schenken wollen, während sich der BHE ganz offen zu Dr. Seemüller bekannt. Die SPD ist darob zwar etwas verschnupft, aber noch lange nicht böse auf seinen Koalitionspartner im bayerischen Parlament.

Natürlich verbringen die Münchener zur Zeit nicht samt und sonders ihre freien Stunden an der Salvatorquelle auf dem Nockherberg, son-dern es gibt genug politisch interessierte Bür-ger, die die Chancen für die Wahlen am 18. März sorgsam abwägen. Allgemein ist man der Ansicht, daß die SPD zwar die stärkste Partei im Münchner Rathaus bleiben, aber mindestens 5 bis 6 Mandate verlieren werde, während man der übereifrigen CSU einen Ge-winn von 3 bis 4 Sitzen zubilligt. Die übri-gen alten Parteien und Wahlgruppen dürften sich auf ihrem gegenwärtigen Stand halten. Insgesamt bewerben sich in München 578 Stadtratskandidaten auf 15 Listen um die Gunst der Wähler, deren große Unbekannte jedoch jene 200 000 bequeme Bürger sind, die vor vier Jahren der Wahlurne ferngeblieben waren.

SA

SA

Kleiner Tademeo für Brüderchen
... welche, die es wiede wollen.

Yerelle
Yerelle - Upper beach
harm. bane

7. Der Aufbau des Bgm. - die schwierige Tätigkeit
Fusion Manager ^{8-12 Pkt.} Bereichsverantwortliche Tätigkeiten
7.2 Der Wandel in der Bgm. - Verantwortung ^{Bereichsverantwortung}
mehr - Tiefenwurz - privat - mehrheitl.

2. Körpersche - geistige Erwachung -
s. u. Erholung
des Menschen im Bemf. mehrerer
2. das mag die Re

an die Menge des Baum. 2. Teile.

Praktischer Berücksig., zu Fuß
nugemessen ist und gehen.

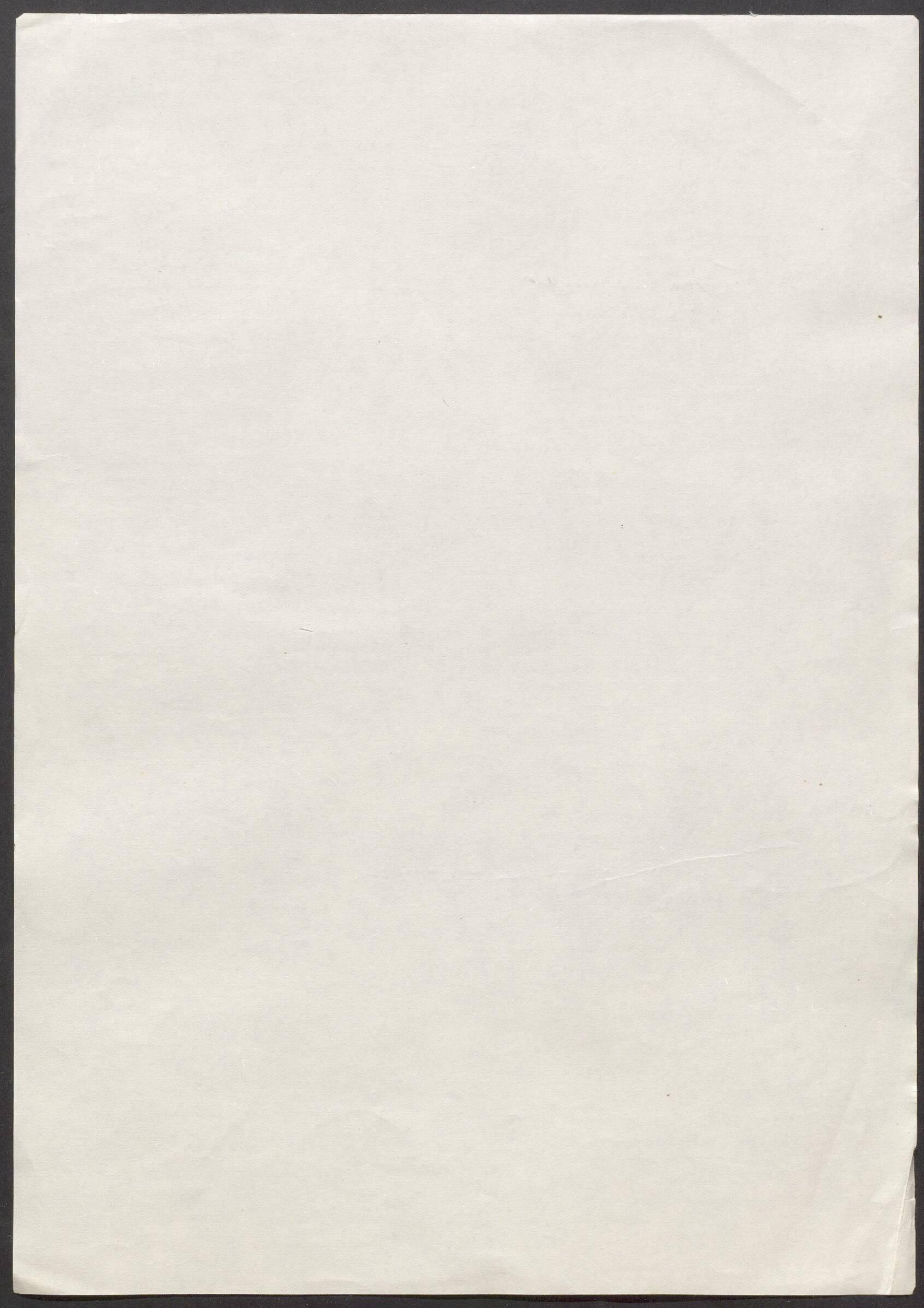
Discipline: man nupt. sans vertu, des
exercices.

4 der Bgm. - der Persien, - f. Kav.

J. de Ryn. - in seine Fünf Stufen.
Personlichen Lebensüberwindung Lebenszyklus

6. Repräsentation: Melody, Rhyth.-Meth., Schriftspr.
"Ode", Retrospekt. Repräsent. Räume
Rednerstilus - Klytische - Diskurs -
Prozessdramen.

J. Popescu 1922 : the best reported on - and the
Turkey nest
Vimina - Rien, Rosca, Kolb.



O.B. in Prese

a in Parlament

Yericht u. Verhandlungen

Der Anhänger von Ankl
Rein a.o.

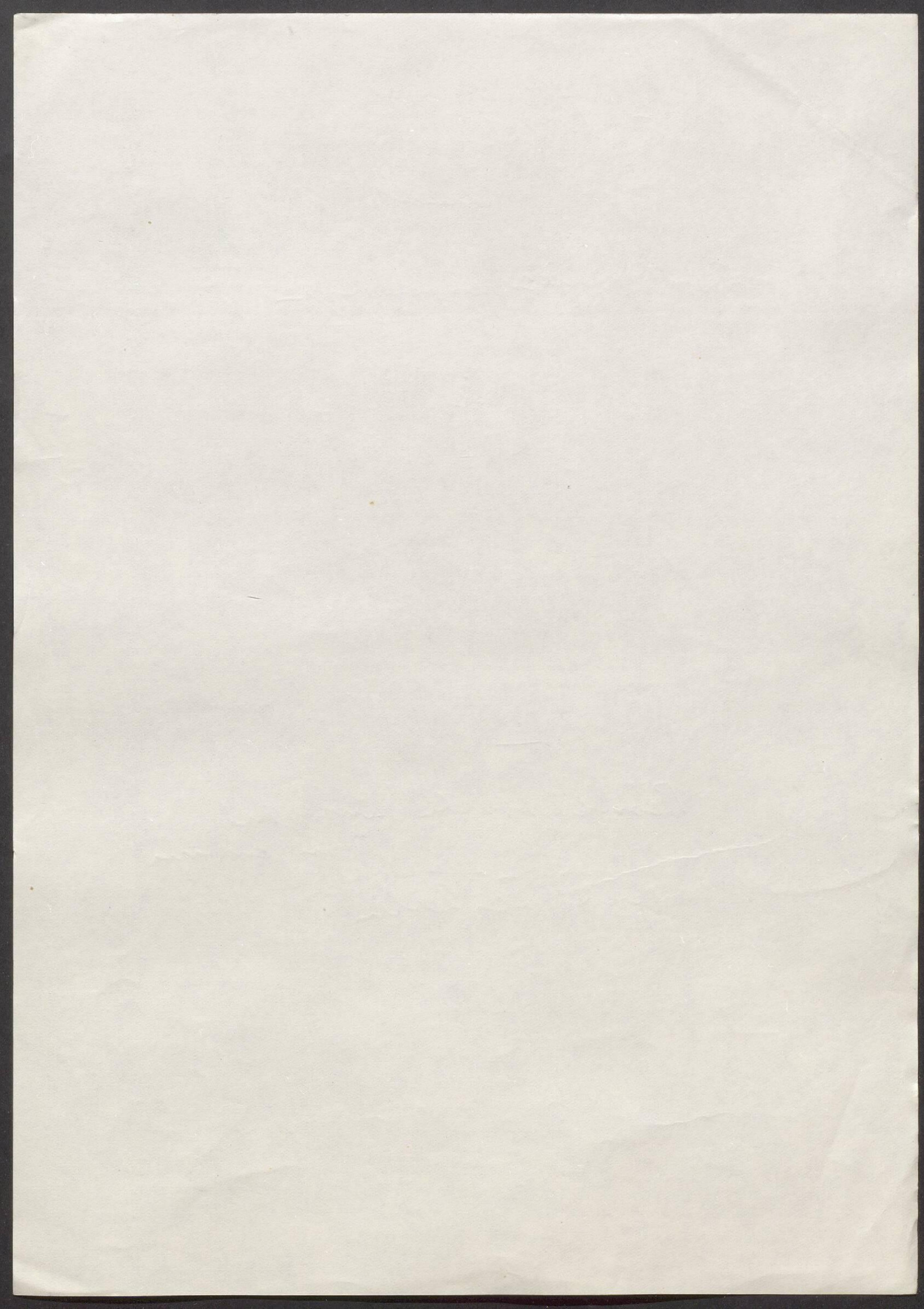
Wer merkt die Reden?

Glaubensrichter

Hummelwichter nicht Geschleper

Personlichkeit ansiehe
- premium

Reine als Zellen



Madras

Turkey: General duty

Police force

Customs

Pfizer: Supplies

w. royalties

de Exports

Wolfsberg

Freight rates
Suez Canal
15000 sh?

Der Reg. m. seine Mitarbeiter
(Gouverneur)

Reise - Tagungen

Abgabekosten

Der Reg. m. sein
Partei

Gehaltsabrechnung
Haushalt

der Regierungsbeamte
gehört zu den höheren Beamten,
wen man dort über den
Besitz.

Casals: Tag de
Beimeng.

Ausstellung Fraktion
oder Rethor

Marionette

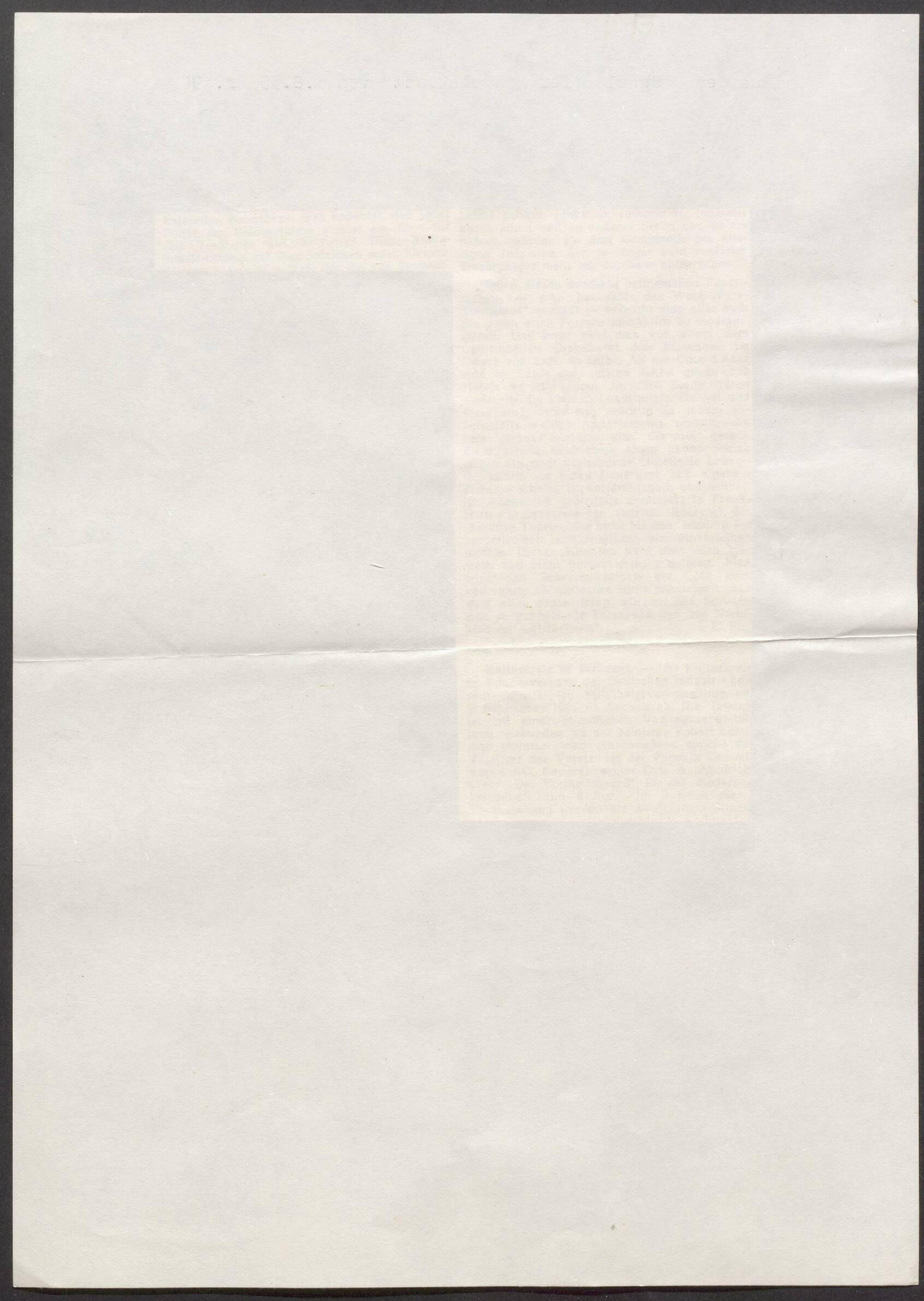
Der Bürgermeister spricht in jeder HV

In Augsburg sind Stadt und Wirtschaft eng verbunden

Seit Jahren geht keine Hauptversammlung in Augsburg zu Ende, ohne daß Oberbürgermeister Dr. Klaus Müller den Dank von Stadtverwaltung und Bürgerschaft an die Verwaltung der Gesellschaft, ihre Aktionäre und ihre Arbeitnehmer übermittelt hätte. Niemals vergißt es das Stadtoberhaupt, dabei auch des Beitrages zu gedenken, den das Unternehmen für die soziale Wohlfahrt in der Gemeinde leistet.

Wirtschaft als soziale Verpflichtung

Diese wohl einmalige ständige Übung ist weit mehr als eine höfliche Formalie. Sie läßt ein Zusammengehörigkeitsgefühl sichtbar werden, das in Augsburg mehr als in jeder anderen deutschen Stadt — die Hansestädte vielleicht ausgenommen — durch die Jahrhunderte gewirkt hat und das heute wie in den Zeiten der Fugger und Welser das Fundament des Gemeinwesens bildet. Augsburg lebt aus der Wirtschaftskraft in seinen Mauern, und die Besuche des Oberbürgermeisters in den Hauptversammlungen zeigen, daß er das ganz bewußt tut, daß hier Wirtschaften nicht als bloße Aufgabe des finanziellen Ertragsstrebens gilt, sondern im gleichen Maße als eine soziale Verpflichtung erlebt wird. Die geistigen Wurzeln des heutigen Augsburger Bürgertums reichen in die Tage des Patriziats der Freien Reichsstadt, als man noch in aller Welt vom „Goldenen Augsburg“ sprach und als Stadtbaumeister Elias Holl das architektonische Gesicht der Stadt schuf. Vom Rathaus, der größten Schöpfung dieses Baumeisters, sagt man, daß es „alles Bisherige in Deutschland an klassisch abgewogener, energisch aufstrebender Großform und klarer Aufteilung übertroffen“ habe. Es ist nicht ohne Symbolik, daß aus diesem, vom Mäzenatentum der Augsburger Renaissance geprägten Bau Dankesworte des heutigen Hausherrn an die arbeitenden und wirtschaftenden Kräfte der Stadt gerichtet werden.



In Florenz wirkt als Bürgermeister Giorgio La Pira, der politisch dem linken Flügel der Regierungspartei Italiens der Democrazia Cristiana angehört. La Pira ist eine bemerkenswerte Persönlichkeit, eine Art von Apostel-Bürgermeister. Er baut in Florenz einen neuen Stadtteil mit Wohnungen für die Elenden und Armen, er veranstaltet kostenlose Konzerte, er lässt bei Gottesdiensten an Bedürftige Brot verteilen und in den Gefängnissen täglich ein Glas Milch verabreichen. Er hat das Bürgermeisteramt von seinem kommunistischen Vorgänger, unter dem Florenz einen ausgeglichenen Hauhalt hatte, übernommen. Seither sind die Schulden der Stadt jährlich um Millionenbeträge gestiegen. Bereits 3 Jahre nach La Piras Amtsantritt bezifferte man die Summe, die notwendig wäre, um den florentinischen Gemeindehaushalt wieder in Ordnung zu bringen auf rund 250 Millionen DM. La Pira ist Sizilianer. Er studierte im Ausland auch in München, vorwiegend aber in Florenz. Er wurde ein ausgezeichneter Jurist. Dem Dominikaner-Orden ist er besonders verbunden. La Pira tritt den Kommunisten furchtlos entgegen.

Auszug aus der Zeitschrift der Spiegel Nr. 16 vom 18.4.1956

St. J. C. S.
SPEZIAL-POST

OBERBÜRGERMEISTER THOMAS WIMMER SOLL AB-DANKEN!

Die zahlreichen Anlären der letzten Zeit in der Münchner Stadtverwaltung haben gezeigt, daß er nicht mehr der richtige Mann ist, um eine Millionen-Stadt zu leiten. Thomas Wimmer hat sich große Verdienste erworben, aber die vielen Aufgaben einer Millionen-Stadt übersteigen jetzt seine Kräfte.

Drei Fälle aus der jüngsten Zeit haben deutlich gezeigt, daß Thomas Wimmer nicht mehr Herr der Lage ist.

- Die Affäre Rudolf Bösl,
- der Skandal um Oberrechtsrat Dr. Dr. Hans Seiß und
- der Fall des Oktoberfest-Referenten Karl Erhart.

In allen drei Fällen trägt Thomas Wimmer die Verantwortung mit, denn er hat die Zügel schleifen lassen, er wußte Bescheid und handelte nicht.

Ein anderes trübes Kapitel ist die Art, wie Wimmer die Sitzungen des Stadtrats leitet. Seine Verhandlungsführung ist unmöglich. Nur bei Thomas Wimmer konnte es zu jener „Ohrfeigen-Szene“ kommen, bei der Stadtrat Dr. Ludwig Schmid dem Dr. Arnold Hille eine Ohrfeige gab.

Tumulte im Stadtrat kann Wimmer nicht verhindern, weil er nicht fähig ist, die Sitzungen richtig zu leiten. Viele Beschlüsse, die unter seiner Verantwortung gefaßt werden, stellen sich nachher als rechtlich unmöglich heraus, und immer wieder muß die Regierung von Oberbayern als Aufsichtsbehörde angerufen werden. Wir erinnern nur an den jüngsten Fall, das „Überbrückungsgeld“ von 60 Mark.

Heute bringen wir einen neuen Fall, der die Entschlußlosigkeit und damit die Mitschuld von Thomas Wimmer erschreckend deutlich zeigt.

Gegen den stellvertretenden Münchner Polizeipräsidenten, Oberrechtsrat Dr. Dr. Hans Seiß, wurde vor einigen Tagen — wie bekannt — ein Dienststrafverfahren eingeleitet. Der schwerste Vorwurf gegen Dr. Seiß, „die Schreibtisch-Affäre“, wird aber für immer ungesühnt bleiben. Der Fall ist nämlich nach der neuen Dienststrafordnung vom 28. September 1955 „verjährt“.

Thomas Wimmer ist schuld daran, daß gerade diese besonders unerfreuliche Tat ungesühnt bleibt.

Als im Februar 1952 der damalige Polizeipräsident Dr. Ludwig Weitmann krank in Garmisch lag, öff-

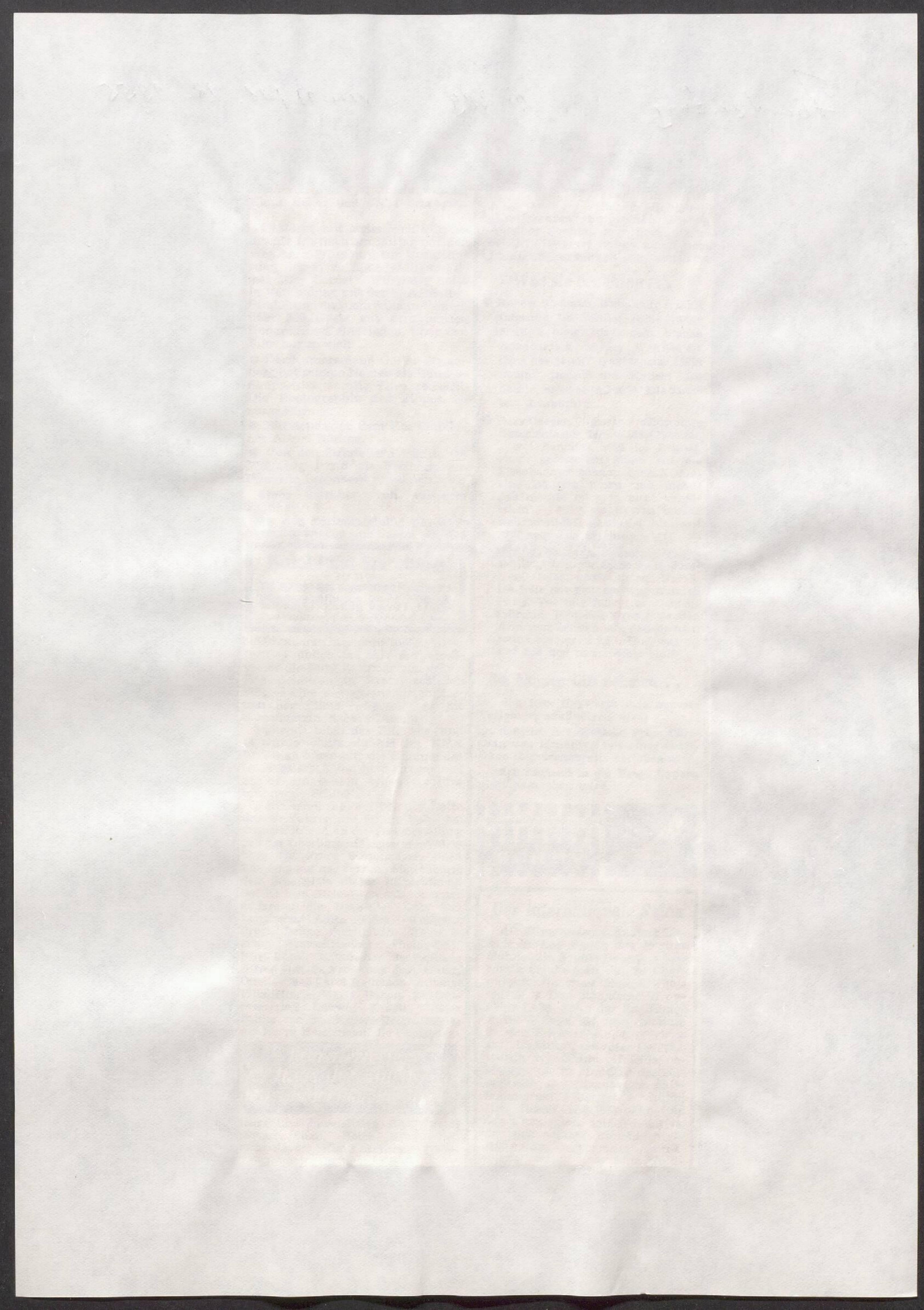
nete Dr. Dr. Hans Seiß den Schreibtisch seines Chefs und sah die Privatpost durch. Im April wurde diese Angelegenheit vom Personal-Referat untersucht. Ein Bericht ging an Oberbürgermeister Thomas Wimmer. Seitdem sind drei Jahre verstrichen, die Angelegenheit wurde in der Presse behandelt, auch die städtischen Behörden haben sich wiederholt damit befaßt.

Aber geschehen ist nichts!

Drei Jahre lang hat Thomas Wimmer die Angelegenheit verschleppt und tatenlos zugesehen. Mußte Dr. Seiß damit nicht glauben, sein Verhalten, nämlich die „Beobachtung“ des Polizeipräsidenten, werde von höchster Stelle wenn nicht gebilligt, so doch geduldet.

Im Frühjahr sind Bürgermeisterwahlen. Die SPD wird gut daran tun, sich rechtzeitig nach einem neuen Kandidaten umzusehen. Die Ära der Skandale und Affären für München muß beendet werden! Das heißt zugleich: Thomas Wimmer darf nicht mehr kandidieren.

München darf nicht mehr das Gespött der anderen Städte bleiben. München braucht einen Oberbürgermeister, der nicht nur Anzapfen kann, der nicht nur Musikkapellen beim Münchner Oktoberfest oder am Nockherberg dirigiert, München braucht einen Bürgermeister, der die Stadt würdig vertritt und endlich Ordnung im Rathaus schafft.



Der Nackte von Bologna

Porträt einer italienischen Stadt / Von Josef Schmitz van Vorst

Zu beiden Seiten der pfeilgeraden Via Emilia steigen lächelnde Wölkchen auf, die zwischen wohl zurechtgestutzten Erlenköpfen und schlanken Pappeln Pfirsichbäume im Blütenenschmuck verraten. Landarbeiter und -arbeiterinnen in großen Strohhüten gehen, seltsam in Gruppen gebückt, über die von Wasserräufen durchschnittenen, im ersten Flaum der Saat stehenden Felder am Rand der weiten Ebene. Kaum eine italienische Landschaft ist an landwirtschaftlichen Erzeugnissen so reich wie diese. Ihre üppige Fruchtbarkeit hat Bologna, das in ihrer Mitte liegt, seit dem 15. Jahrhundert den Beinamen „das fette“ eingetragen, wenn er auch in der Folge den Ruhm der Bologneser Küche noch in sich einbezog.

Bei der Annäherung an die Stadt hängen Benzinschwaden in der Luft. Lastzüge und Lastkraftwagen stampfen wie Elefantenherden. Nur langsam vermag sich die Masse der Fahrzeuge vorwärtszuschieben. Bologna ist der wichtigste Verkehrsknotenpunkt Italiens. Man braucht nur einen Blick auf die Karte zu werfen, um sich darüber Rechenschaft zu geben. Straßen, Eisenbahnen, Telefon und Telegraf zwischen der Po-Ebene und dem übrigen Italien werden von hier beherrscht. Als ob es auch am Himmel Schienen gäbe, so regelmäßig rollten darum auch während des Krieges die alliierten Bomberverbände heran.

Bolognas Ziegelsteinarchitektur haftet etwas Hausbackenes an. Nicht alle Paläste sind schön und glücklich. Eher wirkt in ihnen eine rauhe, gewaltige Strenge, oder aber sie neigen zur Ueberladenheit. Bologna ist erdschwer und monumental. Das oft mißbrauchte Wort paßt hier. Man spürt den Kraftüberschwang dieser Stadt. Sie ist als Hauptstadt geplant; weit spannen sich die Höfe und die Hallen. San Petronio, die weiträumige Stadtkirche, war ein überschwenglicher Entwurf der Gotik und wurde nur zum geringsten Teil fertiggestellt. Was wir heute sehen, dünkt uns schon groß genug. Tief im Innern empfindet es Bologna als eine Kränkung, daß es nicht mehr zu den wirklich großen Städten der Halbinsel gehört.

Bezeichnend, und zumal politisch bezeichnend, erscheinen die Freigräber, die vor San Francesco und San Domenico den Professoren, den gelehrten Legisten, die die hervorragenden Diener der Stadt waren und am Beginn ihrer selbständigen Entwicklung standen, auf offener Straße mitten im Leben bereit wurden sind. Der Sarkophag ist auf Säulen erhoben und unter einen Dachbau wie unter einen Baldachin gestellt. Wenn auch der Krieg mit ihnen, wie besonders mit dem Grabmonument des Rolandino de Passegeri, des Verfassers der „Summe der Notarskunst“, nicht glimpflich verfuhr, so hat man sie doch im Wechsel von weißem und rotem Stein wieder sorgfältig zusammengefügt. Seltsam, diese Kultmonumente, die man dozierenden Professoren wie Herrschern errichtete. Aber hier entfaltete sich eine Laienkultur aus einer vorwiegend kirchlichen Kultur und zugleich eine neue städtische und demokratische Selbständigkeit. Damals erhielt Bologna auch in der Architektur die typische Umrißlinie, die durch spätere Einbauten nicht mehr wesentlich beeinflußt werden konnte, gewann es die Einheit seines Bildes.

Mittelpunkt der Wissenschaft

Auch die beiden schiefen Türme, in denen der Ortsgeist seine besondere Gestalt angenommen zu haben scheint, haben dem Wandel getrotzt, den Erdbeben, Stürmen, Bränden und Bombenangriffen. Goethe empfand sie, die so kühn in den silberblauen Himmel steigen, als abscheulich und abstrus. Darin war er ganz ein Grieche. Aber wie man auch immer ihre Bedeutung in der Zeit der Geschlechterkämpfe erklären mag, sie waren doch Ausdruck eines kollektiven Wahns. Ueber 170 solcher Türme verfügte Bologna in der Zeit Dantes. Man hat sie mit den Wolkenkratzern von Neuyork verglichen. Aber das Bild muß ein ganz anderes — ein zyklopisches, steinzeitliches — gewesen sein.

Die Laubengänge von Bologna, die die ganze Stadt durchziehen, sind eine Vermittlung zwischen Haus und Straße. Der häusliche Raum erscheint durch sie nach draußen erweitert. Die Melodie ihrer Arkaden durchzieht ganz Norditalien von Turin bis nach Padua. In Bologna aber feiert sie ihren Triumph. Wie wohl läßt es sich in ihrem Rhythmus wandeln. Immer neue Durchblicke auf Straßen, Plätze und Gebäude tun sich auf. Sie fördern das Gespräch. An dem lebhaften Gedankenaustausch in den Tagen unseres Aufenthalts waren gewiß auch sie beteiligt. Es ist, als ob die Gedanken wie von selbst vorwärtsgetragen würden.

Diese peripatetische Möglichkeit muß als Gunst gerade von den Professoren und Studenten der Universität empfunden werden. Bologna ist nicht nur „la grassa“, „das fette“, sondern auch „la dotta“, „das gelehrte“, geblieben. Im Mittelalter war die Universität der bekannte internationale Mittelpunkt, gehörte sie zu den ersten Pflanzstätten des wissenschaftlichen Lebens in Europa und war für das Recht, was Paris für die Theologie und Salerno für die Medizin bedeutete. Heute hat sie ein fest umrissenes regionales Einzugsgebiet, was charakteristisch auch für die anderen italienischen Universitäten ist. Es umfaßt die Landschaften der Via Emilia von der Adria bis zum Po und bis an die Grenze des Mailändischen. Im Süden schneidet der Apennin schroff ihre Welt ab. Nur an der Adriaküste zieht sich ihr Einfluß schmal bis nach Apulien und Bari hinunter. Wohl befinden sich als stärkste ausländische Gruppe 252 amerikanische Medizinstudenten, angezogen nicht zuletzt durch den Weltruf des Rizzoli-Instituts für Orthopädie, in der Stadt. Auch haben zwei amerikanische Universitäten, die Johns Hopkins University aus Baltimore und eine Hochschule aus Kalifornien, Unterabteilungen in Bologna errichtet. An dem Institut der Hopkins-Universität, die sich mit amerikanischer und europäischer diplomatischer Geschichte, internationalen Wirtschaftsbeziehungen und Völkerrecht befaßt, befinden sich auch zwei deutsche Stipendiaten.

—
—
—

Nach dem Vorbild der Scuola normale an der Universität Pisa, aus deren Internat die besten italienischen Forscher hervorgegangen sind, ist vor zwei Jahren in Bologna für die besten und bedürftigsten Studenten das Collegio Irnerio eröffnet worden. Zu seinen Gästen gehört ein Austauschstudent der Universität Kiel. Die Studenten, so wurde uns erklärt, zeigten sich politisch wenig interessiert, wollten meist nichts anderes als studieren. Diejenigen, die beides miteinander vereinigten, seien vorwiegend kommunistisch orientiert. Die Beobachtung könne noch auf einige Katholiken übertragen werden. Im Lesesaal waren die Zeitschriften aller Richtungen von der „Civiltà cattolica“ des Jesuitenordens bis zur kommunistischen „Società“ vertreten. Als

Aufgabe wurde es bezeichnet, ein wahres Erlebnis der Toleranz zu vermitteln. Man könne katholische und kommunistische Studenten über die Existenz Gottes diskutieren sehen.

Demnächst beabsichtigt der Rektor der Universität, der Philosoph Felice Battaglia, eine Vorlesung über „Geschichte und Marxismus“ zu halten: „weil die ganze Stadt das jeden Tag erlebt“. Von den Liberalen in Bologna wird er als Meister verehrt. Aber auch in Bologna scheint der alte, kirchenfeindliche Liberalismus tot, der seinen großen Ausdruck bis zur Jahrhundertwende in der Gestalt Carduccis, des Dichters und Gelehrten, gefunden hatte. Das Ziel von Battaglia besteht darin, eine hohe Synthese zwischen Katholizismus und Liberalismus herzustellen.

Der deutschen Philosophie wird noch viel Interesse geschenkt, zumal den Existentialisten Jaspers und Heidegger, weniger den Postexistentialisten. Auch Hegel ist immer noch gegenwärtig. Von der deutschen Kultur insgesamt könnte der Eindruck lebendiger sein. Im Augenblick, so wurde gesagt, wirke sie eher fragmentarisch. Das Teatro comunale, wo „Lohengrin“ zum ersten Male aufgeführt worden ist, steht gegenwärtig im Zeichen des „Festival della prosa italiana“. Die besten italienischen Ensembles führen hier Abend für Abend moderne und klassische Werke auf. Fünf, sechs Wochen lang sind die Theaterspezialisten Italiens in Bologna versammelt.

Die Stadt liegt nicht nur an einem Kreuzweg des Verkehrs, sondern auch der Geschichte. Ligurer, Umbrier, Etrusker, die den Ort Felsina nannten, Gallier, Römer, von denen der Name Bononia, das heutige Bologna, stammt, Germanen, das mittelalterliche Reich, Kommune und Signoria, der Kirchenstaat und schließlich das einige Italien lösten sich im politischen Besitz ab. 1914 hatte Bologna neben Mailand den ersten sozialistischen Bürgermeister. Dessen Erbe hat nach dem zweiten Weltkrieg der Kommunismus angetreten.

Die deutsche Geschichte erinnert sich in Bologna vor allem an das Schicksal des blonden Königs Enzio, des Sohnes Friedrichs II. von Hohenstaufen, der von den Bolognesern gefangen genommen und nicht wieder freigelassen wurde. Immerhin stellte man dem Feind

als Gefängnis den Palast zur Verfügung, der heute noch zwischen den zwei ineinandergeschobenen Rechtecken des Hauptplatzes zu sehen ist. Die Staatsräson sollte noch viel unerbittlicher werden.

Aber ein anderes Ereignis der deutschen Geschichte, das sich in Bologna zutrug, ist von heute aus gesehen vielleicht charakteristischer. In San Petronio findet man gleich nach Betreten an der Schranke der ersten Kapelle zur linken Hand die Inschrift: „Am 24. Februar 1530 legte Karl V. in dieser Kapelle den Kaisermantel an.“ Es war die letzte Kaiserkrönung durch den Papst. Sie fand außerhalb Roms statt. Das Italien der ausgehenden Renaissance eilte herbei, dem Ereignis beizuwollen: Fürsten, Kardinäle, Botschafter, Heerführer, schöne Frauen, die Jugend, Dichter und Maler. Als der kaiserliche Zug sich durch die Straßen bewegte, waren die Balkone mit Stoffen in leuchtenden Farben geschmückt, und nachts zündete man sprühende Fackeln an. Blumen wurden geworfen, und die Menge drängte sich auf den Straßen, an den Fenstern und auf den Dächern, in bunte Seidenkleider gehüllt und mit Bändern und Edelsteinen geschmückt. Karl und sein Gefolge, hinter ihm ritt Albert von Brandenburg, waren schwarz gekleidet. Schwarz war sein samtenes Gewand, schwarz waren die Schuhe, schwarz das Barett. Nur die edelsteingeschmückten Knöpfe und der Orden des Goldenen Vlieses waren von anderer Farbe. Karl antwortete nicht auf den Beifall und die Zurufe, dankte nicht für die Blumen, die aus den Fenstern fielen. Nur einmal, unter dem Balkon einiger vornehmer Damen, lächelte er und hob sein Barett zum Zeichen des Grußes.

Einige Wochen später war Italien schwarz gekleidet, das Schwarz, das man später auf den Bildern der Gegenreformation sieht. Nicht nur die Farben der Mode änderten sich, sondern auch die Sitten, die Gewohnheiten, ja das Leben selbst. Die Literatur verwandelte sich. „Wenige Stunden können genügen, das Antlitz eines Landes zu ändern.“ Es kam immerhin eine Weltmacht dahergeschritten, die vereinigte deutsche und spanische Macht. Aber die Italiener widersetzten sich ihr nicht wie die Holländer, sie wollten ihr angehören.

on 28

Der kommunistische Bürgermeister

An der Spitze von Bologna steht seit elf Jahren ein kommunistischer Bürgermeister. Giuseppe Dozza ist ein Mann ganz nach dem Herzen dieser Stadt, ein guter Esser und guter Trinker; er ist kordial und lacht dröhrend. Als er sich kürzlich mit der Filmschauspielerin Gina Lollobrigida öffentlich zeigte, meinte er, auch Frauen gehörten zum System von Bologna. Eine breite Gestalt mit einem rötlichen Gesicht, von einer starken Nase gekennzeichnet und einem dichten Wall von weißen Haaren, so tritt er uns entgegen. Er gehört zu den drei oder vier wichtigsten Kommunisten Italiens. Die Amerikaner haben ihn auf die Liste der gefährlichsten Kommunisten gesetzt. „Wer uns vor dreißig Jahren gesehen hätte und uns heute wiedersähe, ohne die dazwischenliegende Entwicklung zu kennen“ — so sagt er — „müßte uns für Reformisten halten. Den italienischen Weg des Kommunismus sind wir in Bologna schon gegangen. Um ihn aber zu Ende gehen zu können, muß man aufhören, uns als Fremdkörper zu betrachten, müssen die Apriorismen auf beiden Seiten fallen, damit sich eine neue Aktion in der Mitte bilden kann.“ Der Haushalt der Stadt ist ausgeglichen, im Gegensatz zu dem Florenz La Piras, wo 1,2 Milliarden Lire Schulden sind, und auch zu Rom und Neapel. Die Kommunisten waren sich der Bedeutung der von ihnen besetzten Stellung bewußt und haben die Verhältnisse wohl studiert. Zudem stand der Präfekt gleichsam mit gespanntem Gewehr daneben. Ein so hervorragender Sachkenner wie der Professor für Statistik an der Universität Bologna, Paolo Fortunati, auch ein Kommunist, stand dem Bürgermeister als Beigeordneter für die Finanzen zur Seite. Vom System der progressiven Familiensteuer fühlten sich die Besitzenden geradezu geschröpft. Von 115 000 Familien zahlen in Bologna 43 000 Familiensteuer, 2150 Familien zahlen 56 Prozent der Steuer, das sind fünf Prozent der zahlenden und zwei Prozent der vorhandenen Familien.

So bleiben die meisten aristokratischen Salons in Bologna geschlossen. Die Feste der Gesellschaft sind seltener geworden. Nur der Herzog Alberto Giovagnoni pflegt seine Gäste in Erstaunen zu setzen. Einmal lud er sie für eine Woche nach Österreich ein, wobei er ein ganzes Hotel mietete und für alles aufkam, von den Reisekosten bis zu den silbernen

Namensschildern, auf denen die Namen der Tischgenossen angegeben waren. Ein zweites Mal mietete er die „Galeggiate“, ein großes Floß in Venedig, auf dem die ganze Nacht zwei Orchester zum Tanz aufspielten und mehrere hundert Personen bewirtet wurden.

Aber kann man sich wirklich eine Stadt wie Bologna kommunistisch denken? Die schwerwiegenden Gründe, die den Kommunismus erklären, wurden uns von christlich-demokratischer und liberaler Seite mit großem Freimut auseinandergesetzt. Reaktionäre Großgrundbesitzer und schwarze Aristokratie, die ihre Interessen an die Kirche banden, fielen im vorigen Jahrhundert zusammen. Daneben entstand mit der zweimaligen Enteignung des Kirchenbesitzes durch Napoleon I. und durch Cavour eine Borghesia agricoltore; der Begriff ist in Deutschland unbekannt, eine Art landbebauender Bürger. Aber sie saßen nicht auf ihrer Scholle. Beide, Aristokratie und fettes Bürgertum, lebten in der Stadt. Welche Erbitterung geherrscht haben müsse, gehe daraus hervor, daß in Molinella in den Jahren 1920/21 die Frauen Revolution gemacht und die Streikbrecher massakriert hätten.

Zunehmende Sorge bereitet heute die Entvölkerung des Gebirges. Der Apennin kommt herab. Dies wird als das zweite große Problem Italiens nach dem Problem des Südens bezeichnet. Von der Mezzadria im Gebirge mit nur geringem Ertrag könnten Patron und Halbpächter nicht mehr gemeinsam leben. Es müßte Bauernbesitz geschaffen werden. Die Halbpächter, die ihr Stück Land im Apennin unbebaut zurücklassen, suchen Arbeit in der Stadt.

Eine bemerkenswerte Dynamik beweist in Bologna der Groß- und Kleinhandel. Aber die Stadt verfügt trotz der günstigen Standortbedingungen nicht über eine Großindustrie. Klein- und Mittelbetriebe bis zu 400 Arbeitern sind die Regel. Trotz der Milliardenzuschüsse des Staates konnte die Ducati, die im Kriege die größte Expansion erfahren hat, nicht auf ihrem Stand gehalten werden. Es ist kein Fortschritt, wenn aus Spezialarbeitern Handwerker und fliegende Händler werden. Der kommunistische Druck hat zur Abwanderung von Kapital und Menschen beigetragen. Die Industriellen fürchten, mit der Zahl ihrer Arbeiter auch die Zahl ihrer Feinde zu erhöhen. Der Geist der unternehmerischen In-

train

initiat
sonde
des

Initiative war allerdings in Bologna niemals besonders stark entwickelt. Das gilt als das Erbe des Kirchenstaates, der das Gebiet von Bologna als seine Agrarreserve betrachtet hat. Wenn heute die Großgrundbesitzer ihr Land verkaufen, wie es häufig geschieht, so legen sie den Gewinn nicht an, sie wollen von der Rente leben. Aerzte, Ingenieure, Architekten, andere Angehörige der freien Berufe umgekehrt sparen und kaufen Land, nicht Aktien. Das wäre in Mailand in diesem Maße unmöglich.

Der Kern von Bologna innerhalb der mittelalterlichen Mauern gehört den „Parteien der Ordnung“. In den Vororten dagegen verfügen die Kommunisten über eine zerschmetternde Mehrheit von 75 Prozent. Der Peripherie wird darum im bevorstehenden Wahlkampf die größte Anstrengung gelten. Hier sollen auch die siebzehn neuen Kirchen des Kardinals Lercaro erbaut werden.

Die „Politik des Evangeliums“, die der Kardinal seit seiner Ankunft vor zwei Jahren verfolgt, zielt dahin, durch einen eigenwilligen, in vielen Fällen dem Gegner abgesellenen Aktivismus die Position des Kommunismus in der Emilia umzukehren. Ueberall zeigt sich Kardinal Lercaro persönlich, in den Fabriken, bei Sportveranstaltungen, in der Universität, bei der Eröffnung von Geschäften, bei den Artisten des Luna-Parks, beim Karneval. Die Vorbereitung des Kinderkarnevals hat er der Linken aus der Hand genommen. Der Dreikönigszug mit 1500 Personen in Kostümen, Elefanten, Schafen, Soldaten, verschleierten Frauen, Hirten ist von ihm für die schaufreudige Stadt ins Leben gerufen worden. Ein Dorf für Jungverheiratete mit siebzig Wohnungen geht auf ihn zurück. Den eingeschlafenen Glauben wieder zu wecken, dazu hat er aus Angehörigen verschiedener Orden eine „fliegende Patrouille“ gebildet. Mit dem

Auto, dem Fahrrad oder auch zu Fuß unterwegs gilt es, einem alten Pfarrer zu helfen, Versammlungen abzuhalten oder auch in kommunistischen Versammlungen dem Gegner Auge in Auge entgegenzutreten. Die von Lercaro eingesetzten Fabrikkapläne haben im Gegensatz zu den französischen Arbeiterpriestern nur die Arbeiter seelsorgerisch im Betrieb zu betreuen. Das hohe Maß von Präsenz, das der Kardinal von Bologna anstrebt, fand seinen Ausdruck auch in der Aufstellung seiner eigenen Statue in der Hauptkirche San Petronio.

Eine religiöse Schlacht

Das ist die Persönlichkeit des Kirchenfürsten, von dem der außergewöhnliche Vorschlag ausging, Giuseppe Dossetti dem kommunistischen Bürgermeister Dozza im Wahlkampf entgegenzustellen. Um Dossetti sammelten sich nach dem Ende des Krieges die katholischen Integralisten auf der christlich-demokratischen Linken, die De Gasperi gelegentlich Faustschläge auf den Tisch abnötigten — die „Desperados“, wie sie Gonella nannte. Der junge Professor für Kirchenrecht aus Modena bestach durch seine scharfe, blendende Dialektik. Aber so jäh sein Stern emporgestiegen war, so plötzlich verschwand Dossetti im Dunkel. Hatte er sich überzeugt, daß seine Partei ihm nicht die Möglichkeit bot, seine Ziele zu erreichen? Man sprach davon, daß er auf dem Burgfelsen von Canossa ein soziales Institut einrichten oder daß er ganz aus Europa davongehen wolle. La Pira und Färfani schritten, jeder in seiner Weise, auf dem Weg der Aktion weiter. Von Dossetti vernahm man schließlich ganz unbestimmt, daß er in einem alten Haus von Bologna ein wissenschaftliches Seminar eingerichtet habe.

Wie soll ein Mann wie Dossetti, der ein klösterliches Leben führt, der Wasser trinkt, die Seele von Bologna erobern? „Trotz aller Risiken und Gefahren, die damit verbunden sind, haben wir ihn aufgestellt“ — erklärte eine maßgebliche christlich-demokratische Persönlichkeit — „um einen Schock hervorzurufen. Dossetti ist in der Lage, alle Katholiken an die Urne zu bringen. Die Pfarreien und der Klerus werden sich rühren. In Bologna wird in den nächsten Wochen eine religiöse Schlacht entbrennen, für die es keinen Vergleich in einer anderen Stadt der Welt gibt.“

Aber wie unterschied sich Dossetti in seiner ersten Versammlung von diesem Ton. Er sprach wie ein Mystiker, ein indischer Weiser: „Seht, diese Jahre des Nachdenkens und der Meditation und vor allem des Lebens haben mich entkleidet, entkleidet von allem, was ich zu wissen glaubte. Ich habe kein Gepäck mehr bei mir, insbesondere nicht mehr das Gepäck meiner persönlichen Ideen. Ich bin im Begriff, meine Kultur auf der Straße zu verlieren, und bin glücklich darüber, wenn mich das einfacher, menschlicher und lebendiger macht. Ich bin auf Null zurückgeführt. Ich bin entblößt von allem.“ Als Anker seien ihm lediglich das Evangelium und das Lehramt der Kirche geblieben. Den Wahlkampf wollte er als eine geistige Uebung zur Erforschung der Wahrheit erfaßt wissen, die an und für sich schon besser mache und auch den Gegner besser machen solle. Den Gang zur Urne begriff er als ein freudiges Fest. „Auf diese Weise wird die Atmosphäre von jenem kalvinistischen Alpdruck befreit, der sozusagen jeden Aspekt des politischen Lebens dramatisiert und der im Grunde aus einer negativen, pessimistischen Auffassung des Lebens hervorgeht.“

Wird David Goliath besiegen? Die verbreitetste Prognose lautet, daß ein Gleichgewichtszustand zwischen den beiden Lagern erreicht wird, wie er bisher schon im wesentlichen bestanden hat, wenn dabei auch der kleine Vorsprung der Linken ausgeglichen werden könne. Eine außergewöhnliche Lageschien dem Kardinal von Bologna ein außergewöhnliches Mittel zu empfehlen. Es fragt sich, ob in diesem Hervortreten der kirchlichen Obrigkeit nicht auch eine Gefahr liegt, nicht zuletzt für sie selbst.

1870-1871

1870-1871

Lauro blufft die Bettler Neapels

Wird der monarchistische Bürgermeister wiedergewählt?

Von unserem Korrespondenten Dr. Gustav René Hocke

In unserer Pfingstausgabe berichteten wir von Lauro, dem Bürgermeister von Neapel und Volksmonarch von eigenen Gnaden, der Neapel zur schönsten und prachtvollsten Stadt Italiens zu machen verspricht, um seiner Wiederwahl bei den Kommunalwahlen am kommenden Sonntag siegesgewiß entgegensehen zu können. Der folgende Artikel befaßt sich, daran anknüpfend, mit einigen weiteren Taten dieses merkwürdigen Mannes, beschreibt die Stimmung im Bettlervolke der Stadt und schlägt, was den Bürgermeister Lauro hochspülte und was ihn mit Sicherheit eines Tages wieder hinwegspülen wird.

○ Neapel, Ende Mai

In einem Restaurant auf dem Vomero, oberhalb der in Lichterketten funkeln- den Bucht, singt und spielt eine ausgezeichnete Kapelle, darunter ein ur- alter Mann, der noch immer hurtig und passend die Saiten seiner Mandoline schlägt. Wir kommen mit ihm während einer Pause ins Gespräch. Er hat, so stellt sich heraus, schon 1904 in Berlin gespielt, dann in Wien, in Moskau, in Paris. Er behauptet also, die Welt zu kennen, und sagt: „Wenn ich für jede Note, die ich in meinem Leben gespielt habe, einen Pfennig erhielte, wäre ich tausendmal reicher als Lauro.“

Wir fragen ihn, ob der dynamische Bürgermeister Neapels wieder so siegen werde wie 1952, als die Mitte zusammenschrumpfte und er mit Hilfe der Neofaschisten die Mehrheit errang und damit, wie seine Gegner sagen, ungekrönter „Vizekönig“ von Neapel wurde. „Er wird und muß siegen“, antwortete der alte Musikant erzürnt, weil wir die Frage auch nur als Frage stellten. „In Rom wird geschlafen. Lauro handelt. Neapel wird bald schöner als Paris! Lauro hat ferner Arbeiterhäuser, den Villaggio Lauro, gebaut. Mieten für drei Zimmer 30 Mark.“

Nichts als Fassade

Der Fremde, der heute Neapel besucht, muß gestehen, daß die Stadt sich — für das Auge — verändert hat. Viele Straßen sind breiter geworden, es gibt — im Gegensatz zur zweitgrößten Stadt Frankreichs, zu Lyon — unendlich viele neue Häuser. An der Piazza San Ferdinando findet man sogar Unterführungen für Fußgänger. Es gibt viele hübsche Geschäfte. Aber das Herz fühlt wieder Beklommenheit, wenn man diese Hauptstraßen verläßt. Die Misere hinter dieser schönen kommunalpolitischen Fassade ist erschreckend. Tausende Wohnungen ohne fließendes Wasser, auf

jeden Beschäftigten drei Arbeitslose, die Steuereingänge noch immer um ein Drittel geringer als vor 1939, viel zu wenig Schulen, katastrophales Defizit in der Gemeindekasse! Welche Widersprüche! Wie sind sie zu erklären?

Die Kritiker Lauros sind sehr verschiedenartig. Die klügsten, das heißt die sachlichsten, findet man in alten Kaufmanns- und Unternehmerfamilien, in politisch erfahrenen, in organisierten Arbeiterkreisen, bei jüngeren Juristen, Lehrern, Journalisten, Schriftstellern, also in einer politisch bewußten und auch europäisch denkenden Elite Neapels. Hier wird der „Laurismo“ rundweg als „Bluff“ bezeichnet. Lauro, so heißt es in diesen Kreisen, habe nie in einem praktischen Sinne Neapel verwaltet wollen. Er habe die Stadt als Instrument für eine Hauspolitik benutzt, durch eine mehr oder weniger raffinierte Täuschung des gutwilligen „Lumpenproletariats“ und der kleinbürgerlichen „Qualungquisten“.

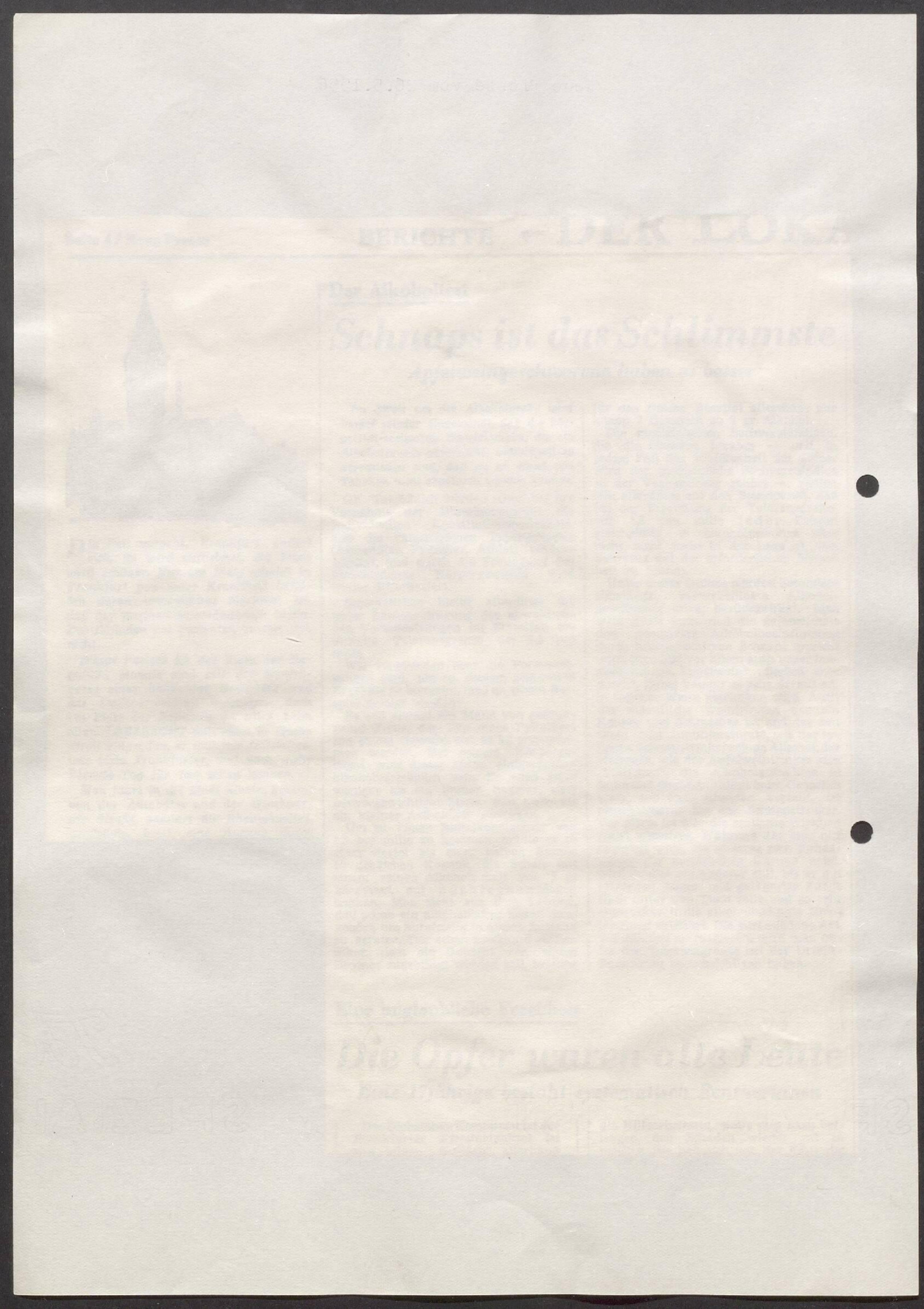
Nicht nur über seinen Stil, eine Kopie des spanischen Barocks in Neapel, müsse man klagen. Entscheidend sei die schlechte Verwaltung. Drei Milliarden an Staatsgeldern seien fast nur für Dekorationseffekte vergeudet worden. Das Ideal bestehe darin, Neapel „schön“ zu machen wie das Badezimmer einer Dame aus der Dekadenzeit, und das imponiere allerdings dem Ärmsten der Armen, der zu Hause wie ein Höhlenbewohner lebe. Noch nie habe so viel Korruption und Kliquenwirtschaft geherrscht, und es sei dies auch von einem Teil der Christlichen Demokraten im Stadtrat offen ausgesprochen worden, allerdings nur von einem Teil, denn die Christlichen Demokraten in Rom drückten Lauro gegenüber beide Augen zu, um seine Stimmen im Parlament zu erhalten. Alles, was in Neapel in der Nachkriegszeit an Positivem geschehen sei, habe man der Privatinitiative im

Zuge der allgemeinen europäischen Hochkonjunktur und der Aufbaukasse für den Süden zu verdanken.

Erstaunlich ist, daß von diesen Kritikern dennoch der „Laurismo“ als Übergangerscheinung in einem gewissen Sinne positiv bewertet wird, und das ist für die politische Zukunft Italiens aus einem guten Grunde wichtig. Durch den „Laurismo“, so argumentieren die politisch erfahrenen Kreise in Neapel, werde sich das Lumpenproletariat seiner auf eine zunächst einmal mehr gefühlsmäßige Weise bewußt. Es sei aus seiner totalen Lethargie und Resignation aufgescheucht worden. Der zweite Schritt bestehe darin, daß sich das „Lumpenproletariat“ als „Proleta-



riat“ empfinde, das heißt, sich von den Kommunisten oder Nenni-Sozialisten „organisieren“ lasse und damit einen Grad von neuer, wenn auch noch immer falsch gelenkter Selbstbewußtheit erlange.



Gibt es in der Wirtschaft ein Regime der allzu ALLEN HERREN?

VON ILSE BRUNE

In einer Todesanzeige war kürzlich zu lesen, daß der Mitinhaber und Mitleiter einer Industriefirma „im Alter von 70 Jahren, auf der Höhe seiner Schaffenskraft“ gestorben sei. Die diese Worte wählten, waren gewiß von der Wahrheit ihrer Behauptung ehrlich überzeugt. Der Herztod, der „plötzlich und unerwartet auf einer Geschäftsreise“ eingetreten war, hatte eine Leistungskurve jäh durchschnitten, die — so kam es den Zurückbleibenden vor — von Jahrzehnt zu Jahrzehnt gestiegen war. Die einfache Tatsache, daß der Betrauerte so unübersehbar viele Geschäftsvorgänge miterlebt und mitgestaltet hatte, gab dabei die Grundlage ab; hinzu kamen die Charakterzüge, von denen man gemeinhin annimmt, daß sie dem Menschen erst in seinen späteren Jahren zuwachsen und aus der Quantität der angesammelten Erfahrung etwas Qualitatives entstehen lassen: Urteilskraft, Ueberblick, Abgeklärtheit, Weisheit. Trotzdem muß ein Rechenfehler vorliegen. Ein Siebzigjähriger kann nicht auf der Höhe seiner Schaffenskraft stehen. Das Optimum der körperlichen Leistungsfähigkeit hat er selbstverständlich längst überschritten, und wenn es auch zutrifft, daß die Kurve der geistigen Kapazität im letzten Drittel eines voll durchmessenen Menschenlebens der physischen überlegen davonzulaufen scheint, so zeigt doch gerade der hier betrachtete Fall, daß die beiden „Lebenslinien“ nicht etwa unabhängig voneinander sind. Das Herz versagte seinen Dienst an einem Tage, der besonders beweiskräftig für den Höchststand der geisti-

gen Potenz gewesen war. Hätte der alte Herr an der traditionellen Schranke haltgemacht, die nach dem vollendeten 65. Jahr den der bessinnlichen Muße gewidmeten Lebensabend beginnen läßt — er wäre vielleicht älter geworden als 70; auf jeden Fall aber hätte er die letzten Jahre seines Daseins angenehmer und auf eine natürlichere Art verbracht.

Warum wählte er die Knechtschaft?

Er wählte jedoch nicht die Freiheit, sondern einen Zustand, den manche Leute als Knechtschaft bezeichnen würden. Das ist bekanntlich kein Einzelfall. Die Frage nach dem Grund für diesen Verzicht auf das sprichwörtliche Altersidyll würde sofort auf finanzielle Zusammenhänge stoßen, wollten wir sie ganz allgemein für alle Erwerbstätigen stellen, deren Berufsleben nicht mit formaler Automatik endet. Für die verhältnismäßig kleine Gruppe von Menschen mit überdurchschnittlichem Verantwortungs- oder Einflußbereich, mit der wir uns hier beschäftigen wollen, ist der Blick in die Brieftasche gleichfalls nicht ohne Belang, wenn es um die Frage des Sich-zur-Ruhe-Setzens geht. Mag auch das danach noch verbleibende Einkommen, absolut betrachtet, recht ansehnlich sein — der Betroffene sieht vor allem den Unterschied zur bisherigen Lage. Und in den freien Berufen gibt es auch in der Spitzengruppe Fälle genug, wo das Weiterverdienen unvermeidlich erscheint. Immerhin liefert die Geldfrage in diesem Kreise, aufs Ganze gesehen, nicht das ausschlaggebende Motiv.

Franklin

Angst vor dem Leben ohne „Apparat“

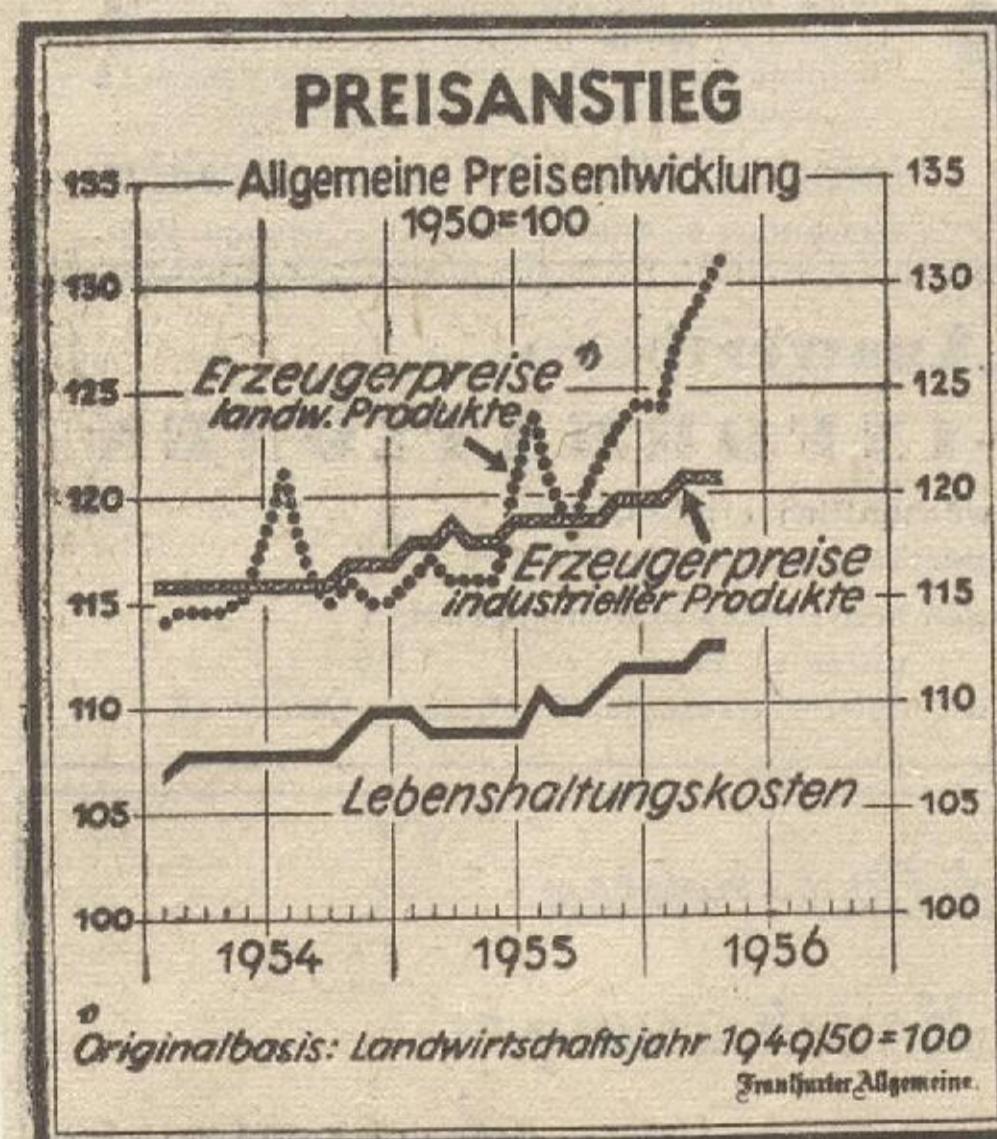
Es ist vielmehr allem Anschein nach eine gewisse Angst, die so viele alte Herren an ihren Schreibtischsesseln festschmiedet: Angst vor einem Dasein ohne „Apparat“, das heißt ohne Vorzimmer, Terminkalender, Blitzgespräche, Konferenzen und was sonst noch an Requisiten und Kulissen dazugehört. Wer sich von den Geschäften, aus dem Amt oder wie immer es gerade heißen mag, zurückzieht, von dem fällt unversehens alles ab, was die berufliche Spitzenposition ihm an Einfluß, Würde, Ansehen und Macht verlieh. Mit einem Male ist er ein alter Mann, der seine Tage mit dem anfüllen muß, was er aus sich selbst herauszuholen vermag. Das kann sehr viel sein — aber auch verzweifelt wenig. Offensichtlich haben in dieser Hinsicht pessimistische Vermutungen die Oberhand. An und für sich ist die Angst vor dem Vakuum, das nach dem Abschied von der Lebensarbeit zurückbleibt, ein uraltes Problem. Es scheint nur, als wenn es heutzutage schärfer hervorträte, und zwar aus Gründen, die für den Lebensabend in ähnlicher Weise gelten wie für den Feierabend, das Wochenende und die Ferien. Der echte Sinn des Wortes „Muße“ ist weithin verlorengegangen.

Absprung aus der Verantwortung

In den Sielen zu sterben, ist vielleicht im Einzelfall hie und da ein heroisches Opfer — als Regel und Massenerscheinung aber sicherlich nicht erstrebenswert. Wenn jemand, der den Absprung aus der Verantwortung nicht findet, solange es noch lohnt, sich selber um etwas Wertvolles betrügt, so mag er das schließlich mit sich selbst abmachen. Was jedoch die Allgemeinheit angeht, ist dies: Jeder maßgebliche Mann, der seinen Platz über die angemessene Zeit hinaus besetzt hält, verwehrt erstens irgendeinem Nachrückenden den Zugang und gerät zweitens in Gefahr, seinem Machtbereich greisenhafte Züge aufzuprägen — was soviel bedeuten würde wie, daß er seinen Platz zwar besetzt hielte, aber nicht mehr voll ausfüllte. An der ersten Konsequenz führt nur eine sehr glückliche Form des Mitregententums vorbei; die zweite braucht nicht einzutreten, sofern der an Jahren Alte es versteht, sich von den charakteristischen Altersfehlern freizuhalten, also weder starr noch blind, noch überheblich zu sein, sondern elastisch, aufgeschlossen und selbstkritisch zu bleiben. Mit anderen Worten: Es kann gut gehen, aber es kann auch Schaden angerichtet werden.

Kein Schema

Leidet unsere Wirtschaft und das ihr zugewandte öffentliche Leben daran, daß allzu viele alte Herren in maßgebenden Positionen mit wechselndem Erfolg versuchen, an den eben geschilderten Gefahren ihrer verlängerten Herrschaftszeiten vorbeizusteuern? Um diese Frage exakt und erschöpfend zu beantworten, bedürfte es einer Spezialstatistik, die nicht nur mühevoll aufzustellen wäre, sondern auch eine recht wackelige Grundlage hätte. Weder läßt sich die Personengruppe, die wir im Auge haben, eindeutig umreißen, noch steht einwandfrei fest, wann in dem hier gemeinten Sinne das „Alter“ beginnt. Sobald man konkrete Fälle betrachtet, stellt sich heraus, daß Schematismus fehl am Platze ist. Es ist sogar schon sehr schwer, einen kleineren, überschaubaren Kreis von führenden Leuten dahin zu beurteilen, ob der Anteil der Alten zu groß und die Entwicklungsmöglichkeit der Jüngeren dadurch gehemmt ist. Objektiv zu beurteilen, wohlverstanden! Für einen subjektiven Verdammungsspruch genügt ein ein-



Penquin

Small white bird

2200 ft

885 ft

5000 ft

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Nr. 138

16. 6. 1956

413

Alter und Leistung

Das gesetzliche Mindestalter für das passive Wahlrecht zum Bundestag beträgt 25 Jahre. Der jüngste Abgeordnete ist gegenwärtig 30, das Durchschnittsalter sämtlicher Abgeordneten liegt bei 50 Jahren. Der Himmel bewahre uns vor einem Bundestag, der bis auf den letzten Klappsitz mit dynamischen Endzwanzigern angefüllt wäre — auf der anderen Seite könnte man sich aber doch denken, daß eine Verjüngung, genauer gesagt: eine Vergrößerung des Anteils der noch nicht Vierzigjährigen, manchen Nutzen bringen und unter anderem der Versorgung späterer Jahrzehnte mit erfahrenen Parlamentariern zugute kommen würde. Und was für den Bundestag gilt, das läßt sich auf viele andere Gremien unterschiedlichen Rechtscharakters und Daseinszwecks anwenden. Wesentlich scheint uns eine Abkehr von der traditionellen Überbewertung des Zeitfaktors beim Aufbau der menschlichen Persönlichkeit zu sein. Es käme darauf an, diesen Faktor zu neutralisieren. Niemand sollte von irgendeiner Qualifikation ausgeschlossen werden, wenn nichts anderes gegen ihn spricht, als daß die Zahl seiner Jahre nicht ins vorgezeichnete Bild paßt. Lebensalter und Leistung sind nicht kongruent und auch nicht automatisch aneinander gekoppelt. Die gewöhnlich vorausgesetzte Kausalbeziehung zwischen ihnen stellt eine unter mehreren Möglichkeiten dar. Ist sie vorhanden, so kann man sich bei der Beurteilung ruhig an die Leistung halten, ohne etwas zu versäumen. Ist dagegen keine Übereinstimmung zwischen Alter und Leistungszuwachs gegeben, so muß das Urteil sich unbedingt an diesem orientieren, wenn es nicht in die Irre gehen soll. Demnach ist der Geburtsschein als primäres Bewertungsinstrument eigentlich in jedem Fall entbehrlich. Sekundär hat er natürlich seine Bedeutung — aber das berührt die Gedanken nicht, um die es uns hier geht.

Auch mit Fünfzig kann man stur sein

Wir haben, um das Generationsproblem in der Führungsschicht wenn nicht zu klären, so doch anzuleuchten, eine ganze Reihe von Gesprächspartnern bemüht, die eine durch Personenkenntnis und sachlichen Überblick legitimierte Zuständigkeit besitzen. Keiner von ihnen hat unsere — absichtlich suggestiv gestellte — Frage nach der Überalterung aus vollem Herzen bejaht. Alle überlegten gründlich und meinten dann, da könne man keine generellen Urteile fällen. Die Lage sei in den einzelnen Sachkreisen sehr unterschiedlich,

ziger Vordermann von tyrannischer Disposition, der noch nicht einmal 60 zu sein braucht. Oder auch nur der in jeder Pyramidenspitze gegebene Tatbestand, daß von zahlreichen Anwärtern immer nur einige aufsteigen können. Dies alles muß offenbar ausgeschaltet werden. Und es ist auch zu berücksichtigen, daß der in neuerer Zeit so beträchtlich vergrößerte Anteil der alten Menschen an der Gesamtbevölkerung, den wir den Fortschritten der Medizin und Hygiene verdanken, auch in der Schicht der Unternehmer, der leitenden Männer der Wirtschaft, in Erscheinung treten muß. Vor einem halben Jahrhundert hätte der Siebzigjährige, von diesem plötzlichem Tode wir eben sprachen, vielleicht so an der Gicht gelitten, daß er an eine geschäftliche Aktivität gar nicht hätte denken können.

Vorurteil zugunsten der Quantität

Im öffentlichen und vielfach auch im privaten Bewußtsein existiert ein aus tiefen historischen Wurzeln gespeistes Vorurteil, das dem Alter als bloßer Quantität durchlebter Jahre die schon aufgezählten Qualitäten zu erkennen will, ohne Beweise zu verlangen. Grundsätzlich neigt man zu der Vermutung, daß für repräsentative Funktionen, Vertrauensstellungen, Dekorationen oder Ehrenämter ein gewisses Mindestalter erforderlich sei, dessen sachliche Berechtigung meist gar nicht diskutiert wird. Dort, wo ein Mindestalter formal festgelegt ist, greift die tatsächliche Uebung oft weit darüber hinaus, und in den viel zahlreicher Fällen, wo überhaupt nichts vorgeschrieben ist, wird die Praxis meist von einem sehr konservativen Gewohnheitsrecht regiert. Das wurde beispielhaft verdeutlicht, als unlängst einem Manne, dessen Verdienste niemand bezweifelte, das Bundesverdienstkreuz nicht verliehen wurde, weil er dafür als zu jung galt. Auf eine formelle, zwingende Vorschrift konnten sich die Regisseure dieses kleinen Dramas nicht stützen — nur darauf, daß der Begriff „Verdienste“ in diesem Zusammenhang eben anerkanntermaßen so ausgelegt wird, als ob eine bestimmte Summe von bereits gefeierten Geburtstagen unersetzlich dazugehöre.

außerdem komme es auch immer noch auf die individuellen Umstände an. Vielleicht die beste Illustration zu diesem letzten Punkt lieferte der leidgeprüfte Vorsitzende

Epoca, d. d. K. 36. 1. 1901

Hen

Neckar-Hilfsmittel

außerdem komme es auch immer noch auf die individuellen Umstände an. Vielleicht die beste Illustration zu diesem letzten Punkt lieferte der leidgeprüfte Vorsitzende eines vielköpfigen Gremiums, als er uns gestand, sein typischer „Bremsklotz“ sei ein vitaler Fünfziger, der es an Sturheit und Scheuklappen-ausrüstung mit einem ganzen Stammtisch von silberhaarigen Patriarchen aufnehme. Und derjenige, der dann gewöhnlich mit leichter Hand und eleganter Wendung der Debatte einen Weg aus der Sackgasse finde, das sei ein alter Herr über Siebzig. Was werden solle, wenn der sich nächstens zur Ruhe setze, darüber grüble er in schlaflosen Nächten nach. Der „Jahresring“, die Generationszugehörigkeit, ist also nicht unbedingt das Entscheidende; Charakter und Erziehung sprechen ebenfalls mit.

Sonderfälle als Prinzip

In fast allen unseren Gesprächen ertappten wir den Partner auf einer Inkonsistenz. Nachdem er sich dafür ausgesprochen hatte, daß so um die 65 herum auf jeden Fall Schluß gemacht werden müsse, kam die Rede beiläufig auf irgendeinen bestimmten Senior, der als Paradebeispiel für die Vorzüge der hohen Jahrgänge angeführt wurde. Und wenn wir dann zu bedenken gaben, daß dieser verehrungswürdige Greis sich nach dem eben befürworteten Prinzip eigentlich längst dem Briefmarkensammeln oder der angewandten Botanik anheimgegeben haben müßte — dann bekamen wir zur Antwort, daß dies zweifellos ein Sonderfall sei. Die Häufigkeit solcher Ausnahmen ist nicht zufällig, sondern offenbar Ausdruck einer ganz bestimmten Problematik. Jeder, der Jahrzehnte hindurch an führender Stelle tätig war, sein Fachgebiet beherrscht und dessen Entwicklung miterlebt, vielleicht mitbestimmt hat, repräsentiert in seiner Person so etwas wie einen Kapitalwert.

Das kann sich in virtuosem Spezialistentum spiegeln oder — genau entgegengesetzt — in der aus solider methodischer Schulung gewonnenen Fähigkeit, überall und unter allen Umständen Herr der Situation und der Probleme zu bleiben. (Die Spezialisten verfügt ihre Virtuosität manchmal dazu, jede neue Anregung hochmütig abzuweisen, weil sie all und jede Variation bereits durchexerziert zu haben meinen; der universelle Typ ist eher gegen solche Fehler gefeit.) Für beide gilt, wirkliche Qualität vorausgesetzt, daß ihr Abtreten als Verlust empfunden, ihr schließlich doch noch gefaßter Entschluß zum Weitermachen gewöhnlich begrüßt wird. Man hat das Gefühl, als werde etwas sehr Wertvolles verschwendet, wenn ein so überlegener König aufhört, mit seinem Pfunde zu wuchern, solange er allem Anschein nach dazu noch ausgezeichnet imstande ist.

Dieses Hinausschieben des Schlußpunktes bekommt noch einen besonderen Akzent, wenn es sich um Persönlichkeiten handelt, die als selten gewordene Zeugen einer vergangenen

Epoche gelten dürfen. Damit berühren wir eine weitere Komplikation in der Auseinandersetzung der Generationen: die Bindung an bestimmte geschichtliche Voraussetzungen und Erlebnisse. Es kann von hohem Wert für die Jünger sein, lebendige Tatzeuge gewisser zurückliegender Ereignisse unter sich zu haben. Die in ihnen verkörperte Erinnerung kann aber auch sehr wohl eine Belastung sein. Im einen wie im anderen Falle macht es einen Unterschied, ob man von diesen oder jenen Geschehnissen nur gelesen oder ob man sie miterlebt hat. Erst wenn niemand mehr da ist, der sagen kann, er sei dabeigewesen, ist ja doch aus einem Stück lebendiger Wirklichkeit eigentlich erst Geschichte geworden. So ist etwa in der augenblicklichen Konjunkturdebatte und überhaupt in der Einstellung zu den wirtschaftspolitischen Problemen unserer Tage für scharfe Augen eine feine Trennungslinie zu erkennen: Sie verläuft zwischen denen, die das Deflationstendenz der frühen dreißiger Jahre als reife Menschen an sich vorüberziehen oder über sich hereinbrechen sahen — und denen, die dafür zu jung sind. Die persönliche Bekanntschaft mit der weltweiten Depression nach dem großen Wallstreet-Krach von 1929 ist, wie sich in aktuellen Gesprächen immer wieder erweist, das eine Mal Quelle nützlicher Erkenntnisse, das andere Mal eine Fallgrube, in der sich das Urteil verfängt, weil es unwiederholbare Voraussetzungen in die Gegenwart projizieren möchte.

Alle Überlegungen, die um das Generationsproblem in der von uns gewählten Abgrenzung kreisen, münden schließlich immer wieder in die grundlegende Erkenntnis ein, daß jede, auch die glänzendste Karriere ihren Schlußpunkt hat und daß die Frage, ob man ihn im Rahmen der von der Natur freigesetzten Möglichkeiten hinausschieben soll oder nicht, eigentlich an praktischer Bedeutung weit hinter einer anderen zurücktritt: Wie ist der Anschluß zwischen abtretendem und nachrückendem Jahresring am besten herzustellen, und wie fängt man es an, damit ein möglichst großer Teil des vorhin erwähnten persönlichen Kapitalwertes bei dieser Gelegenheit in die Zukunft hinaübergetragen wird? Also eine Art Transferproblem. Es präsentiert sich etwas anders, wenn der Regierungswechsel in einer Aktiengesellschaft zur Debatte steht, als wenn sich im selbständigen Unternehmertum ein Übergang der Entscheidungsgewalt vollzieht. Der Unterschied liegt vor allem darin, daß ein leitender Mann einer Kapitalgesellschaft nur recht selten vor dem 50. Lebensjahr auf einen Platz an der Sonne gelangt, während bei den Selbständigen Erbrecht und Familienschicksal oft ganz jungen Menschen die Verantwortung zuschieben. Trotz dieser und mancher anderen Abweichung sind es aber doch wohl dieselben Grundfragen, die überall auftauchen und beantwortet werden müssen.

Wertvolle Wahlverwandtschaften

Das Kollegialprinzip bietet offenbar besonders günstige Voraussetzungen für einen glatten Übergang ohne unnötigen Verlust an mühsam aufgespeicherter geistiger Substanz. Senior und Junior, eventuell durch Zwischenstufen ergänzt, können auf dieser Basis den er strebten „Transfer“ über Jahre und vielleicht Jahrzehnte hinweg vollziehen. Daß es gefährlich ist, eine Sache auf zwei Augen zu stellen — also dem Kollegialprinzip haargenau entgegen zu handeln —, macht sich schon im Krankheits- oder Urlaubsfall warnend bemerkbar; für die Kontinuität des Ganzen über die Amtszeit des einzelnen hinaus ist der leere Raum, der sich im Umkreis der bewußten zwei Augen zu bilden pflegt, schlechthin verhängnisvoll. So selbstverständlich diese Weisheit klingt, wenn sie theoretisch erörtert wird, so trübe sieht es häufig mit ihrer Anwendung in der Wirklichkeit aus. Sprechen wir deshalb lieber von den positiven Transfer-Lösungen. Da ist die Wahlverwandtschaft zwischen einem fertigen und einem werdenden König. Sie gedeiht am besten, wenn der Altersunterschied so groß ist, daß Konkurrenzgefühle ausscheiden und eine Art von Vater-Sohn-Verhältnis entstehen kann. Diese Beziehungen haben den echten Verwandtschaften voraus, daß sie keinen Kronprinzenkomplex kennen, weil sich der Ältere den

Nachfolger unter sachlichen Gesichtspunkten ausgesucht und allmählich herangezogen hat.

Wir hörten von einem Fall, in dem der Senior während einer für das Unternehmen schicksalhaften Zeitspanne die Aufgabe des Durchboxens übernahm und einem wahlverwandten Junior inzwischen Gelegenheit gab, sich zu vervollkommen. Als er die Existenzbasis gesichert hatte, wozu in diesem besonderen Fall viel Taktik, Menschenkenntnis und artistische Beherrschung juristischer Seitenwege gehörte, zog sich der alte Herr hochbefriedigt zurück und überließ dem Jüngeren das Feld, dessen Fähigkeiten von diesem Moment an wichtiger geworden waren als die zuvor benötigten Fechtkünste. Ein Idealbeispiel — übrigens auch insofern, als der abgedankte Senior sich durch die väterliche Überlegenheit nicht dazu verleiten ließ, etwa nach dem offiziellen Ausscheiden aus der Verantwortung noch hinter den Kulissen mitregieren zu wollen. Dieser Kardinalfehler ist naturgemäß am ehesten in Familienunternehmen anzutreffen, taucht aber doch auch auf, wenn ehemalige Vorstandsmitglieder in den Aufsichtsrat übertragen. Die Unterscheidung zwischen dem willkommenen Rat aus der Erfahrung eines nicht mehr Verantwortlichen und dem Versuch, sich auf Umwegen in eine unverantwortliche Mitentscheidung hineinzudrängen, fällt manchmal sehr schwer.

Der beneidete Stadtpräsident

Stadtpräsident Dr. Emil Landolt hat sich durch seine leutselige Art und seine volksverbundene Amtsführung, die den kalten Geruch gespreizter Offizialität bewußt vermeidet, eine *Popularität* erworben, die kaum einer seiner Vorgänger zu erreichen vermochte. So darf auch das «Zürifäscht», das am letzten Wochenende bereits in dritter Auflage über die Plätze und Straßen der fahrzeugfreien Innenstadt ging, mit Fug und Recht als seine Idee bezeichnet werden. Und die Bevölkerung weiß es zu schätzen, daß «ihr» Stadtpräsident die City mit ihrem ehrwürdig-vertrauten Cachet für einige Stunden dem Verkehrsmoloch entzieht und den Alltag durch ungekünstelte Fröhlichkeit ausstiebt.

Doch nicht einmal der «Sta-Pi», wie er sich selbst launig vorgestellt hat, vermag es allen Leuten recht zu machen. Vor allem nicht denen auf der Linken. Das rote «Volksrecht» ist vor Neid auf die Popularität des «Zürifäschts» und seines Schöpfers fast gelb geworden. Der nette Bericht seines spritzigen Lokalchronisten mußte in stachlige Hüllen verpackt werden, und in sogenannten Kommentaren hat das Blatt seinem *politischen Aerger über den Erfolg Dr. Landolts* ebenso freien wie bösen Lauf gelassen. Der Stadtpräsident wird nach alter Haudegenmanier *angepöbelt*, und es wird ihm gar die Absicht unterschoben, er habe mit dem «Zürifäscht» nichts anderes bezweckt als — Stimmung für seine Wiederwahl zu machen!

Solche politisch-taktische Hintergedanken liegen dem Stadtpräsidenten, der sein Amt als eine über den Parteien stehende Verpflichtung auffaßt, völlig fern. Auch das «Volksrecht» weiß das. Die persönliche Note, die Dr. Landolt im Verkehr mit Behörden und Oeffentlichkeit anschlägt, kann ihm schon gar nicht zum Vorwurf gemacht werden; *Zuriickhaltung* wäre in dieser Hinsicht vielmehr *einigen roten Stadträten nahezulegen*, die sich beispielsweise den Bezügern der Altersbeihilfe oder dem Berechtigtenkreis für die Jugendlichen-Zahnpflege in rührend aufgesetzten Rundschreiben sozusagen als persönliche Urheber (wenn auch nicht gerade als Zahlmeister) von Wohltaten bekannt zu machen pflegen. Uebrigens hätte der Stadtpräsident eine zusätzliche Wahlhilfe durch das «Zürifäscht» *gar nicht nötig*. Man braucht am Stauf-

facherquai nur wenige Jahre zurückzublättern, um an Hand der Kreiswahlstatistik festzustellen, daß *Tausende der eigenen Wähler* der Linken Dr. Landolt die Stimme gegeben haben, mit gutem Grund; und wer hat einen sozialdemokratischen Kandidaten für das Stadtpräsidium seinerzeit im Stich gelassen, wenn nicht Teile der Linken selbst? Die sich mehrenden Angriffe des «Volksrechts» auf den Stadtpräsidenten können höchstens zur Gegenfrage reizen, ob denn an das eifrige Antichambrieren von *Regierungsrat Dr. Meierhans* vor allen möglichen Gästen in *Kloten* draußen — stolz fühlt und gebärdet er sich als *Haus Herr* des Flughafens — nicht die *gleichen Maßstäbe* der bissigen Kritik angelegt werden sollten. Wenn man schon die Repräsentationspflichten höchster Behördemitglieder nicht verstehen und nicht billigen will, so sollte man konsequent sein. Auf jeden Fall besteht ein krasser Unterschied zwischen der korrekten, ja großzügigen Behandlung des kantonalen Empfangschefs durch die nichtsozialistische Presse und den gehässigen Ausfällen des sozialdemokratischen Organs gegen den Zürcher Stadtpräsidenten.

Das «Volksrecht» ärgert sich im Grunde genommen weniger darüber, daß Dr. Landolt heute die wohl populärste Erscheinung in Zürich ist, als vielmehr darüber, daß es ein *Freisinniger* ist, der diese Wertschätzung genießt. Man wird sich aber auf der Gegenseite langsam daran gewöhnen müssen, daß *Volksverbundenheit* kein rotes Parteiprivileg ist, so wenig wie aktive Kommunalpolitik überhaupt. Die Mehrheit der Bevölkerung hat sich über das «Zürifäscht» und die von der Stadtverwaltung unter der einfallsreichen Leitung des Stadtpräsidenten und seiner engsten Mitarbeiter an den Tag gelegte Initiative gefreut. Die Unkenrufe des «Volkrechts» verhallen bei ihr wirkungslos, und die Anwürfe gegen den Stadtpräsidenten müssen als *unberechtigt und geschmacklos* zurückgewiesen werden.

